

## INHALT DES FEBRUARHEFTES / 1932

### AUFSÄTZE:

*Mantelnote vom 16. Juni 1919 zum Friedensvertrag von Versailles*..... 65

Colin Roß: *Krieg gegen Frankreich?*.... 74

Franz Woertz: *Die tödliche Sicherheitsklammer*..... 85

### BERICHTE:

Albrecht Haushofer: *Berichterstattung aus der atlantischen Welt* ..... 97

Karl Haushofer: *Bericht über den indopazifischen Raum* ..... 104

SPÄNE ..... 112

### GRUNDFRAGEN:

Hugo Hassinger: *Der Staat als Landschaftsgestalter I* ..... 117

### LITERATURBERICHT:

Otto Maull: *Literaturbericht aus der amerikanischen Welt* ..... 123

## Mantelnote

### vom 16. Juni 1919 zum Friedensvertrag von Versailles

*Man sucht gerade im Augenblick von französischer Seite mit einer gewissen Verlegenheit die Mantelnote zum Versailler Diktat als nicht zu ihm gehörig abzutun.*

*Wenn überhaupt ein Vertrag nicht ein fühlloses Paragraphenwerk, sondern der rechtmäßig gefaßte Niederschlag einer menschlichen Willensäußerung ist, dann dürfen wir den Geist, aus dem dieser „Vertrag“ entstanden ist, nie übersehen.*

*Und darum bringen wir heute, im Augenblick, wo wiederum versucht wird, das an innerer Unmöglichkeit zusammenbrechende Paragraphenwerk zu flicken, dem deutschen Volk in Erinnerung, was hinter ihm steht.*

*Es liegt uns fern, damit alte Gefühle neu zu wecken. Aber damit in dieser wichtigen Stunde des Handelns und der Entscheidung keine schwächende Unklarheit und keine Selbsttäuschung besteht: das ist der politische Wille, um dessen Aufrechterhaltung Frankreich kämpft.*

*Die Mantelnote wird, nur mit einigen Kürzungen, im amtlichen Wortlaut wiedergegeben. Kürzungen sind durch Klammern angezeigt.*

*Die Schriftleitung.*

An Seine Exzellenz

den Herrn Grafen Brockdorff-Rantzau,

Präsidenten der Deutschen Delegation,

Versailles.

Paris, den 16. Juni 1919.

Herr Präsident!

Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben den von der Deutschen Delegation über die Friedensbedingungen vorgebrachten Bemerkungen die ernsthafteste Erwägung zuteil werden lassen.

Die deutsche Antwort protestiert gegen den Frieden, zunächst als in Widerspruch mit den Bedingungen stehend, welche dem Waffenstillstand vom 11. November zur Grundlage gedient haben, sodann, da es ein Gewalts- und nicht ein Rechtsfrieden

sei. Der Protest der Deutschen Delegation beweist, daß diese die Lage, in der sich Deutschland heute befindet, gänzlich verkennt. Die Deutsche Delegation scheint zu denken, Deutschland habe nur „Opfer zu bringen, um zum Frieden zu gelangen“, als ob dieser Friede einzig und allein nur der Abschluß eines Kampfes um territorialen oder Machtgewinn wäre.

## I.

Infolgedessen halten es die Alliierten und Assoziierten Mächte für erforderlich, ihre Antwort mit einer scharf umrissenen Darlegung ihres Urteils über den Krieg zu beginnen, ein Urteil, welches tatsächlich und letzten Endes dasjenige der Gesamtheit der zivilisierten Welt ist. Nach der Anschauung der Alliierten und Assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben sich nicht mit dem wachsenden Gedeihen und Einfluß begnügt, nach welchen zu streben Deutschland berechtigt war, und welche alle übrigen Nationen bereit waren, ihm in der Gesellschaft der freien und gleichen Völker zuzugestehen. Sie haben getrachtet, sich dazu fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschen und tyrannisierten.

Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie durch alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ihren Untertanen die Lehre eingeschärft, in internationalen Angelegenheiten sei Gewalt Recht. Niemals haben sie davon abgesehen, die Rüstungen Deutschlands zu Wasser und zu Lande auszudehnen und die lügnerische Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei nötig, weil Deutschlands Nachbarn auf sein Gedeihen und seine Macht eifersüchtig seien. Sie sind bestrebt gewesen, zwischen den Nationen an Stelle der Freundschaft Feindschaft und Argwohn zu säen. Sie haben ein System der Spionage und Intrigen entwickelt, welches ihnen gestattet hat, auf dem Gebiet ihrer Nachbarn Unruhen und innere Revolten zu erregen und sogar geheime Offensivvorbereitungen zu treffen, um sie im gegebenen Augenblick mit größerer Sicherheit und Leichtigkeit zerschmettern zu können. Sie haben durch Gewaltdrohungen Europa in einem Zustande der Gärung erhalten, und als sie festgestellt hatten, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, da haben sie beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen.

Sobald ihre Vorbereitungen beendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb achtundvierzig Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege, dessen Spieleinsatz die Kontrolle über den Balkan war, wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden



und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, haben sie sich jedem Versuche der Versöhnung und der Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, jener Weltkrieg, den sie angezettelt hatten, und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ausgerüstet und vorbereitet war.

Indessen beschränkt sich die Verantwortlichkeit Deutschlands nicht auf die Tatsache, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben. Deutschland ist in gleicher Weise für die rohe und unmenschliche Art, auf die er geführt worden ist, verantwortlich.

Obwohl Deutschland selber einer der Bürgen Belgiens war, haben seine Regierenden die Neutralität dieses durch und durch friedlichen Volkes, nachdem sie ihre Respektierung feierlich versprochen hatten, verletzt. Damit nicht zufrieden, sind sie mit kühler Überlegung zu einer Reihe von Hinrichtungen und Brandstiftungen geschritten, mit der einzigen Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie eben durch die Schrecklichkeit ihrer Handlungen zu bändigen.

Die Deutschen sind es, welche als erste die giftigen Gase benutzt haben, trotz der fürchterlichen Leiden, die sich daraus ergeben mußten. Sie sind es, welche mit den Bombardements durch Flieger und der Beschießung von Städten auf weite Entfernung ohne militärische Gründe den Anfang gemacht haben, mit dem alleinigen Ziel vor Augen, die seelische Widerstandskraft ihrer Gegner, dadurch, daß sie die Frauen und Kinder trafen, zu vermindern. Sie sind es, die den Unterseebootkrieg begonnen haben, eine Herausforderung von Seeräubern an das Völkerrecht, indem sie so eine große Anzahl von unschuldigen Passagieren und Seeleuten mitten auf dem Ozean, weit entfernt von jeder Hilfsmöglichkeit, auf Gnade und Barmherzigkeit den Winden und Wogen und, was noch schlimmer ist, den Besatzungen ihrer Unterseeboote ausgeliefert, dem Tode überantworteten. Sie sind es, die mit brutaler Roheit Tausende von Männern und Frauen und Kindern nach fremden Ländern in die Sklaverei verschleppt haben. Sie sind es, die sich hinsichtlich der Kriegsgefangenen, welche sie gemacht hatten, eine barbarische Behandlung erlaubt haben, vor welcher die Völker unterster Kulturstufe zurückgeschreckt wären.

Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die schreckliche Verantwortlichkeit, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassend zum Ausdruck bringen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei hat befriedigen wollen.

Die Alliierten und Assoziierten Mächte halten dafür, daß sie denen, die ihr alles dahingegeben haben, um die Freiheit der Welt zu retten, nicht gerecht werden würden, wenn sie sich damit abfinden würden, in diesem Kriege kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen das Recht zu erblicken. — — — [...]

Die Gerechtigkeit ist also die einzige mögliche Grundlage für die Abrechnung

dieses fürchterlichen Krieges. Gerechtigkeit ist das, was die Deutsche Delegation verlangt, und das, von dem diese Delegation erklärt, man habe es Deutschland versprochen. Gerechtigkeit soll Deutschland werden. Aber es muß das eine Gerechtigkeit für alle sein. Es muß das sein die Gerechtigkeit für die Toten, für die Verwundeten, für die Waisenkinder, für alle, die in Trauer sind, auf daß Europa von dem preußischen Despotismus erlöst werde. Gerechtigkeit muß den Völkern zuteil werden, welche heute unter einer Last von Kriegsschulden, die sich auf mehr als dreißig Milliarden Pfund Sterling beziffern, und die sie zur Wahrung der Freiheit auf sich genommen haben, fast zusammenbrechen. Gerechtigkeit muß den Millionen menschlicher Wesen zuteil werden, deren Haus und Herd, deren Grundbesitz, deren Fahrzeuge und deren Eigentum die deutsche Roheit geplündert und zerstört hat.

Deshalb haben die Alliierten und Assoziierten Mächte nachdrücklichst erklärt, Deutschland müsse als grundlegende Bedingung des Vertrages ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit unternehmen, ist doch die Wiedergutmachung des Unrechts, das man verursacht hat, das eigentliche Wesen der Gerechtigkeit.

Deshalb bestehen sie darauf, daß diejenigen Persönlichkeiten, welche am offensichtlichsten für den deutschen Angriff sowie für die Handlungen der Barbarei und der Unmenschlichkeit, die von deutscher Seite die Kriegführung geschändet haben, verantwortlich sind, einer Gerechtigkeit überantwortet werden, die sie bisher in ihrem eigenen Lande nicht erteilt hat. Deswegen auch muß Deutschland sich auf einige Jahre gewissen Beschränkungen und gewissen Sonderanordnungen unterwerfen.

Deutschland hat die Industrien, die Bergwerke und die Fabriken der ihm benachbarten Länder ruiniert. Es hat sie nicht während des Kampfes zerstört, sondern in der wohlüberlegten und erwogenen Absicht, seiner eigenen Industrie zu ermöglichen, sich der Märkte jener Länder zu bemächtigen, bevor ihre Industrie sich von der Verwüstung, die es ihnen in frivoler Weise zugefügt hatte, sich wieder hat erholen können. Deutschland hat seine Nachbarn alles dessen beraubt, was es nutzbar machen oder fortschleppen konnte. Es hat die Schiffe aller Nationen auf hoher See zerstört, da, wo es für die Passagiere und Besatzungen keine Rettungsaussicht gab. Es ist nur gerecht, daß Ersatz geleistet wird und daß die so mißhandelten Völker einige Zeit gegen die Konkurrenz einer Nation geschützt werden, deren Industrien intakt sind, ja sogar durch die in den besetzten Gebieten gestohlenen Ausrüstungsgegenstände eine Stärkung erfahren haben. Wenn dies harte Prüfungen für Deutschland sind, so ist es Deutschland selber, welches sie sich zugezogen hat. Einer muß unter den Folgen des Krieges leiden. Wer soll leiden? Deutschland oder nur die Völker, denen Deutschland Böses zugefügt hat? — — — [...]

Die deutsche Denkschrift behauptet, es müsse der deutschen Revolution Rechnung getragen werden, und das deutsche Volk sei nicht verantwortlich für die Politik seiner Regierenden, da es sie ja aus der Macht vertrieben habe.



Die Alliierten und Assoziierten Mächte erkennen die eingetretene Veränderung an und beglückwünschen sich dazu. Diese Umwandlung stellt eine große Friedenshoffnung und eine Neuordnung für die Zukunft Europas dar. Aber sie kann die Liquidierung des Krieges selbst nicht berühren. Die deutsche Revolution wurde verzögert, bis die deutschen Heere im Felde geschlagen worden waren, bis jede Hoffnung, aus einem Eroberungskriege Nutzen zu ziehen, sich verflüchtigt hatte. Sowohl während des ganzen Verlaufs des Krieges wie auch vor dem Kriege ist das deutsche Volk und sind seine Vertreter für den Krieg gewesen; sie haben für die Kredite gestimmt, sie haben die Kriegsanleihen gezeichnet, sie haben allen Befehlen ihrer Regierung, so roh auch diese Befehle sein mochten, gehorcht. Sie haben die Verantwortung für die Politik ihrer Regierung geteilt; hätten sie sie doch in jedem Augenblick, wenn sie nur gewollt hätten, stürzen können. Wenn diese Politik der deutschen Regierung geglückt wäre, so hätte das deutsche Volk ihr mit ebensoviel Begeisterung zugejauchzt, wie es den Kriegsausbruch begrüßt hat. Das deutsche Volk kann also nicht behaupten, daß, weil es, nachdem der Krieg einmal verloren, seine Regierenden gewechselt hat, die Gerechtigkeit wolle, daß es den Folgen seiner Kriegshandlungen entzogen werde.

## II.

Die Alliierten und Assoziierten Mächte glauben demnach, daß der Friede, den sie vorgeschlagen haben, seinem Grundwesen nach ein Rechtsfriede ist. Sie sind nicht weniger gewiß, daß es ein Friede des Rechtes ist, in Gemäßheit der im Augenblick des Waffenstillstandes anerkannten Grundsätze. Man kann wohl nicht an der Absicht der Alliierten und Assoziierten Mächte zweifeln, zur Grundlage der europäischen Ordnung das Prinzip zu machen, die unterdrückten Völker zu befreien und die nationalen Grenzen soweit wie möglich gemäß dem Willen der in Frage kommenden Völker neu zu ziehen, indem sie zu gleicher Zeit jedem Volke alle Erleichterungen zuteil werden lassen, um in völkischer und wirtschaftlicher Beziehung ein unabhängiges Leben zu führen. [...]

In Anwendung dieser Grundsätze haben die Alliierten und Assoziierten Mächte Bestimmungen getroffen, um Polen als unabhängigen Staat wiederherzustellen, mit „einem freien und sicheren Zugang zum Meere“. Alle die „von unzweifelhaft polnischen Bevölkerungen bewohnten Gebiete“ sind Polen zuerkannt worden. Alle von einer deutschen Mehrheit bewohnten Gebiete sind, abgesehen von einigen vereinzelt Städten und von auf vor kurzem gewaltsam enteigneten Landgütern gegründeten und inmitten unzweifelhaft polnischer Landstriche belegenen Ansiedlungen, Deutschland belassen worden. Überall, wo der Wille des Volkes zweifelhaft ist, ist eine Volksabstimmung vorgesehen worden. Die Stadt Danzig soll die Verfassung einer Freistadt erhalten; ihre Einwohner sollen autonom sein; sie sollen nicht unter die Herrschaft Polens kommen und werden keinen Teil des polnischen

Staates bilden. Polen soll gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig bekommen; die Stadt selber ist von Deutschland abgetrennt worden, weil es kein anderes mögliches Mittel gab, ihr jenen „freien und sicheren Zugang zum Meere“ zu verschaffen, welchen Deutschland abzutreten versprochen hatte.

Die deutschen Gegenvorschläge stehen im vollständigen Widerspruch zu der vereinbarten Grundlage des Friedens. Sie zielen darauf ab, große Majoritäten unstreitbar polnischer Bevölkerung unter deutscher Herrschaft zu halten.

Um die Landverbindung zwischen Ost- und Westpreußen aufrechtzuerhalten, deren Handel stets in der Hauptsache durch Küstenschiffahrt befördert worden ist, soll einer Nation von über zwanzig Millionen Menschen, die bis an die Küste heran in der Bevölkerung die Majorität bilden, der sichere Zugang zur See verweigert werden. Diese Vorschläge können daher von den Alliierten und Assoziierten Mächten nicht angenommen werden. Gleichzeitig hat jedoch die deutsche Note in gewissen Fällen die Berechtigung einer Abänderung dargetan, welche erfolgen soll; und mit Rücksicht auf die Behauptung, daß Oberschlesien, obgleich die Bevölkerung im Verhältnis von 2 zu 1 überwiegend polnisch ist (1 250 000 gegen 650 000 nach der deutschen Volkszählung von 1910), bei Deutschland zu verbleiben wünscht, sind die Alliierten und Assoziierten Mächte damit einverstanden, daß die Frage, ob Oberschlesien zu Deutschland oder zu Polen gehören soll, durch Abstimmung der Bevölkerung selber entschieden wird.

Das von den Alliierten und Assoziierten Mächten für das Saarbecken vorgeschlagene Regime soll 15 Jahre dauern. Die Mächte haben diese Regelung für erforderlich gehalten, sowohl mit Rücksicht auf den allgemeinen Plan der Wiedergutmachung als auch, um Frankreich sofortige und gewisse Entschädigung für die willkürliche Zerstörung seiner im Norden belegenen Kohlenminen zu sichern. Das Gebiet ist nicht unter französische Oberhoheit gestellt, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Diese Regelungsweise hat den zwiefachen Vorteil, daß hierdurch keine Annexion vollzogen wird, während sie gleichzeitig den Besitz der Kohlenfelder an Frankreich überträgt und die wirtschaftliche Einheit des Gebietes aufrechterhält, welche für die Interessen der Einwohner von solcher Wichtigkeit ist. Nach Ablauf der 15 Jahre wird die gemischte Bevölkerung, welche in der Zwischenzeit ihre eigenen örtlichen Angelegenheiten unter der regierenden Aufsicht des Völkerbundes geregelt haben wird, volle Freiheit haben, um darüber zu entscheiden, ob sie die Vereinigung mit Deutschland oder die Vereinigung mit Frankreich oder die Fortsetzung des durch den Vertrag begründeten Regimes vorzieht.

Was die Gebiete anbelangt, deren Übertragung von Deutschland an Dänemark und Belgien vorgeschlagen worden ist, so sind einige von diesen von Preußen gewaltsam angeeignet worden, in jedem Falle wird aber eine Übertragung nur stattfinden auf Grund der Entscheidung der Bevölkerung, die unter Bedingungen gefällt werden soll, welche die volle Wahlfreiheit sichern.



Endlich haben die Alliierten und Assoziierten Mächte sich davon überzeugen können, daß die eingeborenen Bevölkerungen der deutschen Kolonien starken Widerspruch dagegen erheben, daß sie wieder unter Deutschlands Oberherrschaft gestellt werden, und die Geschichte dieser deutschen Oberherrschaft, die Traditionen der deutschen Regierung und die Art und Weise, in welcher diese Kolonien verwandt wurden als Ausgangspunkte für Raubzüge auf den Handel der Erde, machen es den Alliierten und Assoziierten Mächten unmöglich, Deutschland die Kolonien zurückzugeben oder dem Deutschen Reiche die Verantwortung für die Ausbildung und Erziehung der Bevölkerung anzuvertrauen.

Aus diesen Gründen sind die Alliierten und Assoziierten Mächte davon überzeugt, daß ihre territorialen Vorschläge sowohl mit der vereinbarten Grundlage des Friedens, als auch mit den notwendigen Voraussetzungen für den künftigen Frieden Europas in Einklang stehen. Sie sind daher nicht geneigt, sie über das angegebene Maß hinaus abzuändern.

### III.

In Verbindung mit der Regelung der territorialen Fragen stehen die Vorschläge hinsichtlich internationaler Kontrolle der Flüsse. Es entspricht genau der vereinbarten Friedensgrundlage und dem anerkannten öffentlichen Rechte Europas, daß Binnenstaaten ein sicherer Zugang zum Meere auf den durch ihr Gebiet fließenden schiffbaren Flüssen zusteht. Die Alliierten und Assoziierten Mächte sind der Ansicht, daß die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen für das freie Leben der jetzt neu begründeten Binnenstaaten unentbehrlich sind und keine Schmälerung der Rechte der übrigen Uferstaaten darstellen. Von dem Gesichtspunkte der überholten Lehre aus betrachtet, daß jeder Staat sich in einem Verzweiflungskampfe befindet um die Oberherrschaft über seine Nachbarn, erscheint ohne Zweifel eine solche Regelung als geeignet, den Angreifer an der gewaltsamen Erdrosselung seines Gegners zu verhindern. Wenn es aber das ideale Ziel ist, daß die Völker auf der Bahn des Handels und des Friedens gemeinsam vorgehen sollen, so ist diese Regelung natürlich und gerecht. Die vorgeschriebene Hinzuziehung von Vertretern von Nichtuferstaaten zu den für diese Flüsse vorgesehenen Kommissionen dient dazu, die Berücksichtigung des Interesses der Gesamtheit zu sichern. In der Durchführung dieser Grundsätze sind jedoch einige Abänderungen der ursprünglichen Vorschläge gemacht worden.

### IV. — — — [...]

### V.

Die Deutsche Delegation hat die Vorschläge des Vertrages hinsichtlich der Wiedergutmachung in erheblichem Maße falsch verstanden.

Nach diesen Vorschlägen ist die von Deutschland zu zahlende Summe auf dasjenige beschränkt, was nach den Bedingungen des Waffenstillstandes über den der Zivilbevölkerung der Alliierten Staaten durch deutschen Angriff verursachten

Schaden zweifelsfrei gerechtfertigt ist. Sie bedingen nicht einen solchen Eingriff in die inneren Verhältnisse Deutschlands von seiten der Reparationskommission wie von der Gegenseite behauptet worden ist.

Sie verfolgen das Ziel, die Zahlung der Reparationen, die von Deutschland geschuldet werden, so leicht und angenehm als möglich für beide Teile zu gestalten, und werden auch in diesem Sinne ausgelegt werden. Die Alliierten und Assoziierten Mächte sind daher nicht geneigt, Änderungen an ihnen vorzunehmen.

Sie stimmen jedoch mit der Deutschen Delegation überein, daß es erwünscht ist, sobald wie möglich die von Deutschland zu zahlende Summe in Übereinstimmung mit den Alliierten endgültig festzusetzen. Es ist nicht möglich, diese Summe heute zu bestimmen, da der Umfang des Schadens und die Kosten der Wiederherstellung noch nicht festgestellt worden sind. Die Alliierten und Assoziierten Mächte sind daher bereit, dem Deutschen Reiche alle möglichen und angemessenen Erleichterungen zuteil werden zu lassen, damit es die zerstörten und beschädigten Gebiete besichtigen und daraufhin binnen vier Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages Vorschläge machen kann für eine Regelung der Ansprüche auf Grund der verschiedenen Schadensarten, für die Deutschland verantwortlich ist. Sollte es möglich sein, in den darauffolgenden zwei Monaten zu einer Vereinbarung zu gelangen, so wird der genaue Umfang der deutschen Schuld dadurch festgestellt worden sein. Wenn eine solche Vereinbarung nicht zustande kommt in der angegebenen Zeit, so wird die vom Vertrage vorgesehene Regelungsweise zur Anwendung gelangen.

## VI.

Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben dem Antrage der Deutschen Delegation, Deutschland sofort in den Völkerbund aufzunehmen, sorgfältige Beachtung zuteil werden lassen. Sie sind jedoch nicht in der Lage, diesem Antrage stattzugeben. [...]

## VII.

In ihren Erörterungen über die wirtschaftlichen Fragen und auch an anderen Stellen hat die Deutsche Delegation die von den All. und Ass. Mächten angewandte Blockade wiederholt verurteilt. Die Blockade ist und war immer eine rechtmäßige und anerkannte Kriegsmaßnahme; ihre Anwendung ist von Zeit zu Zeit den veränderten Verhältnissen im internationalen Verkehrswesen angepaßt worden.

Wenn die Alliierten und Assoziierten Mächte Deutschland gegenüber eine Blockade von besonderer Strenge angewandt haben, welche sie in konsequenter Weise den Grundsätzen des Völkerrechtes anzupassen suchten, so geschah dies wegen des verbrecherischen Charakters des von Deutschland angefangenen Krieges und wegen der barbarischen Methode, welche Deutschland in der Durchführung dieses Krieges angewandt hat. — — — Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben es nicht unternommen, auf alle Behauptungen der deutschen Note im einzelnen begründet zu



antworten. Wenn einige der Ausführungen dieser Note mit Stillschweigen übergangen werden, so bedeutet es nicht, daß sie zugegeben werden oder daß ihre Diskutierbarkeit anerkannt wird.

### VIII.

Zum Schluß müssen die Alliierten und Assoziierten Mächte es offen aussprechen, daß dieser Brief und die angeschlossene Denkschrift ihr letztes Wort in der Angelegenheit darstellen.

Sie haben die deutschen Bemerkungen und Gegenvorschläge mit ernster Aufmerksamkeit und Sorgfalt durchgeprüft. Sie haben in Verfolg dieser Prüfung wichtige praktische Konzessionen gemacht, sie müssen jedoch die Grundsätze des Vertrages aufrechterhalten.

Sie sind der Ansicht, daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Erledigung dieses großen Krieges darstellt, sondern daß er auch die Grundlage schafft, auf der die Völker Europas in Freundschaft und Gleichheit zusammenleben können. Er schafft aber auch gleichzeitig den Apparat für die friedliche Erledigung aller völkerrechtlichen Fragen durch Aussprache und Übereinstimmung, wodurch die im Jahre 1919 geschaffene Regelung selber von Zeit zu Zeit abgeändert werden und neuen Ereignissen und neu entstehenden Verhältnissen angepaßt werden kann.

Er ist, wie offen ausgesprochen werden kann, nicht gegründet auf einer allgemeinen Entschuldigung der Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918. Wäre das der Fall, so wäre kein Rechtsfrieden geschaffen. Der Vertrag stellt jedoch einen ehrlichen und bewußten Versuch dar, „jene Herrschaft des Rechts, gegründet auf der Übereinstimmung der Regierten und erhalten durch die organisierte öffentliche Meinung der Menschheit“, zu schaffen, welche als Grundlage des Friedens vereinbart wurde.

In diesem Sinne muß der Friede in seiner jetzigen Gestalt entweder angenommen oder abgelehnt werden.

Die Alliierten und Assoziierten Mächte fordern daher eine Erklärung der Deutschen Delegation binnen 5 Tagen, vom Datum dieser Mitteilung, daß sie bereit ist, den Vertrag in seiner heutigen Gestalt zu unterzeichnen.

Wenn die Delegation innerhalb dieser Frist ihre Bereitschaft erklärt, den Vertrag in seiner jetzigen Gestalt zu unterzeichnen, so werden Vorbereitungen für die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles getroffen werden.

Mangels einer solchen Erklärung stellt diese Mitteilung die Notifikation dar, welche in Artikel 2 der Vereinbarung vom 16. Februar 1919 über die Verlängerung des Waffenstillstandes, gezeichnet am 11. November 1918 und bereits verlängert durch die Vereinbarungen vom 13. Dezember 1918 und 16. Januar 1919, enthalten ist. Der genannte Waffenstillstand wird damit beendet sein und die Alliierten und Assoziierten Mächte werden diejenigen Schritte ergreifen, die sie zur Erzwingung ihrer Bedingungen für erforderlich halten.

## COLIN ROSS: Krieg gegen Frankreich?

*Nach dem Aufsatz von Klaus Werner: „Deutschland gegen Frankreich“ in Heft 12, viel umstritten, angegriffen und anerkannt, war es eine einfache Gerechtigkeitspflicht, auch den anderen Teil zu hören. Wer große Worte braucht, muß sich klar sein, wohin sie führen können, und was zu tragen hat, wer ihnen folgt. Das zeigt, auch hierin ohne Beschönigung, Colin Roß. Damit stehen die beiden letzten, noch erdfesten Landmarken zwischen Rechts und Links an Wegen, die heute bereits besritten sind; zwischen ihnen öffnen sich letzte Durchblicke, an denen vorbeizuschließen unehrlich und unwürdig wäre.*

*Der Herausgeber*

„Ist der Feind in die Batteriestellung eingedrungen, so wird der Kampf mit den Handwaffen fortgesetzt und ist keineswegs aussichtslos!“ hieß es in dem alten deutschen Exerzierreglement für die Feldartillerie.

So, genau so ist — militärisch betrachtet — die deutsche Situation im Falle eines Krieges mit Frankreich. Einem französischen Einmarsch gegenüber befindet sich die deutsche Reichswehr, mag sie auch durch noch so viele freiwillige Hilfsorganisationen unterstützt sein, in der gleichen Lage wie die paar Kanoniere, die mit ihren Seitengewehren und Revolvern gegnerischer Infanterie oder Kavallerie hoffnungslos unterlegen waren, sobald diese erst ihr Feuer unterlaufen hatten.

Und trotzdem hieß es im alten Exerzierreglement, hieß es mit vorbildlicher Prägnanz so und mußte so heißen: „Der Kampf wird fortgesetzt und ist keineswegs aussichtslos!“

Ich kenne keinen einzigen Fall in der ganzen Kriegsgeschichte, wo eine Batteriebesatzung aus eigener Kraft einen in die Stellung eingedrungenen Feind wieder geworfen hätte, und auch dem dümmsten Kanonier mußte es spätestens nach dem ersten Manöver aufdämmern, was es mit diesem Satz des Exerzierreglements für eine Bewandnis hatte. Und trotzdem war er der psychologisch bedeutsamste des ganzen Reglements: auch in der verzweifeltsten Situation nicht nur den Kampf fortzusetzen, sondern, was noch viel mehr heißt, ihn fortzusetzen in dem unerschütterten Glauben, daß er keineswegs aussichtslos sei. [*Tatsächlich sind Fälle bekannt! D. Hsg.*]

Inwieweit dann in der Praxis, in der ungeheuren Nervenbeanspruchung des Kampfes gegen eine überwältigende Übermacht diese seelische Kraft dann wirklich vorhanden war, ist eine andere Frage. Postuliert mußte die Forderung jedenfalls werden, und die militärische Erziehung mußte darauf abzielen, sie einzupflanzen.

Genau so muß — vom militärisch-nationalen Gesichtspunkt aus — im Zustand unserer augenblicklichen Wehrlosigkeit unsere geistige Haltung möglichen Feinden gegenüber sein. Wer der Ansicht ist, daß der Friede von Versailles eine untragbare



Schmach ist, wer glaubt, daß es für uns unerträglich ist, weiter Reparationen zu zahlen und die Grenzen im Osten anzuerkennen, wer deshalb das Risiko eines Krieges laufen will, der muß wie die Kanoniere der eingedrungenen übermächtigen Infanterie oder Kavallerie gegenüber bereit sein, in dem Glauben zu kämpfen, daß der Kampf keineswegs aussichtslos ist, obgleich sein Verstand ihm klar und deutlich das Gegenteil sagt.

Eines darf er aber unter keinen Umständen tun, er muß sich bewußt bleiben, daß dies „keineswegs aussichtslos“ schon das alleräußerste ist, was sein Glaube seinem Verstand zumuten darf. Jedes Mehr an Glauben ist bereits Wahnsinn und Verbrechen.

Es ist ein ungeheuer ernstes Zeichen der Zeit und der Stimmung, das sich gar nicht bedeutsam genug einschätzen läßt, daß eine Zeitschrift wie die „Geopolitik“ ihre Spalten einem Aufsatz wie dem von Klaus Werner im Dezemberheft des abgelaufenen Jahres öffnet, in dem offen von der Möglichkeit des Krieges gegen Frankreich als letzte Chance für Deutschland gesprochen wird.

Man kann — ohne daß deshalb ein Zweifel an der nationalen Gesinnung erlaubt sein sollte — der Ansicht sein, daß Deutschland im letzten Kriege verhältnismäßig glimpflich davon gekommen ist, zum mindesten, wenn man an das Schicksal Karthagos oder Babylons oder auch Polens zur Zeit der Teilungen denkt.

Man kann, gleichfalls als ein durch und durch nationaler Mann, der Ansicht sein, daß es klüger, daß es richtiger, daß es „nationaler“ ist, sich mit dem Frieden von Versailles abzufinden und erst einmal in dem verbliebenen Rest ein neues Deutschland aufzubauen. Man kann aber auch aus der gleichen nationalen Einstellung heraus, unsere gegenwärtige Situation als unerträglich empfinden und erklären „entweder-oder“. Entweder Ihr gesteht uns zu, was wir für unsere nationale Freiheit und Selbstachtung für unerläßlich halten oder — wir lassen es auf das äußerste ankommen.

Wie gesagt, beide Einstellungen sind national, beide können richtig sein. Die meisten von uns werden zwischen beiden hin und her schwanken. Dieses Schwanken ist, zumal aus der großen Labilität des modernen Europäers überhaupt heraus, nur allzu verständlich, was natürlich nicht hindert, daß es die Bildung eines klaren, nationalen Willens und einer bestimmten deutschen Außenpolitik erschwert. Viel gefährlicher aber ist auch, daß aus einem momentanen Gefühlsimpuls heraus das Volk in eine Entschließung stürzen kann, die es im Grunde nicht gewollt hat und über deren Konsequenzen es sich nicht im klaren ist. Eine solche Entschließung wäre ein Krieg gegen Frankreich.

Wer von einem solchen spricht, ja, wer nur mit dem Gedanken daran spielt, muß sich bis zum letzten der Konsequenzen einer solchen „Verzweiflungschance“ bewußt sein. Tut er das nicht, ist er ein Narr oder ein Verbrecher, jedenfalls alles andere als ein nationaler Mann. Es nutzt wenig, über begangenen Fehler zu jammern und über die Unkenntnis der wahren Weltsituation und der wahren

Kräfteverhältnisse, mit der Deutschland in den Weltkrieg schlitterte. Wir tragen schwer genug an dieser damaligen Verkennung. Ihre Wiederholung aber wäre das Unverantwortlichste, was wir tun könnten. Und dennoch sieht es ganz danach aus, als ob weite Kreise des Volkes in gleicher Ahnungslosigkeit Wünsche für Realitäten nähmen und uns dadurch in eine an sich noch viel katastrophalere Situation hinein-zumanövrieren im Begriffe sind.

Ich sage durchaus nicht, daß ich einen Krieg gegen Frankreich a limine ablehne, und wahrscheinlich würde ich auch wieder mitgehen, selbst wenn ich die Situation von vornherein für hoffnungslos hielte. Aber wir alten Feldzugsoldaten, die wissen, was Krieg heißt, müssen vor Ergreifung dieser Ultima ratio das unsere dazu tun, damit über die Chance und den Ausgang eines Krieges mit Frankreich keine Unklarheit mehr bestehenbleibt.

Damit meine ich nicht die Ausmalung der Schrecken des Krieges, von der sich die Pazifisten soviel versprechen. Ein solches Schwarz-in-Schwarz-Malen halte ich für gänzlich aussichtslos. Es ist nun mal etwas im Manne, das ihn gegen solche Schilderungen völlig immun macht. Wir erleben da ja an unseren Kindern nur dasselbe, was wir selbst in der Jugend durchmachten. Vor einem Kriegsbild identifiziert sich nun einmal jeder richtige Junge mit dem Sieger und nicht mit dem Toten und Verwundeten. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob der Sieger mit dem Schwerte in der Faust über ein Totenfeld reitet oder im Flugzeug über eine eingescherte Stadt surrt. Der krieglerische Knabe ist vor einem solchen Bilde immer nur der Mann auf dem Pferde oder im Flugzeug, und jede solche Abschreckungs-propaganda verfehlt, wenigstens bei allen, bei denen es darauf ankommt, ihren Zweck.

Nein, so geht es nicht, und es hat schon seinen Grund, warum der Pazifismus nicht weiterkommt. Worauf es ankommt, ist: ganz klar die Stimmung des Gegners, die beiderseitigen Stärkeverhältnisse und die Weltsituation zu erkennen.

Zunächst wollen wir uns einmal bewußt werden, wie außerordentlich, ja eigentlich unvorstellbar sich die allgemeine Lage zu unseren Gunsten verschoben hat. Man muß im Jahre 1919 im neutralen und ehemals feindlichen Ausland gereist sein, um sich zu erinnern, welch eine Phalanx von Haß, Verachtung und Abwehr Deutschland damals noch gegenüberstand.

Und heute? Ich bin inzwischen in allen ehemaligen Feindländern gewesen und bis zum Juli 1931 hatte man überall, selbst in Frankreich, fast vergessen, daß es vor noch nicht allzu langer Zeit den blutigsten und haßerfülltesten Krieg zwischen uns und den andern gegeben hatte. [? D. Hsg.]

Inzwischen hat sich ja allerlei wieder geändert, aber doch nur derart, daß in Frankreich und allenfalls bei seinen Verbündeten sich die Stimmung gegen uns verschlechtert hat, während sonst allgemein Frankreich in eine „Isolation“ rückt, die alles andere als splendid ist. Ich will gar nicht von Italien reden, wo man auf offenkundigen Haß und offene Kriegsstimmung gegen Frankreich stößt, aber auch



in England erzählten mir auffällig viel Leute ungefragt, wie sehr sie die Franzosen verabscheuten und wie sehr sie bedauerten, 1914 auf der falschen Seite in den Krieg gezogen zu sein.

Nichts aber wäre verkehrter, als daraus zu schließen, daß im deutsch-französischen Kriegsfall England und Italien gemeinsame Sache mit uns machen würden. England ganz bestimmt nicht. Ja, im Falle England ist es gar nicht ganz ausgeschlossen, daß die Briten in irgendeiner Form gegen entsprechende Kompensationen mit den Franzosen zusammengingen. Und ganz dasselbe gilt von Italien. Die Italiener werden zwar bestimmt mobil machen und die Alpen- wie die Karstgrenze besetzen; aber ebenso bestimmt werden sie weder in Frankreich noch in Jugoslawien einmarschieren, sondern erst einmal abwarten, wie der Hase läuft, genau wie sie es 1914 gemacht haben. Selbstverständlich werden sie im Verlaufe des Feldzuges versuchen, aus Frankreich Kompensationen herauszupressen, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß es dann bei entsprechender Halsstarrigkeit der Franzosen doch noch zu einem militärischen Zusammenstoß kommt; aber damit zu rechnen, wäre unverantwortliche Torheit.

Bleibt Rußland? Hat Rußland irgendeine Veranlassung, sich zu unseren Gunsten in den Kampf einzumischen? Abrechnung mit Polen! Gewiß! Sicher ist in weiten Kreisen des sowjetistischen Offizierkorps die gleiche Kriegsstimmung gegen Polen wie im faschistischen gegen Frankreich. Aber wird deswegen Rußland losschlagen? Genau wie für Italien ist es auch für Rußland viel rentabler zu warten als voreilig loszuschlagen. Und daß die Sowjetunion warten kann, zeigt sie heute in der Mandschurei. Da werden von den Japanern russische Interessen in so offenkundiger Weise verletzt, daß das zaristische Rußland wahrscheinlich bereits in einen schweren Konflikt mit Japan verwickelt wäre, schon mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Das Rote Rußland kann es sich leisten, ruhig Gewehr bei Fuß zu stehen ohne Prestigeminderung.

Für Sowjetrußland steht im Innern noch auf einige Zeit viel zu wichtiges auf dem Spiel, als daß es sich voreilig in außenpolitische Händel verwickeln ließe. Und außerdem: Ist es für die Fortführung der Weltrevolution nicht viel vorteilhafter, ganz Deutschland wird von Frankreich besetzt und in Wirren und Verzweiflung gestürzt, als wenn die Rote Armee uns voreilig davor bewahrte?

Nein, auch auf Rußland können wir nicht zählen, und wir müssen damit rechnen, wenn wir es auf die Ultima ratio ankommen ließen, daß wir ganz allein Frankreich und wahrscheinlich auch Polen und der Tschechoslowakei gegenüberstünden. Bleibt der Einwand oder die Hoffnung, daß Frankreich Schwierigkeiten in seinen Kolonien hat und daß die fünf schwarzen Divisionen, die in Südfrankreich stehen, nicht marschieren oder gar revoltieren werden. Müssen wir bei solchen Einwänden nicht an die Hoffnungen denken, die wir bei Kriegsausbruch an das Aufflammen der Revolten in Indien, in Südafrika, in Ägypten und Gott weiß wo knüpften?

Nein, alle diese Länder und Völker revoltierten nicht, sondern entsandten nur allzu bereitwillig Truppen gegen uns.

Ich habe die schwarzen Divisionen in Südfrankreich besucht, ich muß sagen, ich habe ganz und gar nicht den Eindruck, als ob sie irgendwie unzuverlässig wären. Sie haben auch gar keinen Grund dazu. Sie werden gehätschelt und verwöhnt. Ich habe die schwarzen Truppen am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, über die Champs Elysées ziehen sehen, und die Pariser jubelten ihnen unvergleichlich lauter und begeisterter zu als ihren gleichfarbigen Landsleuten. Und wo spielt der Farbige eine ähnliche Rolle wie in Paris, in ganz Frankreich? Frankreich ist die einzige Kolonialmacht, die keine Farbenschanke aufrichtete, die schwarze Deputierte und einen dunklen Unterstaatssekretär im Kolonialministerium hat. Man mag darüber denken, wie man will, man mag es Rassenverrat nennen, aber man soll sich nicht einbilden, daß Frankreichs schwarze Armeen Deutschland gegenüber versagen würden. — Das heißt natürlich nicht, daß es nicht im Kriegsfall zu vereinzelt Unruhen in den französischen Kolonien kommen könne. Sehr wahrscheinlich würde es zu solchen kommen, vor allem in Indochina. Aber sie würden vereinzelt und für das Ganze bedeutungslos bleiben.

Aber selbst wenn alle farbigen Divisionen versagten, wenn alle Kolonien revoltierten, wenn alle Bundesgenossen abfielen, bliebe das Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich qualitativ und quantitativ dennoch wie das einer Schwadron zu den wenigen Kanonieren einer Batterie, in die sie eingebrochen.

Schön, der Kampf wird also fortgesetzt und ist keineswegs „aussichtslos“. Wie spielt sich nun dieser Kampf ab?

Wir müssen hier eine allgemeine kriegsgeschichtliche Erfahrung voranstellen. Kein neuer Krieg wird mit der Technik und Taktik begonnen, die auf Grund der Erfahrungen des letzten die gemäßen wären. Sondern stets tritt nicht nur kein Fortschritt, sondern im Gegenteil ein Rückschritt ein. Selbstverständlich werden die inzwischen gemachten militärischen Erfindungen eingesetzt, aber viel zu zaghaft und zögernd [*in der Mandschurei nicht! D. Her.*], und zweitens zieht man aus ihnen nicht die taktischen Konsequenzen, die sich logisch und zwangsläufig aus ihnen ergeben. So wurde der Weltkrieg auf allen Seiten zunächst in Formen geführt, welche die Erfahrungen des mandschurischen Feldzugs und selbst des Burenkrieges fast ignorieren.

Auf Grund der letzten Erfahrungen des Weltkrieges und des letzten Standes der Kriegstechnik wird der nächste Krieg ein Feldzug von hochspezialisierten Ritterheeren sein. Die Entscheidung wird zu 70 bis 80 Prozent bei den Luft- und Gaswaffen liegen. Trotzdem werden zu Beginn die Massenheere genau so aufmarschieren wie im Weltkrieg, obgleich sie im Grunde nur Ballast und Kanonenfutter sein werden, genau wie im frühen Mittelalter, als sich die Infanterie- auf Kavallerietaktik umstellte, noch Massen von Fußvolk mit in die Schlacht zogen, obgleich sie eigentlich nie in Aktion traten.



Aus diesem Grunde liegt dem deutschen kleinen, aber hochqualifizierten Berufsheer die richtige Idee zugrunde. Und weil die Franzosen dies fühlen, ohne es sich zugeben zu wollen, darum auch ihre nervöse Unruhe vor diesem lächerlich kleinen Heer. Soweit so gut, nur daß die Reichswehr ein Ritterheer ohne Rüstung ist, wenigstens ohne die moderne und gemäße Rüstung. Ihre Taktik im Kriegsfall würde darauf abzielen müssen, sich einmal diese Rüstung so rasch wie möglich zu beschaffen [*Woher? D. Her.*], und soweit dies nicht oder nicht rasch genug möglich ist, eine Taktik zu entwickeln, welche die qualitative Überlegenheit ihrer hochqualifizierten Individualausbildung zu größtmöglicher Überlegenheit bringt.

Diese Bedingungen leiten mit zwingender Notwendigkeit auf eine moderne Form des Guerillakrieges hin. Es bleibt nur die Möglichkeit, die auf Massenwirkung abgestellte Kriegsmaschine des Gegners um ihre Wirkung zu bringen, indem man ihr keine Massen, sondern Einzelkämpfer gegenüberstellt. Das Geheimnis des erfolgreichen Widerstandes einer Handvoll Marokkaner gegen ein unerhört überlegenes Heer, das mit allen modernen Kriegsmitteln ausgerüstet war, beruhte auf dieser Taktik. Die Giftschwaden, welche die Franzosen und Spanier abbliesen, deckten ein Gelände, das nur mit ein paar Kämpfern besetzt war und Flugzeuggeschwader mußten gegen einen Feind eingesetzt werden, der einzeln oder zu zweit in Felslöchern nistete.

Selbstverständlich kam in Marokko das unwegsame, leere Gelände den Verteidigern zu Hilfe. Das bedeutet, daß im dichtbesiedelten Mitteleuropa eine ganz andere Taktik dieses Guerillakrieges eines „Ritterheeres“ entwickelt werden müßte. Die Gefährdung der Zivilbevölkerung durch den rücksichtslosen Masseneinsatz moderner Kriegsmittel, vor allem von Gas und Bombenwürfen, zwingt dazu, den Krieg in das Land des Gegners oder wenigstens in das von ihm besetzte Gebiet zu legen.

Die für uns ungünstigste Art der französischen Kriegsführung wäre, wenn die Franzosen überhaupt nicht einmarschierten, lediglich ihre Sperrfortlinie besetzten und im übrigen abwarteten, bis ihre Luftangriffe gegen unsere Bevölkerungszentren ihre Schuldigkeit getan. Bei unserer völligen Wehrlosigkeit gegen Bomben und Gasangriffe aus der Luft könnten sie ohne einen Mann aufs Spiel zu setzen, uns grauenhaften Schaden zufügen und uns dadurch so zermürben, daß wir jeden, auch den härtesten Frieden akzeptierten.

Glücklicherweise für uns werden die Franzosen diese Kriegsführung niemals wählen, selbst wenn ihre führenden Militärs sie als die richtige erkennen sollten. Einmal werden diese Militärs viel zu sehr nach dem Ruhm brennen, endlich in Deutschland siegreich einmarschieren zu können. Und zweitens werden sie viel zu nervös sein, ob Deutschland nicht doch inzwischen mit oder ohne insgeheime russische Hilfe sich ein Heer mit modernen Kriegsmitteln ausrüstet und ihnen so gleichwertig gegenübertritt. Und schließlich wird die öffentliche Meinung Frankreichs sich gegen eine so ruhmlose und die öffentliche Meinung der Welt sich gegen eine so feige Art der Kriegsführung wenden [*? D. Her.*].

Die Franzosen würden also einmarschieren. Diesem Einmarsch gegenüber befindet sich unsere Reichswehr in einem Dilemma. Auf der einen Seite muß sie trachten, ihn nach Möglichkeit zu verzögern, um einmal ihre Reihen durch Einstellung von Freiwilligen aufzufüllen und, soweit es noch geht, sich mit den bisher verbotenen modernen Kampfmitteln zu versorgen. Auf der andern Seite darf sie die völlige Besetzung ganz Deutschlands oder des größten Teiles von Deutschland nur so lange hinauszögern, als die Zivilbevölkerung durch die unausgesetzten Gas- und Bombenangriffe noch nicht die Nerven verloren hat. Darüber muß sich ja jeder klar sein, der an einen Krieg mit Frankreich denkt, daß es ihn und die Seinen angeht, daß es in erster Linie ein Kampf gegen die Bevölkerung ist und daß man bei den kämpfenden Truppen unter Umständen sicherer als in den großen Städten sein wird.

Hat die Reichswehr diese Aufgabe gelöst und sich möglichst intakt, verstärkt und komplettiert in das noch unbesetzte Deutschland zurückgezogen, so beginnt ihre eigentliche und wichtigste Aufgabe: der Durchbruch.

Dieser Durchbruch kann natürlich nur gelingen, wenn der Feind durch seine bisher verhältnismäßig leicht errungenen Erfolge sichergemacht ist und wenn dieser Durchbruch auf der ganzen Front mit der größten Umsicht und Rücksichtslosigkeit erfolgt. Er ist ferner nur möglich, wenn Teile der Reichswehr oder zum mindesten Organisationen von ihr heimlich in dem vom Feinde bereits besetzten Gebiet zurückgelassen würden, und wenn die ganze Bevölkerung mithilft. [*Wenn!? D. Hsg.*]

Diese durchgebrochenen Reichswehrverbände, die teilweise über kleinste Einheiten nicht hinausgehen, dafür aber um so beweglicher sein würden, müßten nun den Guerillakrieg hinter den französischen Linien nicht anders führen als Dewet seinerzeit in Transvaal. Und wie die Engländer mit den Burenstreifkorps nicht anders fertig wurden, als indem sie das Schwergewicht der Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung verlegten und schließlich angingen, alle Frauen und Kinder in Konzentrationslager zu überführen und dort elend hinsiechen zu lassen, um dadurch einen Druck auf die kämpfenden Männer auszuüben, so werden die Franzosen, auch wenn sie nicht mehr mit Gas und Bomben arbeiten können, doch alsbald versuchen, durch Kontributionen, Geislerschießungen und Bedrückung schwerster Art die Bevölkerung zu zermürben.

Dieser Guerillakrieg im Rücken der französischen Verbindungen könnte nur mit offener und heimlicher Unterstützung der gesamten Bevölkerung Erfolg haben, und auch nur dann, wenn er so lange fortgesetzt wird, bis er schließlich dem französischen Volk so auf die Nerven geht, daß es zu einem Vergleich bereit ist oder das Ausland sich einmischt.

Das bedeutet ein Maß von Opfermut, von Seelenstärke im Erleiden von Drangsal, Elend und Not durch alle Volksschichten, das weit über das hinausgeht, was im Weltkrieg die deutsche Zivilbevölkerung durchmachte, die ja in ihrer Majorität



von den unmittelbaren Schrecken des Krieges verschont blieb. Die dazu erforderliche Nervenstärke würde um so größer sein, als die Erfolgchance nur minimal sein könnte, eben bei allergrößtem Optimismus nicht mehr als „keineswegs aussichtslos“.

Ehe man sich darauf einließe, steht es schon dafür, sich die Franzosen daraufhin anzusehen, wie es denn mit ihren Nerven bestellt ist und überhaupt mit ihrer Einstellung zum Krieg und zu uns.

Und damit kommen wir zu einem sehr wunden Punkt. Die Ansichten der Majorität des deutschen Volkes über die französische Mentalität kann man beim besten Willen nicht anders als naiv, ja geradezu kindlich bezeichnen. Auf der einen Seite entrüsten wir uns grenzenlos über die französische Hartherzigkeit und Grausamkeit, die wir in ziemlich sinnloser Weise als französischen Sadismus bezeichnen. Auf der andern Seite erwarten wir von diesen Feinden, die wir eben noch herzlose Gewalthaber und quallüsterne Sadisten nannten, daß sie uns die vereinbarten Tributzahlungen erlassen, uns unsere Kolonien wiedergeben und die Ostgrenzen berichtigen sollen. Den Höhepunkt der Naivität erreichte die deutsche öffentliche Meinung im Sommer 1931 beim deutschen finanziellen Zusammenbruch, als man gewissermaßen eine moralische Verpflichtung Frankreichs stipulierte, nicht nur uns unsere Schulden zu erlassen, sondern uns darüber hinaus noch Geld zu leihen.

„Geld — wozu?“ fragten die Franzosen. „Damit Ihr rüsten und wieder über uns herfallen könnt!“ Das Gegenargument, das Deutschland anführte, daß es dem Chaos und dem Bolschewismus anheimfällt, wenn Frankreich sich starrsinnig zeigt und uns nicht hilft, erinnert wirklich bedenklich an das des Knaben, dem sein Vater keine Handschuhe kauft: „Geschieht meinem Vater ganz recht, wenn ich mir die Hände erfriere, warum kauft er mir keine Handschuhe!“

Ja, um Gotteswillen, wen glaubt man denn in Frankreich mit der Drohung zu schrecken, daß uns Chaos und Bolschewismus droht? Weiß man denn nicht, daß diese Drohung ganz Frankreich kalt läßt, ja, daß ein großer Teil der Franzosen sich gar nichts Besseres wünschen könnte. Dann hätten sie doch wenigstens eine Weile Ruhe und Sicherheit vor uns. Kein Franzose fürchtet eine bolschewistische Ansteckung, und wer Frankreich und die übrige Welt kennt, muß zugeben, daß kein Land ähnlich sicher vor bolschewistischer Unruhe ist. Wird die Welt kommunistisch, so wird Frankreich es bestimmt zuletzt.

Also mit dieser Drohung können wir keinen Eindruck auf Frankreich machen. Was können wir also tun?

Ehe wir überhaupt irgend etwas „tun“ können, müssen wir uns klar sein, wie das französische Volk in seinen Führern und in seiner überwältigenden Majorität denkt.

Nein, dieses ganze französische Volk ist ehrlich gegen den Krieg und für „Verständigung“. Dabei versteht es freilich unter „Verständigung“, daß die Deutschen den Kriegsausgang, den Versailler Frieden und die auf ihm beruhende Ordnung Europas ein für allemal als gottgewollte Entscheidung hinnehmen. Tun wir das,

so will man sich auch mit uns „verständigen“, d. h. uns kleinere Erleichterungen zukommen lassen.

Was die Franzosen wollen, ist: ihre Ruhe haben vor den bösen Deutschen, ihre „Sicherheit“, ein für allemal. Sie klammern sich daran, daß die Deutschen den Versailler Vertrag unterschrieben haben und schreien Zeter und Mordio, Betrug und Verrat, wenn ein Tüpfelchen daran geändert werden soll. Sie sind ehrlich und zutiefst von ihrer eigenen Friedensliebe überzeugt, davon, daß ihr riesiges Heer nur Sicherheit bedeutet und Deutschlands winziges Angriff und Kriegsgefahr. In gewissem Sinne haben sie auch recht. Sie wollen nicht angreifen. Sie bedrohen uns nicht, aber sie wollen uns auch nicht aus dem Kerker lassen, in den Versailles uns bannte, wobei in ihren Augen der Versailler Friedensvertrag gar keinen Kerker bedeutet, sondern eigentlich eine noch viel zu gelinde Sühne für einen Frevel, den wir ihnen und der Welt angetan.

Ich weiß, man macht sich nicht beliebt, wenn man die französische Volksstimmung schildert, wie sie tatsächlich ist. Man gerät in Gefahr, als Franzosenfreund, vielleicht sogar als „gekauft“ verschrien zu werden, wie die freundlichen politischen Gepflogenheiten nun einmal sind. Allein ich weiß wirklich nicht, worin die nationale Tat bestehen soll, sich und andere in gefährlicher Weise über Psyche und Mentalität des möglichen Feindes von morgen zu täuschen. Und andererseits, die gefährliche Trumpfkarte der Kriegsdrohung kann einer doch nur ausspielen, wenn er genau weiß, ob und wie er den Gegner bluffen kann, und was erfolgt, wenn sein Bluff durchschaut wird. — — Man muß sich klar sein: Frankreich wird nie und niemals an dem Prinzip der Reparationen, an der Ostgrenze und der deutschen Wehrlosigkeit rütteln lassen. Und wenn man ehrlich ist und nicht verblendet, muß man zugeben, daß keine französische Regierung dies tun kann, ehe nicht eine wirkliche Verständigung zwischen beiden Ländern zustande kommt.

Als Verständigung werden die Franzosen aber nur eine Regelung anerkennen, die jegliche Kriegsgefahr und jegliche Möglichkeit einer deutschen Revanche ausschließt. Gerechterweise muß man zugeben, daß die Franzosen gar nicht anders können. Nachdem sie ihren Sieg über uns nur einer Koalition verdankten, nachdem ihre Alliierten zum größten Teil von ihnen abgefallen sind, ja, zum Teil sogar eine feindliche Haltung einnehmen, beruht das, was sie ihre Sicherung vor möglicher deutscher Invasion nennen, lediglich auf der Niederhaltung Deutschlands, vor allem auf seiner militärischen Ohnmacht. An dieser Einstellung, aus dieser Situation ohne Ausweg hilft kein Drehen und kein Deuteln, helfen keine Ministerbesuche und keine Reden, helfen keinerlei Verständigungsversuche.

Zwischen Deutschland und Frankreich gibt es nur zweierlei: Verständigung mit Sicherheit gegen jede Kriegseventualität oder neuen Krieg.

Wollen wir die Verständigung, so müssen wir uns klar sein, unter welchen Bedingungen oder vielmehr Opfern sie jetzt allein zu haben ist. Diese Bedin-



gungen, diese Opfer, heißen deutsch-französische Fusion unter französischer Hegemonie. Diese Fusion müßte zumindest wirtschaftlicher und militärischer Art sein, d. h. Zollunion und Militärkonvention umfassen. Die bittere Pille der französischen Hegemonie müßten wir in Kauf nehmen; denn wir müssen uns klar sein, daß eine solche „Verständigung“ höchstens unter dieser Bedingung zu haben ist.

Wir würden Frankreich nur dann zu einer Fusion bereit finden, wenn wir im Vertrauen auf die Stärke unserer Volkskraft nicht kleinlich wären, wenn wir ohne Hintergedanken einer späteren Majorisierung ehrlich die Verschmelzung wollten und anfangs willig ihnen Führung und Hegemonie, vor allem auf militärischem Gebiet überließen. Wir müssen uns klar sein und dürfen den Franzosen keinen Zweifel lassen, daß andernfalls die einzig mögliche Alternative — der Krieg ist.

Nur aus solcher Erkenntnis heraus kann es nützlich und richtig sein, den letzten Trumpf auszuspielen, wobei wir uns freilich fragen müssen, ob der geeignete Zeitpunkt dafür schon gekommen ist. Ohne Zweifel hat sich ja die politische Konstellation seit 1918 in einer kaum für möglich gehaltenen Weise für uns verbessert. [:] England, Rußland, Amerika, Italien, einst Frankreichs mächtige Verbündete, sind heute von ihm abgefallen oder seine offenen oder versteckten Gegner. Diese Situation kann sich natürlich auch wieder zu unseren Ungunsten verschieben, und von Zeit zu Zeit werden wir ja auch vor allem durch russisch-französische und russisch-polnische Verständigungsaktionen alarmiert. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß Frankreich in eine immer weitergehende politische Isolierung gerät.

In jedem Fall ist die mögliche Verschlechterung der außenpolitischen Situation ein Risiko, das getragen werden muß, genau wie das militärische Risiko, das dadurch entsteht, daß die Feldzugsgeneration in der Reichswehr, die Flieger, Gas, Tanks und schwere Artillerie noch aus eigener Anschauung und nicht lediglich aus Attrappen kennt, immer mehr ausstirbt und ausscheidet. Diesem militärischen Nachteil steht der Vorteil gegenüber, daß durch Abrüstung der andern, eigene Ausrüstung oder sonstige unvorhergesehene und unvorhersehbare Wandlungen die rein militärische Relation sich zu unsern Gunsten ändern kann.

Drängen aber weder außenpolitische noch militärische Gründe auf unserer Seite zu rascher Entscheidung, so weisen innenpolitische sehr energisch zum Abwarten. In einer definitiven Auseinandersetzung mit Frankreich — sei sie nun kriegerisch oder friedlich — haben wir natürlich eine ganz andere Position und ganz andere Chancen, wenn wir in dem Umbildungs- und Umschichtungsprozeß, den wir heute durchmachen, ein gut Stück weiter sind, oder besser noch ihn in der Hauptsache hinter uns haben. Vor allem weil sich mit jedem Jahr das Verhältnis der inneren Konsolidierung zwischen Frankreich und uns ständig zu unseren Gunsten verschieben muß. Wir haben eine ganze Anzahl Jahre Vorsprung vor Frankreich. In Frankreich besteht zwar wenig Hang zum Kommunismus, und die Bedingungen für seine Ausbreitung sind so ungünstig wie möglich, allein dem sozialen Umschich-

tungs- und vor allem Umdenkungsprozeß, in den die ganze Welt geraten ist, wird auch Frankreich sich auf die Dauer nicht entziehen können.

Vor allem dürfen wir eins nicht vergessen; wir müssen dem französischen Volk Zeit lassen. Der Franzose befindet sich ja in der Lage eines Mannes, der jäh aus einem schönen Traum geweckt wurde, eines Mannes, der sich an einer wohlgefüllten Schüssel gütlich tun will und nun sieht, daß andere ihm neidisch zusehen und ihm gar das „heilige Recht“ streitig machen wollen, diese Schüssel ganz allein zu verspeisen. Das französische Volk ist bisher in der Hoffnung gewiegt worden, daß nach Versailles alles definitiv und für immer gilt, daß der „Boche“ alles zahlt und Deutschland für immer erledigt ist.

Erkennt das französische Volk in der Masse seiner Bauern und Sparer, daß es möglicherweise um die Eintreibung der „heiligen Schuld“ wird kämpfen müssen, nicht nur noch einmal, sondern möglicherweise viele Male, daß gerade die von ihm so innig angestrebte „Sicherheit“ auf diesem Wege nicht zu haben ist, dann wird es vielleicht mehr zu dem zu haben sein, was wir unter Verständigung verstehen.

Verständigung ist ein ungeschicktes Wort, weil sich jeder etwas anderes darunter vorstellt. So viel sollte jedoch klar sein, auf beiden Seiten unverrückbar klar, daß der deutsch-französische Gegensatz so oder so bereinigt werden muß. So groß auch die deutsch-französische Spannung in der Vergangenheit gewesen sein mag, die weitere Zukunft ist mit Spannungen geladen, an denen gemessen für derart „lokale“ Differenzen wie die deutsch-französischen einfach kein Raum ist, ebensowenig wie für preußisch-bayrische.

Allein zu einem Ausgleich gehören zwei, und Ziel aller deutschen Außenpolitik kann nur sein, die Franzosen zu dieser Ausgleichsbereitschaft zu bringen. Und wenn wir den Franzosen klarmachen, daß es einen Punkt geben kann, bei dem wir es auf eine kriegerische Auseinandersetzung ankommen lassen, so darf dies auch nur im Rahmen dieses Strebens nach einer wahrhaften Verständigung geschehen.

Es gab eine Zeit, wo wir es sehr dringend hatten, uns mit den Franzosen zu verständigen, und wo es den Franzosen gar nicht eilig war. Es ist durchaus möglich, daß sich dieses Verhältnis in der Zukunft umkehren kann. Natürlich ist es Unsinn zu sagen: „Schlimmer kann es gar nicht werden!“ Selbstverständlich kann es noch sehr viel schlimmer werden. Allein wir sind sehr hart geworden in der letzten Zeit. Es ist eine seelische Umstellung eingetreten, die sich sehr bald auch außenpolitisch auswirken wird. Damit ist nicht lediglich ein verstärktes Nationalgefühl gemeint, sondern etwas viel Weitergehendes: ein stärkerer Wille dem Schicksal gegenüber, unter Nichtachtung von Annehmlichkeiten, die noch vor kurzem essentiell erschienen.

Jedenfalls ist es eine Zeit ganz großer Möglichkeiten, für uns, für Frankreich, für Europa, ganz großer Möglichkeiten und ganz großer Gefahren, einer Zeit, in der nichts so notwendig ist wie unerbittliche Klarheit, nichts so gefährlich wie Illusionen oder Phrasen jeder Art.



**FRANZ WOERTZ:****Die tödliche Sicherheitsklammer****Der Vordergrund von Genf**

In diesem Monat sollen wir uns in der Völkerbundstadt Genf mit den Vertretern von etwa 60 anderen Staaten an den Verhandlungstisch setzen, um auf der großen, immer wieder verschobenen Abrüstungskonferenz das Problem der Sicherheit und der Abrüstung zu einem Erfolge führen zu helfen. Schon die äußeren Vorbedingungen sind nicht vielverheißend. Die sogenannte vorbereitende Abrüstungskommission, von der der frühere amerikanische Botschafter in Berlin Houghton einmal sagte, daß sie dem Zweck diene, die Vorbereitung der Abrüstung zu verhindern, hat Ende des Jahres 1930 nach unendlichen Mühen einen „Konventionssentwurf“ zustande gebracht, dessen völlige Unzulänglichkeit die deutsche Regierung zu verschiedenen Malen zu sehr unzweideutigen Ablehnungserklärungen veranlaßt hat. Diente dieser Entwurf einer Abrüstungskonvention wirklich als Unterlage für die Beschlüsse der großen Konferenz, so würde die in Versailles geschaffene Teilung zwischen abgerüsteten besiegten Staaten und unabgerüsteten Siegermächten verewigt werden, denn der berüchtigte Artikel 53 dieses Konventionssentwurfes stellt die These auf, daß die Voraussetzung jeder Rüstungsbeschränkung für die heute rüstungsfreien Staaten die unabänderliche Aufrechterhaltung aller Abrüstungsbestimmungen für die bereits abgerüsteten Staaten sei.

Die Vorbereitung der deutschen Öffentlichkeit auf die Genfer Konferenz ist leider recht oberflächlich geführt worden. Man stellte in Artikeln und Versammlungen deutsche Forderungen auf, die sich auf das oftmals gegebene und nie gehaltene Versprechen der anderen Mächte stützen, die in Versailles dekretierte und dann durchgeführte deutsche Abrüstung als den ersten Schritt einer allgemeinen Abrüstung anzusehen und zu behandeln. Auf dieser unbestreitbaren Rechtsbasis verlangte die deutsche Öffentlichkeit mit einer erfreulichen Einmütigkeit die Beseitigung jenes Zustandes von zweierlei Recht, wie ihn eben jener Artikel 53 des Konventionssentwurfes verewigen möchte. Dabei sind jedoch die Motive für diese allgemein erhobene Forderung recht verschiedenartiger Natur. Alle die Kreise, die man nach alter Terminologie als linksstehend bezeichnen könnte, haben die vage Hoffnung, daß die Macht dieses klaren Rechtsgedankens wenigstens so weit reichen möge, daß es zu einer fühlbaren Verminderung der Rüstungen in den großen Militärstaaten kommt. Die sogenannte Rechte in Deutschland stimmt dieser Forderung zu, weil sie nicht ohne Grund der Meinung ist, daß insbesondere Frankreich und seine Verbündeten auf keinen Fall die deutsche These anerkennen werden und dann die Möglichkeit gegeben ist, den Bruch der Abrüstungsversprechungen durch unsere

Verhandlungspartner konstatieren und dementsprechend die deutsche Landesverteidigung ausbauen zu können.

Diese Skepsis gegenüber dem ehrlichen Abrüstungswillen Frankreichs und seiner Verbündeten ist berechtigt. Erstaunlich dagegen bleibt der Optimismus der Rechten in Deutschland hinsichtlich der möglichen Konsequenzen aus einem Scheitern der Abrüstungskonferenz. Man scheint zu glauben, daß es nach einem Aufplatzen der Genfer Verhandlungen ohne weiteres möglich wäre, frisch und fröhlich aufzurüsten, ohne daß die übrige Welt auch nur den Mund auf tun würde.

So einfach liegen die Dinge nicht. Und gerade weil sie viel komplizierter sind, als man wahrhaben möchte, ist die Oberflächlichkeit, mit der man in Deutschland die Öffentlichkeit auf die Genfer Entscheidungen vorbereitet hat, gänzlich unverständlich. Zunächst einmal ist nicht anzunehmen, daß unsere Gegner — darunter sind hier die Mächte verstanden, die die Aufrechterhaltung von zweierlei Verteidigungsrecht anstreben — uns die klare Feststellung eines Vertragsbruches sehr leicht machen werden. Wer die unerhörte Gewandtheit eines Paul-Boncour, eines Politis, eines Brouckère und wie sie heißen mögen, auch nur einigermaßen kennt, wird von vornherein wissen, daß ihre gesamte Taktik darauf angelegt sein wird, von der Stunde der Ankunft auf dem Genfer Bahnhof an, die Schuld für ein etwaiges Fiasko der Abrüstungskonferenz von sich auf andere abzuwälzen. Und es hieße den Propaganda-Apparat unserer Gegner gewaltig unterschätzen, wenn man sich in der Hoffnung wiegen wollte, daß es leicht wäre, den vereinigten Schuldabwälzungsversuchen der besten Abrüstungsaboteure der Welt wirkungsvoll und überzeugend entgegenzutreten. Wesentlicher jedoch ist die Sicherheit, daß auch eine Reihe von andern Mächten, die nicht ohne weiteres unseren Gegnern zuzuzählen sind, ihre Bemühungen darauf richten werden, einen offenen Bruch zu vermeiden und ein Kompromiß zustande zu bringen, das Frankreich nicht wehtut und jedenfalls sehr weit von der Erfüllung der berechtigten deutschen Minimalforderung entfernt sein dürfte. In erster Linie werden die großen angelsächsischen Mächte und ein Teil der kleineren Staaten in dieser sozusagen neutralen Front zu finden sein. Bei ihnen ist teilweise der Wunsch nach Abrüstung, d. h. nach Verminderung der drückenden Rüstungsausgaben durchaus ehrlich. Aber ihr Interesse an einer fühlbaren Herabsetzung etwa der französischen Rüstungen wird zum mindesten stark kompensiert durch den Wunsch, angesichts der eigenen Wirtschaftsschwierigkeiten Verärgerungen in Paris zu vermeiden. Da man sich der Stärke der französischen Stellung in Paris sehr wohl bewußt ist, wäre es leichtsinnig, damit zu rechnen, daß diese Mächte um deutscher Rechtsansprüche willen ernste Verstimmungen mit Frankreich in den Kauf nehmen würden, das sie auf anderen Gebieten bitter notwendig brauchen. Kommt es zu einem offenen Fiasko der Konferenz, so wird die Zahl der Freunde, auf die Deutschland dann zählen könnte, sehr schnell zusammenschmelzen.



Aber gelänge es selbst einwandfrei vor aller Welt die französische Abrüstungs-sabotage nachzuweisen und diesem Nachweis auch außerhalb Deutschlands Anerkennung zu verschaffen, was wäre praktisch damit gewonnen? Man kann der Meinung sein, daß Frankreich in einem solchen Falle nicht zu militärischen Sanktionen greifen würde, wenn Deutschland etwa dann an die Errichtung einer militärischen Flugwaffe, an den Bau von Tanks und schwerer Artillerie gehen und sogar ein Dutzend U-Boote auf Stapel legen würde, oder wenn es im Osten wirklich moderne Befestigungsanlagen baut. Aber schon die Anlage von Befestigungen im Westen, womöglich in der entmilitarisierten Zone würde ja nicht mehr nur eine Verletzung des Versailler Vertrages sein, zu der wir die Berechtigung durch das Verhalten der Franzosen dann vielleicht in Anspruch nehmen könnten, sie wäre eine Verletzung des Locarno-Vertrages, der auch die Engländer und Italiener bindet. An dieser Stelle schon könnten ungewöhnlich ernste Schwierigkeiten auftauchen. Aber man mag den idealistischen Drang der andern Mächte, sich für die Berechtigung einer ausreichenden deutschen Landesverteidigung einzusetzen, selbst so hoch anschlagen, daß man annimmt, auch hier könnten schwere Komplikationen vermieden werden: es bleibt immer die Stellung Frankreichs als stärkste europäische Kapitalmacht, und gleichzeitig als der größte politische Gläubiger Deutschlands. Der rücksichtslose Einsatz aller Mittel auf diesen beiden Gebieten gegen ein Deutschland, das aus einem Vertragsbruch Frankreichs in der Abrüstungsfrage praktische Konsequenzen zu ziehen versuchen würde, ist gewiß. Die Pariser Politik der letzten zehn Jahre auf den beiden großen Gebieten der Sicherheit und der Abrüstung hätte keinen Sinn gehabt, alle Anstrengungen der französischen Staatskunst, den Zustand Europas, der 1919 geschaffen wurde, durch eiserne und ideologische Sicherheitsklammern zu stabilisieren, wären zwecklos geworden, wenn an diesem Punkte Frankreich der Entscheidung auswich.

### Die Sicherheitsideologie

Frankreichs Bemühungen nach dieser Richtung bedürfen viel weniger eines Kommentars, als einer zusammenfassenden Darstellung. Sie sprechen dann deutlich und klar genug für sich selbst. Es war während der Beratungen der französischen Kammer über die Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles, als der nachmalige französische Ministerpräsident André Tardieu in seiner Eigenschaft als Regierungsvertreter der unzufriedenen Rechtsopposition versichern zu können glaubte, daß es zwar keinen Vertrag geben könne, der auf jeden Fall und für alle Ewigkeit Kriege unmöglich mache, daß aber die Bestimmungen des Versailler Vertrages in ihrer Gesamtheit das größte erreichbare und denkbare Maß an Sicherheiten für Frankreich gäben. Mit dieser Erklärung war zum erstenmal der Sicherheitsbegriff eine politische und nicht mehr wie früher nur eine militärische Angelegenheit geworden. Bis dahin war das „*si vis pacem para bellum*“ die einzige verständ-

liche und daher auch überall in der Welt angewandte Formulierung für den Begriff der Sicherheit gewesen. Um nun den weiteren Ausbau der französischen Sicherheitsideologie richtig beurteilen zu können, muß man sich zunächst einmal die politischen Sicherungen ansehen, die der Versailler Vertrag neben den rein militärischen Sicherheiten — der radikalen Abrüstung, der Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie und der Schaffung der entmilitarisierten Zone im Westen — den Franzosen gab oder geben sollte.

Sie lagen vor allem darin, möglichst viele europäische Staaten an der unbedingten Einhaltung dieses Diktats durch das besiegte Deutschland zu interessieren. Da waren außer Frankreich selbst in erster Linie Belgien und das zum großen Teil auf Kosten Deutschlands geschaffene Polen. Außerdem wurde unter französischer Ägide zur Verhinderung des Anschlusses aus der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien die Zweckgemeinschaft der Kleinen Entente gegründet, deren innere Brüchigkeit sich erst später im Sturm der großen Weltagrarkrise herausstellte. Aber selbst Staaten wie Dänemark wurden entweder direkt durch Gebietszuwendungen oder indirekt durch die Verheißung deutscher Geldleistungen an der Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages zu interessieren versucht.

Dieser Zustand innerer Zufriedenheit mit dem Versailler Werk, wie sie aus der oben zitierten Erklärung Tardieus hervorklingt, hielt jedoch nicht sehr lange an. Sobald sich bei den ersten Verhandlungen über die Reparationen zeigte, daß die Überspannung der Forderungen an Deutschland nur dazu dienen konnte, Risse in dem Versailler Gebäude hervorzurufen, zog man nicht die doch nur logische Konsequenz, zugunsten der Versailler Sicherheiten auf Überbelastungen zu verzichten, sondern man suchte neue und andere Wege zu neuen und anderen Sicherheiten. Dabei war der Pfad unmittelbarer diplomatischer Vereinbarungen sehr schnell zu Ende gegangen. Eine Kette von Militärverträgen war das letzte, was in dieser Richtung noch geschaffen werden konnte. Die militärischen Geheimverträge Frankreich-Belgien, Frankreich-Polen, Frankreich-Tschechoslowakei, Frankreich-Rumänien, Polen-Rumänien: das sind hier die Marksteine.

Es blieb jedoch noch eins: der Völkerbund. Gelang es, ihn als Garanten für die französischen Sicherheitswünsche zu gewinnen, so war damit Umfassenderes erreicht, als man es in Gestalt einer englischen Garantie für den Status des französischen Europa vergeblich angestrebt hatte. Dabei war es natürlich von vornherein ausgeschlossen, den Bund der Nationen, dem über kurz oder lang Deutschland selber angehören mußte, zu einem unmittelbar gegen Deutschland wirkenden Instrument umzugestalten. Jeder derartigen Bestrebung hätten sich nicht nur die neutralen Mächte, sondern vor allem auch England und der größte Teil der nichteuropäischen Mitglieder des Bundes widersetzt.

Der Ansatzpunkt konnte hier nicht im speziellen, sondern nur im allgemeinen liegen. Er war mit der Notwendigkeit irgendwann einmal das im Statut des Völker-



bundes gegebene Abrüstungsversprechen einzulösen, gegeben. Schon bei der großen Washingtoner Abrüstungskonferenz 1921/22 ließen sich die französischen Absichten recht klar erkennen. Der Versuch, auch die Frage der Landabrüstung wenigstens anzuschneiden, scheiterte sofort an den französischen Sicherheitswünschen. Aristide Briand hat sich bei den damaligen Verhandlungen nicht gescheut, zur Stützung seiner These von der bedrohten Sicherheit Frankreichs jenes phantastische Märchen von der deutschen Schutzpolizei, die aus 150 000 Offizieren bestehen sollte, den erstaunten Konferenzteilnehmern aufzutischen. Nicht ganz so grob war die französische Taktik während der ersten zaghaften Versuche des Völkerbundes selbst, sich an das Abrüstungsproblem heranzutasten. Hier war es in erster Linie die innere Unsicherheit der Genfer Institution, die es den Franzosen ermöglichte, eine ernsthafte Behandlung des Abrüstungsproblems zu verhindern.

### Das Genfer Protokoll

Den wirklich großen Anlauf zur Stabilisierung der französischen Sicherheitsideologie unternahm erst Edouard Herriot, den man in Deutschland jahrelang unverständlicherweise für einen Verständigungspolitiker gehalten hatte, im Herbst des Jahres 1924 bei den Beratungen über das berühmte Genfer Protokoll. Die Taktik Frankreichs und in erster Linie Herriots bei diesen denkwürdigen Verhandlungen ist höchster Anerkennung wert. Die beispiellose Gewandheit und die artistische Sicherheit, mit der es gelungen ist, aus der ursprünglichen Idee Ramsay MacDonalds das absolute Gegenteil zu machen, ist ohne Zweifel im französischen Sinne eine ganz große staatsmännische Leistung. MacDonalds Vorschlag vom 5. September 1924 ging von der Idee aus, an Stelle von Kanonen und Kriegsschiffen, von Tanks und Flugzeugen eine Rechtsorganisation zur Garantie des Weltfriedens zu schaffen. Der englische Premierminister dachte hierfür an den Ausbau der obligatorischen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Edouard Herriot war es, der in seiner Antwort an MacDonald ausführte: „Die Schiedsgerichtsbarkeit ist notwendig. Aber sie ist nicht ausreichend. Sie ist ein Mittel, aber sie ist nicht selbst das Ziel. Sie genügt nicht vollständig den Absichten des Artikels 8 des Völkerbunds Paktes, die ich in die Worte zusammenfassen möchte: Sicherheit und Abrüstung. Für uns Franzosen sind die drei Worte Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung untrennbar. Die Schiedsgerichtsbarkeit, so hat mein sehr verehrter Freund MacDonald gesagt, ist Gerechtigkeit ohne Leidenschaft. Ich erkenne in diesen Worten seine vornehme Gesinnung. Aber man darf nicht das Recht ohne Macht lassen. Man darf nicht die Macht in die verbrecherischen Hände der Ungerechtigkeit legen. Mein großer Landsmann Pasqual hat gesagt, Recht ohne Macht ist Ohnmacht, Macht ohne Recht ist Tyrannei. Recht ohne Macht kann nicht bestehen, weil es immer Bösewichte geben wird, deshalb müssen Macht und Recht zusammengehen, damit das Recht mächtig und die Macht gerecht sei.“

Diese Rede Herriots ist als der eigentliche Geburtstag der von nun an lediglich und ausschließlich im Dienste der französischen Politik stehenden These vom Vorrang der Sicherheit vor der Abrüstung. Das Genfer Protokoll selber wäre in seiner endgültigen Fassung die absolut ideale Erfüllung dieser These gewesen. In ihm ist zum erstenmal das Prinzip der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle Streitfälle, sowohl juristischer wie politischer Art aufgestellt. Es enthält ein bis in die Einzelheiten gehendes System, das jede Macht, die sich einem Schiedsspruch nicht fügt, mit Sanktions- und Exekutionsmaßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Natur durch die Unterzeichner des Protokolls automatisch bedroht.

Den wirklichen französischen Sinn erhielt jedoch das Genfer Protokoll erst durch die authentische Interpretation der beiden Hauptberichterstatter Benesch und Politis. Nach dem ausdrücklich als authentische Interpretation bezeichneten Protokoll sind nämlich von der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit alle jene Fragen ausgenommen, die sich auf die territoriale Integrität eines der Unterzeichnerstaaten des Protokolls beziehen. Da nun das ganze Genfer Protokoll dazu dienen sollte, die Lücken der Völkerbundssatzung zu schließen, so wäre mit dem Inkrafttreten dieser genialen Vereinbarung gerade die Aufrollung lebenswichtiger Fragen unmöglich gemacht worden, weil nämlich dann nicht einmal mehr jener Artikel 19 der Völkerbundssatzung, der von der Revision unanwendbarer Verträge spricht, praktisch hätte herangezogen werden können. Keiner der Unterzeichner des Genfer Protokolls hätte es nötig gehabt, irgendeine aus den Friedensverträgen resultierende Territorialfrage der verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit des Genfer Protokolls zu unterstellen.

Das Scheitern des Genfer Protokolls wurde daher in Frankreich als ein schwerer Mißerfolg angesehen, obwohl die Ideologie des Protokolls mit seiner Statuierung automatischer Sanktionen und der militärischen Unterbauung des Schiedsgerichtswesens theoretisch auch weiterhin die stärkste Stütze der französischen Argumentationen geblieben ist. Auch die Idee, wesentlichste Dinge, soweit sie unter Umständen dem Status des französischen Europa widersprachen, von der Schiedsgerichtsbarkeit auszunehmen, hat weitergewirkt und fand in der sogenannten Genfer Generalakte von 1928 ihren verhängnisvollen Niederschlag.

### Die Etappe von Locarno

Die nächste günstige Gelegenheit zur Durchsetzung des französischen Sicherheitsverlangens gaben die Verhandlungen, die sich um die Locarnoverträge vom Oktober 1925 gruppieren. Aus der damaligen Situation heraus war das Vorgehen Stresemanns in der Frage einer Garantie für die französische Ostgrenze durchaus verständlich. Er konnte und wollte für die vorzeitige Rheinlandräumung keine neuen finanziellen Belastungen übernehmen und sagte sich sehr richtig, daß auf unabsehbare Zeit hinaus Deutschland weder die Möglichkeit haben werde noch in die Notwendigkeit versetzt werden könne, Frankreich selbst in seinen durch den



Versailler Vertrag gezogenen Grenzen zu bedrohen. Wenn er also für eine Garantie der französischen Ostgrenze durch England und Italien, zu deren Erlangung natürlich Deutschlands Verzicht auf das Elsaß notwendig war, eine vorzeitige Rheinlandräumung erreichen konnte, so war dieser Erfolg nicht zu teuer erkauft. Sollte jedoch Stresemann geglaubt haben, daß diese neue Sicherung Frankreichs ausreichen werde, auch den Ansatzpunkt für weitergehende deutsche Aktionen zu finden, die sich zwar nicht unmittelbar gegen Frankreich, wohl aber gegen das System des französischen Europa von 1919 richteten, so würde er sich grundlegend geirrt haben. Wir sind der Meinung, daß ein so real denkender und klarblickender Mann wie Gustav Stresemann niemals ernstlich dieser Täuschung erlegen ist, die ihm seine Anbeter von links nach seinem Tode anzudichten bemüht sind. Er wollte sich keineswegs mit dem Europa von 1919 abfinden. Das beweist schon sein stets energisch betonter Widerstand gegen jede Bindung im Osten. (Ostlocarno oder andere ähnliche Kombinationen.) Aber er war in seiner Taktik so sehr an seinen großen Gegenspieler Briand geschult, daß er sicher viele Ungeschicklichkeiten und Fehler vermieden hätte, die nach seinem Tode begangen worden sind.

Locarno ist im ganzen genommen, nicht mehr als eine Etappe. Ohne Zweifel sogar eine sehr wichtige Etappe, aber nicht auf dem Wege, den unsere verständnislosen Verständigungspolitiker allein sehen, sondern auf dem Wege Frankreichs, einen Stein an den andern zu fügen, um allmählich ein wirklich festes Fundament für Versailles zu schaffen. Daß der letzte Wunsch der Pariser Politik weiter geht als bis an die Grenzen Frankreichs, daß diese Politik die Sicherheitsklammer für das ganze Europa von Versailles sein soll, geht mit vollster und unwiderleglicher Klarheit daraus hervor, daß auch nach Locarno, nach der Garantierung der französischen Ostgrenzen durch die stärksten europäischen Mächte das französische Sicherheitsstreben nicht einen Tag lang nachgelassen hat. Dieses Streben ist sowohl auf dem Wege der internationalen Sicherheitsgarantien durch Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit mit dem berühmten Vorbehalt für alle Fragen der Friedensverträge, als auch auf den direkten unmittelbaren Sicherheitsverträgen bilateraler oder multilateraler Art teilweise zu sehr beträchtlichen Erfolgen geführt worden.

### Der Kellogg-Pakt

Ein besonders typischer Beweis für diese Feststellung ist die Geschichte des sogenannten Kellogg-Paktes, weil hier ein unmittelbarer französischer Vorstoß in der Sicherheitsfrage durch die gewandte Taktik des damaligen amerikanischen Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Kellogg noch einigermaßen abgebogen worden ist. Die Situation, aus der heraus im Laufe des Jahres 1927 Briand seine ersten Fühler nach Washington ausstreckte, um einen zweiseitigen Antikriegspakt zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zu erlangen, nach dem

zwischen beiden Staaten ewiger Frieden herrschen und jeder Krieg unmöglich sein sollte, war folgende:

Bei den langwierigen Verhandlungen, anlässlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund im Herbst 1926 hatte die Frage des berühmten Artikels 16 der Völkerbundssatzung eine große Rolle gespielt. Dieser Artikel sagt:

„Schreitet ein Bundesmitglied entgegen den in den Artikeln 12, 13 und 14 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege, so wird es ohne weiteres so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Diese verpflichten sich, unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen zu ihm abzubrechen, ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Staatsangehörigen des vertragsbrüchigen Staates zu untersagen und alle finanziellen Handels- und persönlichen Verbindungen zwischen den Staatsangehörigen dieses Staates und jedes anderen Staates, gleichviel ob Bundesmitglied oder nicht, abzuschneiden.“

Die weiteren Bestimmungen des Artikels 16 sprechen dann von der Art und Weise, in der die verschiedenen Regierungen des Bundes in einem derartigen Falle sich gegenseitig mit ihrer bewaffneten Macht zu unterstützen haben.

Bei den Verhandlungen über die Interpretation des Artikels 16 ergab sich nun, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Völkerbund als Ganzes einem Friedensbrecher gegenüber kaum andere Druckmittel zur Anwendung werde bringen können als das im ersten Absatz des Artikels 16 vorgesehene und als sehr wirksam bewährte Mittel der Wirtschaftsblockade. Da aber die Satzungen des Völkerbundes auf der einen Seite nur für seine Mitglieder Geltung haben und auf der andern Seite für alle Mitglieder die Verpflichtung vorgesehen ist, unter Anwendung aller verfügbaren Mittel die Blockade auch wirklich durchzuführen, so konnte sehr leicht der Fall eintreten, daß es bei der strikten Durchführung der Blockade zu schweren Konflikten etwa mit Amerika kam. Wie jedoch die öffentliche Meinung Amerikas auf derartige gewaltsame Behinderungen des amerikanischen Handels reagieren kann, hat der berühmte Lousitaniafall während des Krieges schlagend bewiesen.

Die hier sich zeigende Gefahr sollte nun durch den geplanten zweiseitigen Vertrag, der jeden Krieg ausschließen sollte, gebannt werden. Staatssekretär Kellogg hatte das durchaus richtige Empfinden, daß hier auf diese äußerlich sehr harmlose Weise praktisch doch das erreicht werden sollte, was jeder amerikanische Staatsmann nach dem Kriege strikt abgelehnt hatte: nämlich eine wenn auch indirekte Bindung an den europäischen Hexenkessel, und zwar in diesem speziellen Falle in einer Form, die im Ernstfalle praktisch nur Frankreich zugute gekommen wäre. Der Briandsche Vorschlag hätte nichts anderes bedeutet, als daß auf diese Weise, ohne das Wort Versailles in den Mund zu nehmen, zumindest eine halbe nachträgliche Unterschrift Amerikas unter das Versailler Dokument zustande gekommen wäre. Aus diesem Grunde lehnte Kellogg



das französische Anerbieten sehr höflich ab und machte dafür den Gegenvorschlag, einen für alle Staaten zugänglichen Pakt aufzulegen, durch den jeder Krieg als Mittel der nationalen Politik außerhalb des Rechts gestellt werden sollte. Der kluge Kellogg wird bei diesem Gegenvorschlag keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen sein, daß er undurchführbar war. Denn wäre er angenommen worden, so wären dadurch automatisch diejenigen Bestimmungen des Völkerbundspaktes, die im Artikel 15 unter gewissen Voraussetzungen den sogenannten legalen Krieg zwischen zwei Staaten vorsehen, ebenso illusorisch geworden wie die militärischen Sanktionsbestimmungen des Artikels 16 der Satzungen.

Kellogg hatte durchaus richtig gerechnet. In der Antwortnote Briands auf den amerikanischen Gegenvorschlag war auf einmal nur noch von der Ächtung des Angriffskriegs und nicht mehr von dem Ausschluß jedes Krieges die Rede. Der Pariser Pakt vom August 1928, der auf dieser Basis dann von fast allen maßgeblichen Staaten der Welt unterzeichnet worden ist, wird also dem ursprünglichen französischen Wunsch in keiner Weise gerecht. Die Lücken in dem französischen Sicherheitsnetz, die zu dem Vorstoß Briands geführt haben, wären durch den Kellogg-Pakt auch dann nicht geschlossen, wenn dieser Vertrag irgendwelche Sanktionsbestimmungen enthielte. Denn wenn man den vorhin konstruierten Fall einer Völkerbundsblockade gegen irgendeinen Staat annimmt, so würde Amerika, wenn es Wert darauf legt, trotzdem aktiv in den Konflikt eingreifen können, sobald irgendein amerikanisches Handelsschiff gewaltsam am Blockadebruch verhindert würde. In diesem Falle würde nämlich die amerikanische Öffentlichkeit das Argument haben, daß diejenigen Mächte, die einen Angriff auf ein amerikanisches Handelsschiff unternommen haben, von sich aus den Kellogg-Pakt gebrochen haben. Damit aber hätte nach den Bestimmungen dieses Paktes Amerika selbst seine volle Handlungsfreiheit wieder.

Diese Lücke hat noch in der allerjüngsten Vergangenheit eine Rolle gespielt. Anlässlich der Reise des französischen Ministerpräsidenten Laval nach Washington wurde davon gesprochen, daß Frankreich in einer Reihe von wichtigen Finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen Entgegenkommen zeigen werde, wenn es gewisse Sicherheitsgarantien von Amerika zum Ausgleich erhalten könne. Nach den vorhergehenden Fehlschlägen auf diesem Gebiet wurde dabei nicht an die in den letzten Jahren verschiedentlich vergeblich versuchte Verkoppelung des Kellogg-Paktes mit der Völkerbundssatzung gedacht. Man sprach vielmehr von der Möglichkeit des Abschlusses eines sogenannten Konsultativpaktes zwischen Frankreich und Amerika. Derartige Pakte sehen keine unmittelbaren Bestimmungen zu gemeinsamen Handlungen oder Vorgehen bei festgesetzten Anlässen vor. Sie enthalten lediglich die Verpflichtung, daß die Unterzeichner im Falle auftretender Meinungsverschiedenheiten über einen bestimmten Fragenkomplex oder im Falle der Verschiebung eines festgelegten Status durch das Eingreifen dritter Mächte keine selb-

ständigen Maßnahmen ergreifen werden, ohne sich vorher mit dem Vertragspartner in Verbindung gesetzt und ausgesprochen zu haben.

Derartige Konsultativpakte bilden den Kern der internationalen diplomatischen Vereinbarungen der großen Washingtoner Konferenz von 1921—22. In diesen beiden Verträgen, den Vier-Mächte-Pakt vom 13. Dezember 1921 zwischen England, den Vereinigten Staaten, Japan und Frankreich und dem Neun-Mächte-Pakt vom Februar 1922 werden die Interessen der Unterzeichner im pazifischen Raum und gegenüber China festgelegt.

Das Wesen eines Konsultativpaktes ist, wie diese beiden Fälle zeigen, also neben der übernommenen eigentlichen Konsultativ-Verpflichtung die Anerkennung eines im Vertrage festgelegten Status. Im Falle eines französisch-amerikanischen Konsultativpaktes würden nun die Franzosen ohne weiteres den Versuch gemacht haben, als anzuerkennenden Status den Status quo Europas vertraglich zu fixieren. Auch wenn ein derartiger Vertrag keinerlei Verpflichtung aktiver Handlungen enthält, würde die Unterschrift Amerikas wiederum auf einem Umwege eine Anerkennung des europäischen Status bedeutet haben, die Amerika seit der Stunde, als es die Unterzeichnung des Versailler Vertrages verweigerte, stets abgelehnt hat. An der erneuten Weigerung Hoovers, ein derartiges Anerkenntnis auszusprechen, einer Weigerung, die ohne Zweifel nicht unbeeinflußt von dem energischen Auftreten des Senators Borah gewesen ist, scheiterte auch dieser französische Vorstoß, auf den man in Paris teilweise große Hoffnungen gesetzt hatte.

### Die Genfer Generalakte

Ein Gebiet, auf dem die französische Politik gleichfalls unablässig bemüht gewesen ist, ist das der allgemeinen Regelung internationaler Beziehungen und Streitigkeiten. Die Verkoppelung der Begriffe Sicherheit, Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie von den Pariser Staatsmännern in die internationale Diskussion eingeführt worden ist, läßt es als selbstverständlich erscheinen, daß auch in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit die französischen Tendenzen und Bestrebungen in genau der gleichen Richtung gehen und praktisch auf dasselbe Ziel herauslaufen wie alle Bemühungen auf dem Gebiet der Sicherheit oder auf dem der Verhinderung der Abrüstung. Seinen typischsten Ausdruck findet dieses Streben in der sogenannten Genfer Generalakte vom Jahre 1928. Diese Generalakte, deren offizieller Titel „Acte General pour le reglement pacifique des differents internationaux“ lautet, ist die Zusammenfassung einer Reihe von Musterverträgen, die in dem sogenannten Sicherheitskomitee des Völkerbundes ausgearbeitet worden waren. Der in diesem Zusammenhang wichtigste Teil der Generalakte behandelt in den Kapiteln 21 bis 28 das Schiedsgerichtliche Verfahren für alle Streitigkeiten, über die sich die Parteien nicht im Vergleichsverfahren, dessen Modalitäten im ersten Abschnitt der Akte niedergelegt sind, haben einigen können. Der Pferde-



fuß findet sich erst im Artikel 28, der die Rechtsgrundsätze behandelt, nach denen das Schiedsgericht zu urteilen hat. Diese Rechtsgrundsätze sind, wenn die streitenden Parteien nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbaren, dieselben, die der Artikel 38 des Statuts für den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag vorsieht. Das mag für den harmlosen Laien keineswegs beängstigend klingen, obwohl es in Wirklichkeit der springende Punkt ist. Der ständige internationale Gerichtshof im Haag ist nämlich im Gegensatz zu dem Schiedsgericht der Generalakte eine rein juristische Institution. In reinen Rechtsstreitigkeiten können aber Gerichte stets nur auf der Rechtsgrundlage des zur Zeit geltenden Rechts urteilen. Überträgt man, wie die Generalakte das tut, diesen Grundsatz eines Gerichts auf die politische Institution des Schiedsgerichts der Generalakte, so ergibt sich ganz zwanglos, daß auch für die Entscheidung hochpolitischer Streitigkeiten die Rechtsgrundlage immer nur die geltenden Verträge sein können, daß also eine Anfechtung gerade dieser geltenden Verträge vor dem Schiedsgericht der Generalakte unter diesen Umständen von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre.

Sollte an dieser Auslegung noch irgendein Zweifel bestehen, so braucht man nur die Interpretation zur Hand zu nehmen, die die französische Regierung durch ein von beiden Kammern des Parlaments angenommenes Gesetz dem Artikel 28 der Generalakte gegeben hat. Diese Interpretation hat folgenden Wortlaut:

„Gemäß der von der Völkerbundsversammlung angenommenen Resolution für die Vorlage und Empfehlung der Generalakte wird der Artikel 28 dieser Akte dahin interpretiert, daß er namentlich bedeute, daß die Achtung der durch die Verträge bestimmten oder aus dem Völkerrecht resultierenden Rechte obligatorisch ist für die in Ausführung des dritten Kapitels konstituierten Schiedsgerichte.“

Damit ist klargestellt, daß die französische Regierung jede Möglichkeit von Vertragsrevisionen auf Grund des Artikels 19 der Völkerbundssatzung ausschließen will. Die Generalakte ist für die französische Politik nichts anderes als der Versuch, auch dieses Ventil zur möglichen Abänderung des Status quo von 1919 zu verstopfen.

### Die Lösung der Klammer

So schließt sich die ideologisch durchwirkte Eisenklammer der französischen Sicherheitspolitik um das heutige Deutschland. Die Betrachtung der einzelnen Bestandteile zeigt mit erschütternder Klarheit die Absichten, und wenn es noch eines weiteren Beweises bedurft hätte, so müßte die Haltung Frankreichs in der Anschlußfrage erhärtet haben, daß jede Regung Deutschlands, die geeignet sein könnte, den von Frankreich als *Rocher de Bronze* angesehenen Status des Europa der Friedensverträge, und sei es nur von der Seite der Wirtschaft her, aufzulockern, mit allen nur erdenklichen Mitteln bekämpft werden wird. Aber auch für eine

andere Seite desselben Problems war der mißglückte Versuch der deutsch-österreichischen Zollunion sehr aufschlußreich. Er bewies allen denen, die daran noch irgendeinen Zweifel gehabt haben sollten, mit schmerzlicher Deutlichkeit, daß das wirtschaftlich gebundene, durch seine kapitalistischen Formen der Kapitalübermacht Frankreichs wehrlos gegenüberstehende Deutschland von heute gar nicht imstande ist, irgendeine Bewegung zu machen, die Frankreich nicht genehm ist.

Mit dieser Feststellung sind wir am Kernpunkt des ganzen Problems. Die Verteidiger der bedingungslosen Annäherungspolitik an Frankreich haben so lange recht, als es für sie kein anderes als ein Deutschland in der heutigen kapitalistisch-weltwirtschaftlich gebundenen Form gibt. Die Gleichsetzung der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen in Deutschland mit jedem nur möglichen Deutschland schlechthin, bedeutet nicht mehr und nicht weniger als ein Sichschicken in den Lebensraum, den uns die französische Sicherheitsklammer vorschreibt. Solange wir durch unsere heutige Form der sogenannten weltwirtschaftlichen Verbundenheit, die in Wahrheit nichts anderes ist als eine kapitalistische Gebundenheit, lediglich und allein auf den guten Willen Frankreichs in den für dieses System lebenswichtigsten Fragen angewiesen sind, gibt es tatsächlich keine Möglichkeit, die französische Sicherheitsklammer zu lösen. Die praktische und logische Konsequenz dieser Erkenntnis ziehen in Deutschland jene politischen Kreise, die für die Verständigung mit Frankreich jeden politischen Preis zu zahlen bereit sind. Schon die Regierung Brüning ist den Weg dieser Verständigungsbereitschaft a tout prix nicht mehr mitgegangen. Noch aber fehlt ihr die Erkenntnis, daß ohne widerspruchslöse Bescheidung in die Formen Europas, wie sie Frankreichs Sicherheitsklammer vorsieht, die Pariser Unterstützung für die Wiederbelebungsversuche am deutschen Kapitalismus nicht zu haben sein wird. Auf der Basis des Kapitalismus kann heute keine europäische Macht und geschweige denn Deutschland es wagen, sich dem Unwillen Frankreichs auszusetzen. Die Londoner City und das englische Pfund wissen davon ein trauriges Lied zu singen.

Wer in Deutschland den Wunsch und den Willen hat, eines Tages die tödliche Sicherheitsklammer zu lösen — was, um jeden Zweifel auszuschließen, niemals eine Bedrohung Frankreichs in seinen heutigen Grenzen sein kann, denn das wäre offener Wahnsinn —, der muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß das nur von einer andern Basis aus möglich sein wird als sie heute vorhanden ist. Solange ein kapitalistisches Deutschland direkt oder indirekt auf das Pariser Gold angewiesen ist, wird die französische Sicherheitsklammer für das Europa von 1919 ihren Zweck erfüllen.

**ALBRECHT HAUSHOFER:****Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Es war unsere Absicht gewesen, dem allgemein gehaltenen Bericht des letzten Heftes einen spezielleren folgen zu lassen. Er sollte sich mit einiger Muße denjenigen Ländern widmen, die zwar auch nicht von der allgemeinen Krise der Atlantischen Welt verschont blieben, deren Probleme jedoch eine Sonderbehandlung vertragen. Zu Beginn des Jahres durfte man erwarten, daß die Reparationskonferenz in Lausanne stattfinden und dadurch ein Schwebezustand über einige Wochen erhalten bleiben werde. Indessen sind die Gegensätze schon jetzt in aller Schärfe offen geworden; dadurch wird es nötig, noch einmal grundsätzlich auf die Stellung der großen Mächte zur Frage der Reparationen und der Schulden hinzuweisen. Bevor wir das tun, sei jedoch ein Gang durch die Außenbezirke des atlantischen Raumes angetreten, den wir mit den beiden Südkontinenten beginnen.

Auf dem reichen Boden Mittelamerikas haben die Vulkane Acatenango und Fuego wieder einmal bewiesen, wie gefährdet gerade die reiche Plantagenwirtschaft von Guatemala und Salvador auf ihrem tektonisch unsicheren Untergrund ist. Eine Mahnung auch für die Vereinigten Staaten, die noch immer damit spielen, den Nikaraguardurchstich durch vulkanisches Gebiet zu wagen! Doch sind es nicht nur die Vulkane, die in Mittelamerika Unruhe stiften. Immer wieder flackert in den von den Vereinigten Staaten indirekt beherrschten Gebieten — bald in Panama, bald in Nicaragua, bald in Cuba — der Unabhängigkeitswille auf: vergeblicher Versuch wichtiger, aber kleiner tropischer Durchgangsräume, sich der Gefahr ihrer verkehrsbeherrschenden Lage zu entziehen. In diesem Zusammenhang sind auch die erneuten Bestrebungen zu sehen: die mittelamerikanische Staatengruppe zu einem Staatenbund oder Bundesstaat zusammenzufassen. Schon im vorigen Jahrhundert hat einmal ein mittelamerikanischer Bundesstaat bestanden; er ist nach kurzer Zeit auseinandergefallen. Kennt man die geographische Zersplitterung der schmalen Landbrücke in einzelne durchaus verschiedene Landschaften; weiß man um die bunte Rassenmischung aus Weißen, Indianern und Negern, die — in jedem der kleineren Länder verschieden — jedem Staat ein anderes Gesicht gibt, so wird man auch die Aussichten der neuesten Versuche nicht hoch einschätzen können. Der Zusammenschluß der mittelamerikanischen Kleinstaaten zu einem größeren Ganzen wäre zu vernünftig und einzelnen Machtinteressen zu sehr widersprechend,



als daß man glauben könnte, daß er bald verwirklicht würde. Das Gewicht guatemalteckischer Wünsche wiegt leicht gegenüber dem Wollen oder Nicht-Wollen von Washington. Die Vereinigten Staaten würden entweder den ganzen Bund von sich abhängig machen, oder sie würden den Eintritt des Mittelgliedes Nicaragua von vornherein verhindern.

In den südlichen Randgebieten des Karibenmeeres ist gleichfalls nordamerikanischer Einfluß stark. Hat er sich bis 1929 sehr aktiv bemerkbar gemacht, so beginnt sich jetzt sowohl in Kolumbien wie in Venezuela eine Art von Umkehr zu vollziehen. Hatte man früher in beiden Staaten große Schwierigkeiten in der Abwehr vor allem der ölpolitischen Angriffe des Nordens, so sind diese unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise vermindert. Eine Zeit, in der Öl keinen Preis auf dem Weltmarkt hat, läßt auch die Doheny, Sinclair und Cowdray mäßiger werden. Wenn man die alten Felder nicht mehr ausnützen kann, ist man nicht geneigt, neue in Betrieb zu setzen; da sich die Regierungen von Venezuela und Kolumbien weitgehend dagegen gesichert haben, daß Ölbesitz nur erworben wird, um ihn für bessere Zeiten liegenzulassen, sind die „großen Haie“ plötzlich zahm geworden und vermeiden es, am Südufer des Karibischen Meeres an Land zu geraten. Wenn aber die großen Konzerne nicht mehr investieren, dann ist auch für andere Dinge kein Geld mehr im Land; so beginnt auch in den karibischen Ländern die Krise; der Ausbau des Straßennetzes in Venezuela (eine Hauptleistung des Diktators Gomez) muß verlangsamt werden; Kolumbien hat, wie vor ihm schon andere südamerikanische Staaten, zu scharfen Maßregeln der Einfuhrbeschränkung gegriffen.

In ganz Südamerika geht der Abstieg der Wirtschaft weiter. Der Kampf dagegen wird meist mit unzulänglichen Mitteln geführt. So hat sich z. B. Brasilien noch immer nicht von seiner gefährlichen Kaffeepolitik getrennt; trotzdem ganz offensichtlich ist, daß, wie beim Gummi, wie beim Kupfer, der Versuch einer monopolistischen Marktbeherrschung bei hohen Preisen gescheitert ist. Es ist fast eine allzu billige Erkenntnis, wenn die Geopolitik dazu sagt, daß solche Versuche scheitern mußten. Sie können nicht gelingen, wenn andere Länder unter ähnlichen klimatischen Bedingungen gleiche Produkte besser in der Qualität oder billiger im Preis auf den Markt werfen können. Im Schatten des Gummimonopols von Malaya ist die Eingeborenenproduktion von Insulinde gewachsen; im Schatten der brasilianischen Kaffeewertung sind Kolumbien und Guatemala die Länder hochwertigen Kaffees geworden. Was für landwirtschaftliche Monokultur gilt, gilt auch für den Bergbau: im Schatten des amerikanischen Kupferkartells ist die Kupfermacht von Katanga gediehen. Kein Edelmetall ist auf der Welt so selten, daß nicht irgendwo neue Lagerstätten entdeckt würden. Das beste Beispiel bietet das Platin, dessen hochwertige Lagerstätten in Südafrika zum großen Teil nicht ausgenützt werden dürfen, um den Preis nicht noch weiter zu werfen, als er bereits gefallen ist; und selbst, wenn man glaubt, ein klimatisch und geologisch zugleich bedingtes

Monopol zu besitzen, gelingt es gelegentlich der Technik, die übrige Welt davon zu befreien. Den Beweis dafür liefern die Nöte von Chile, dessen großer Salpeterminen von neuem reif zum Sanieren oder zum Zerschlagen ist. — Auch in Argentinien wachsen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten; die Unmöglichkeit, die Produkte extensiven Landwirtschaftsbetriebes abzusetzen, wird hier zuallererst eine Umstellung der Gesamtwirtschaft erzwingen; einstweilen hat die Wahl des Generals Justo zum Präsidenten (in Verbindung mit solider Finanzpolitik) zum mindesten eine politische Klärung, wenn nicht eine Entspannung gebracht. Freilich ging die Wahl unter der starken Hand des vorläufigen Präsidenten Uriburu nicht ohne Gewaltmaßregeln ab (so z. B. Verbannung des ehemaligen Präsidenten Alvear); um so aufschlußreicher ist, wie selbst unter einer Diktaturwahl einzelne Gebiete (wie Entre Rios) ihren zum Teil wirtschaftlich begründeten Sonderwillen zeigen. Die Millionenstadt Buenos Aires, die gut ein Fünftel der argentinischen Bevölkerung umfaßt, bietet bei jeder politischen Entscheidung ein Problem für sich.

Auch Brasilien hat ein ziemlich diktatorisches Regiment unter gesteigerter innerer Spannung, aber bisher ohne gefährlichen Ausbruch der immer vorhandenen regionalen Gegensätze überstanden. Überhaupt ist auffällig, daß der größere Teil des Südsommers ohne Revolution in Lateinamerika vorübergegangen ist. Kleine Unruhen in einzelnen mittelamerikanischen Staaten sind nicht hierher zu rechnen; und der Versuch der Regierung von Ecuador, sich der drückenden Last des Kreugerschen Zündholzmonopols zu entziehen, ist zwar ein Bruch des geltenden Rechtes, aber doch längst keine Revolution; im übrigen ist es mehr als fraglich, ob es auch nur einem der Andenstaaten gelingen wird, sich von den angelsächsischen Kapitalfesseln zu befreien. Mit welchen Methoden an deren Festigung gearbeitet wird, hat die Untersuchung gegen den peruanischen Expräsidenten Leguia wieder einmal deutlich ergeben.

Kapitalistische Beeinflussung in größtenteils Formen reicht aus den Vereinigten Staaten nicht nur nach Lateinamerika, sondern an einer Stelle auch über den südlichen Atlantik hinweg. Der afrikanische Freistaat Liberia ist ein Schutzbezirk ganz eigenartiger Verhältnisse. Hier herrscht eine schmale Schicht von „zivilisierten Negern“ über Hunderttausende von „Eingeborenen“, die von derselben Hautfarbe sind wie sie selbst. Diese „Buschneger“ unterscheiden sich kaum von denen der übrigen Guineaküste. Aber die Oberschicht ist besonderer Herkunft. Sie sind Nachkommen amerikanischer Negersklaven, die von edlen Menschenfreunden wieder nach Afrika zurückgeschafft worden sind. Daher der Name „Liberia“. Dieses Liberia ist nun ein Nest schlimmster Unfreiheit geworden; nordamerikanische Pflanzungsinteressen im Hintergrund haben, im Verein mit der Freiheitsauffassung von Negern unter sich, zu Verhältnissen geführt, die sogar einer von Genf entsandten Kommission starke Worte der Entrüstung entlockt haben. Geändert hat sich dadurch natürlich nichts; immerhin ist damit zu rechnen, daß

sich die Teilunruhen, die das Innere von Liberia erfüllen, auf immer größere Teile des kleinen Staates erstrecken werden. Es fragt sich, wie sich die großen Kolonialmächte dann verhalten werden.

Afrika bietet auch sonst noch einige Tatsachen von geopolitischem Reiz. Die Eröffnung der ständigen Flugroute nach Südafrika ist ein Ereignis, das in weniger bewegten Zeiten weithin beachtet worden wäre. Kap—Kairo war das Schlagwort der Cecil-Rhodes-Zeit. Der Weltkrieg brachte den territorialen Zusammenschluß der britischen Reichsmacht im Osten Afrikas; aber es kam nicht mehr zum Ausbau einer zusammenhängenden Bahn. Ein kombinierter Dienst zu Bahn, Schiff und Auto bildete die Kap—Kairo-Linie. Nun gibt es die Möglichkeit regelmäßiger Beförderung in der Luft. Die Linie folgt der üblichen Mittelmeer-Route der Imperial Airways; zweigt in Ägypten von der Indienstrecke ab, folgt dem Nil, überquert das ostafrikanische Seengebiet und erreicht in Rhodesia südafrikanischen Bereich. Da zu gleicher Zeit ein wesentlicher Fortschritt der französischen Saharabahn im südlichen Algerien gemeldet wird, darf man der Wende 1931/32 eine gewisse Bedeutung in der Verkehrsbewältigung Afrikas zuschreiben. Im ganzen sind gerade die geopolitischen Unruheherde Afrikas zurzeit bemerkenswert ruhig. Italien kann sich mit vollem Recht jetzt als tatsächlichen Besitzer Tripolitaniens und der Cyrenaica betrachten. Die letzten freien Nomaden sind entweder unterworfen oder über die ägyptische Grenze getrieben. Auf der anderen Seite ist es um Italiens Ausdehnungswünsche auffallend still geworden. Weder von Tunis noch vom Tschadsee wird augenblicklich gesprochen. Es wäre irrig, dieses Schweigen für Verzicht zu halten — aber für die Zeit dieses Berichts sind alle nordafrikanischen Fragen latent. Einige scheinen allerdings für lange Frist beantwortet zu sein: Wäre z. B. im marokkanischen Rif noch ein Rest jenes Widerstandswillens vorhanden, der den Gebirgskrieg Abd el Krims ermöglichte, so wäre kaum zu erklären, warum die Bergstämme Marokkos die republikanische Unordnung Spaniens nicht gebührend genützt haben. Marokko ist Kolonie geworden.

Auch der britische Gürtel Afrikas ist ohne drängende Sorgen. Der Tod Lord Delameres hat den Pflanzern von Kenya ihren Führer und dem Londoner Kolonialamt einen unangenehmen Kritiker genommen. Der Plan einer engeren Vereinigung von Kenya, Uganda und „Tanganjika“ (der wegen dieser Einbeziehung des ehemaligen Deutsch-Ostafrika scharfen deutschen Widerspruch hervorrief) ist wohl mit ihm begraben; eine unterschiedliche Siedlungs- und Eingeborenenpolitik ist somit wohl auf Jahre gesichert; dadurch werden Grenzen, die zunächst nichts anderes waren als Demarkationslinien kenntnisloser Europäer, zu Scheidelinien innerhalb eines geographisch durchaus einheitlichen Raumes. Das mag geopolitisch von langwirkender Bedeutung sein. Es wird kein Dominion Ostafrika geben — damit ist auch die Möglichkeit, südafrikanische Rassenpolitik in Ostafrika zu treiben, vorüber.

Das sind Entscheidungen auf lange Sicht. Kein Wunder, daß sie in Europa



außerhalb Englands überhaupt nicht gesehen, in England und Südafrika nur von wenigen beachtet werden. Südafrika stand in den letzten Monaten vor einer sehr viel näheren Frage: Sollte man den Goldstandard aufgeben, d. h. das südafrikanische Pfund dem englischen anhängen oder nicht. Man hat sich einstweilen für das Gold und gegen die Einheit des Pfundes entschieden; weniger aus handelspolitischen Gründen (auch Südafrikas Zahlungsbilanz hätte Anlaß für eine Devaluation geboten, wenngleich sie längst nicht so bedenklich war wie diejenige Englands und Australiens), als aus Rücksicht auf das Gold-Prestige. Südafrika ist noch immer das größte Goldland der Erde; der Gedanke, das Gold könnte als internationales Zahlungsmittel entthront werden, bedeutet für Südafrika eine Bedrohung der Grundlagen seiner Wirtschaft. So mußte der Nachteil der hohen Valuta in Kauf genommen werden; ein gewisser Burenstolz gegenüber London mag dabei mitgewirkt haben. (Die Tatsache ist jedenfalls wichtig, daß die beiden zahlungskräftigsten Dominien Südafrika und Kanada sich dem englischen Pfund nicht angehängt haben.) Von einer Krise in Südafrika zu sprechen, ist zum mindesten verfrüht. Schwierigkeiten sowohl wirtschaftlicher Art (Kupfer) wie politischer (Eingeborenenaufstände) haben sich dagegen im belgischen Kongo entwickelt, für den der Gouverneur Tilkens gemeinsam mit dem neuen belgischen Kolonialminister Crockaert eine große Verwaltungsreform plant. —

Um Abessinien ist es augenblicklich still. Auch hier macht sich bemerkbar, daß die großen Raubmächte anderweitig beschäftigt sind; und die gleiche Entlastung hat zu bemerkenswerten Eigenentwicklungen im Vorderen Orient geführt. Nicht in dem von Sidky Pascha fest regierten Ägypten, wo man sie erwarten möchte; auch nicht in Jerusalem, wo die innere Zersetzung des Zionismus fortschreitet und die Kalifatstagung mehr den Schein als die Wirklichkeit der islamischen Welt gezeigt hat (trotzdem die dort gesponnenen Fäden zwischen Indien und dem vorderarabischen Kreis nicht unterschätzt werden sollen) —, sondern in der neuen Aktivität der Türkei. Die Türkei ist mit Wirtschaftsnot vertraut, daher gegenüber den Ländern der Krise im Vorteil (in Zeiten der Krise sind immer die armen Länder politisch in der Vorhand!). Folgende Tatsachen verdienen festgehalten zu werden: In Angora sitzt zur Zeit der Ministerpräsident des Irak mit einer großen Wirtschaftsdelegation, um einen Freundschafts- und Handelsvertrag abzuschließen. Zu gleicher Zeit erscheint dort, begleitet von dem geschäftigen Ex-Khediven, der gerne König von Syrien werden möchte, der Ministerpräsident von Transjordanien. Zu gleicher Zeit reist der türkische Außenminister nach Teheran. Dort soll ein Vertrag über eine größere Grenzregulierung zustande kommen; die Türkei soll das ganze Araratgebiet erhalten, Persien dafür weiter südlich entschädigt werden. Der Zweck ist, die Kurden an neuen Aufständen längs der Grenze zu hindern; kein Wunder, daß dieses bewegliche Volk sich bedroht fühlt und neue Unruhen sowohl in der Türkei wie im Irak verbreitet. Von Teheran reist der türkische Außenminister in sehr

betonter Weise über Bagdad zurück. Hält man mit alledem zusammen, daß der anglo-indisch eingestellte Sultan von Muscat und Oman zugunsten seines in Bagdad erzogenen Sohnes abgedankt hat, so sieht man ein politisches Gewebe um Angora und Bagdad, das augenblicklich der sichtbaren englisch-französischen Gegenwirkung entbehrt. Das Gefühl der Unangreifbarkeit der kleinasiatischen Türkei geht aber noch weiter: sie mischt sich als Mittler in die Angelegenheiten der Balkanstaaten, arbeitet an der positiven Ausgestaltung des Friedens mit Griechenland und greift sogar in Fragen ein, die seit den Tagen des Lagers von Bender ohne türkische Einmischung entschieden wurden: wenn gut verbürgte Nachrichten zutreffen, dann geht die erste Anregung zu den Rigaer Verhandlungen zwischen Rumänien und der Sowjetunion nicht auf Paris oder Warschau, sondern auf Angora zurück.

Damit gelangen wir in den Bereich drängendster europäischer Probleme. Jedesmal, wenn in Deutschland und Innereuropa Gefahr besteht, daß nicht alles nach französischem Willen läuft, werden die Ausgleichsbestrebungen der Randstaaten mit Moskau von Frankreich gefördert. Diesmal ist die Form des Nichtangriffspaktes zwischen Polen und der Sowjetunion der Ausgangspunkt; mag auch die erste Anregung zu rumänisch-russischen Verhandlungen von Angora ausgegangen sein — ein Ausgleich am Dnjestr liegt auch in französisch-polnischem Interesse. Allerdings hat sich sofort herausgestellt, daß die bessarabische Frage durch Pakte so wenig lösbar ist wie die ukrainische. Ein russisch-rumänischer Vertrag, der sich über Bessarabien ausschweigt, ist ein Körper ohne Knochen; noch weniger wert als das blanke Papier, darauf er geschrieben wird. Ein bessarabischer Ausgleich ist nicht möglich. Rumänien ist nicht bereit, Bessarabien aufzugeben. Moskau ist nicht bereit, die Dnjestrgrenze anzuerkennen. Dabei spielt zweierlei eine Rolle: man will das ukrainische Gefühl im eigenen Süden nicht reizen; und man will nicht auf die Möglichkeit verzichten, an einer naheliegenden Stelle Europas in durchaus legaler Weise Revolution machen zu können. Ähnlich schwierig wie die bessarabische, wenn auch weniger offenkundig, ist die Frage der Ukrainer im südöstlichen Polen. Ein osteuropäisches Locarno ist ein Phantom, negativ wirksam nur für den, der daran glaubt. Selbst dann, wenn schöne Verträge unterschrieben werden sollten.

Französische Aktivität hat nicht nur den Außenraum Europas gegen Sowjet-Eurasien im Auge: sie ist auch an der mittleren Donau zu spüren. Die einzelnen Schwankungen zu verzeichnen, ist nicht Aufgabe der „Geopolitik“: es genüge festzustellen, daß weder die ungarische, noch die rumänische, noch die südslawische Politik der letzten Monate verständlich ist ohne die Annahme stärkster französischer Einwirkungen auch auf die Wirtschafts- und Innenpolitik dieser Länder. Die gesamten Staaten des Südostens, mit Ausnahme der Tschechoslowakei, die einen gewissen inneren Ausgleich herstellen kann — stehen vor einer Lage, die sich in den letzten Jahren nicht verändert hat, auf die aber nicht oft genug hingewiesen werden kann. Alle diese Staaten haben einen Überschuß von Agrarprodukten, für

den ihnen Frankreich keinen Markt geben kann. Frankreich ist wohl in der Lage, durch Anleihen einer dauernden Finanznot vorübergehend zu steuern; es ist außerstande, der Wirtschaft des Südostens von Grund auf zu helfen. Politisch sind die Staaten des Südostens entweder tatsächlich auf Frankreich angewiesen oder sie schwanken zwischen Italien und Frankreich hin und her. Zu helfen wäre ihnen nur von einem wirtschaftlich starken deutschen Gesamtkörper. Diese Möglichkeit ist heute sehr viel weiter entfernt, als sie noch vor einem Jahre schien; die Zwischenzeit wird ausgefüllt mit Plänen einer „großen“ oder „kleinen“ Donauföderation, bei der mehr oder weniger deutlich auf die habsburgische Monarchie zurückgegriffen werden soll. Ob es sich nun um ein Zusammengehen von Prag, Wien und Budapest, von Wien und Budapest allein, von Bukarest und Budapest oder um das Hantos'sche Mitteleuropa ohne das Deutsche Reich handelt — die innere Schwäche aller dieser Pläne liegt darin, daß zwar vielleicht eine äußere Form gefunden werden könnte, daß aber die Partner eines solchen Zusammengehens sie mit durchaus gegensätzlichen Inhalten füllen möchten, sofern sie nicht, wie die überwältigende Mehrheit Deutsch-Österreichs, grundsätzlich nichts von solchen Plänen halten. So haben die französischen Einwirkungen zwar wichtige Erfolge im einzelnen, wie die neuerliche Stützung der Skoda-Werke, oder wie die Abdrehung des ungarischen Kurses (Zusammenkunft Bethlens mit König Carol; Wendung Karolyis gegen die deutsch-österreichische Zollunion), wie auch die äußerliche „Demokratisierung“ des nach wie vor serbisch regierten Südslawien — die Versuche einer dauerhaften Organisation des Südostens in großem Stil sind bis jetzt gescheitert.

Sie stehen für Deutschland wie für Frankreich in engstem Zusammenhang mit den großen Fragen der Reparationen und der Abrüstung, in denen sich die Entscheidung über das gesamteuropäische Schicksal auf lange Frist ankündigt. (Wir versagen uns, in diesem Bericht die Rückwirkungen der Gesamtkrise auf den weiten Raum der Sowjetunion aufzuzeigen. Die Abhängigkeit des Sowjetaufbaus vom Gedeihen oder Nichtgedeihen der übrigen Welt ist in den letzten Monaten peinlich offenbar geworden; sie ist mit dafür verantwortlich, daß in Moskau in aufschlußreichen Programmen die Parole der Intensivierung, nicht der weiteren Ausdehnung für die nächsten fünf Jahre ausgegeben worden ist.)

Fassen wir die Auffassung der wichtigsten Mächte in der Schulden- und Abrüstungsfrage kurz zusammen, so zeigt sich folgendes Bild:

Vereinigte Staaten: Deutschland und England scheinen tatsächlich zahlungsunfähig geworden zu sein. Frankreich kann seine Schulden zahlen. Es braucht nur abzurüsten. Ein Zusammenhang zwischen Reparationen und Schulden ist nicht vorhanden. Die Auffassung von der Gemeinschaftlichkeit aller politischen Schulden ist eine Privatmeinung waghalsiger Wallstreet-Bankiers. Schlimmstenfalls sollen die Bankiers ihr Geld verlieren. Inzwischen muß durch Kreditausweitung die amerikanische Wirtschaft angekurbelt werden. Hände weg von Europa! — So denkt die



öffentliche Meinung der Staaten, vor der sich die bessere Kenntnis Hoovers im Angesicht der Wahlen zurückgezogen hat.

Frankreich: Deutschland braucht — vielleicht — ein Moratorium. Von einem Verzicht auf Reparationen kann nicht die Rede sein. Schulden können nur gezahlt werden, wenn Reparationen eingehen. Abrüstung ist nur möglich, wenn „Sicherheit“ etwa in der Art des Genfer Protokolls von 1924 auch von den Vereinigten Staaten garantiert wird. Deutsche Aufrüstung — unmöglich! — So denkt Frankreich mit Ausnahme eines Teiles der Linken, der beträchtlich, aber einflußlos, und eines Teiles der Rechten, der klein, aber einflußreich ist. In welchen Richtungen diese Abweichungen gehen, braucht den Lesern der „Geopolitik“ nicht auseinanderzusetzen.

Der deutsche Standpunkt ist bekannt: Wir sind ein für allemal außerstande, Reparationen zu bezahlen. Das Bestehen eines politischen Schuldensystems genügt völlig, um einen Wiederaufstieg der Wirtschaft zu verhindern. Die alliierten Schulden an Amerika gehen Deutschland nichts an. Im übrigen fordert das Deutsche Reich für sich selbst gleiche Sicherheit, wie sie andere Mächte besitzen. — So denkt nicht nur die deutsche Regierung, sondern die große Mehrheit des deutschen Volkes.

England (und in weitgehender Einstimmung Italien) tritt für umfangreiche Abrüstung und allgemeine Schuldenstreichung ein. Die Neigung, auf dem Weg des Moratoriums schrittweise voranzukommen, wenn es unmöglich ist, Frankreich von der Notwendigkeit der Streichung zu überzeugen, ist in England größer als in Italien.

Dies ist die Ausgangslage. Es handelt sich nicht um die Abhaltung oder Verlegung einer Konferenz. Es handelt sich um die Entscheidung der Frage, ob es in Europa noch einen anderen politischen Willen geben darf als den Frankreichs oder der Sowjetunion. Es ist die geopolitische Lebensfrage der europäischen Mitte.

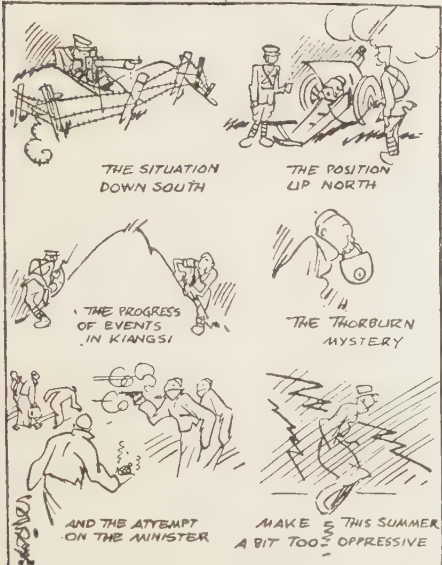
### KARL HAUSHOFER:

#### Bericht über den indopazifischen Raum

In dem Augenblick, da der II. Bericht 1932 über den Indopazifischen Raum abschließt, kommt in Indien der latente Kriegszustand zwischen „British Raj“ und Nationalkongreß zum offenen Ausbruch über der Verhaftung fast aller nationalen Führer einschließlich des im britischen Winter ziemlich entblätterten Gandhi. In der Mandschurei werden die amtlichen Vertreter der bisherigen Herren aus dem letzten Südwestzipfel um Chingchow und Hulutao gegen Shanhai-kwan hinausgedrängt. Ein innerbürtiger und ein außenbürtiger Brand, den Lesern oft als auflodernd gezeigt, flammt schwer löschar empor.

Da Bild und Beispiel mehr überzeugen, als Lehre, zeigen wir zuerst einen Fernost-Bilderbogen in drei Stadien: I. mit welcher Unvermeidlichkeit aus inner-

## Selbst-Verpottung in China



I

## Illustrierte mandchurische Kriegsberichte



II

## Japanisch: Extra-Tour 1931 von E. Chen



III

## Wer steuert Chinas Staats-Wagen?



IV

chinesischem Zwist die unter II. mit allen ihren weltpolitischen Begleiterscheinungen anschaulich dargestellte Einmischung von außen her erwachsen mußte, einschließlich der stillen Verzweiflung des kolonialen Händlertums und der Spannung der „Wacht am Amur“ — jeweils in der unteren Ecke! Links unten erkennt man (III.) die hervorragenden Schwimmkünste des derzeitigen, boykotterfahrenen chinesischen

Außenministers Eugen Chen, als er sich unter deutlichem Hinweis auf den Boykott japanischer Güter in China dennoch um die Hilfe des Inselreiches bemühte. Rechts unten (IV.) verrät die Schwierigkeit der Lenkung des chinesischen Staatswagens, warum alle Begabung von Chiang-Kai-Shek und die unzweifelhaft für jeden objektiv Zuschauenden geradezu hervorragende Handhabung des zu wirklicher Befriedung eben untauglichen Völkerbundapparats durch Dr. Alfred Sze und Wellington Koo so erfolgarm bleiben mußte. Denn hier greifen — (mit deutschen Begriffen unvorstellbaren Massenübersteigerungen) — ahnungslose Jünglinge in die Lenkräder der Außenpolitik von 450 Millionen, Studenten, gegen die „Bassermannsche Gestalten“ geradezu Diplomatenerscheinungen genannt werden müssen. Auch Japans Lage freilich ist nicht so einfach und sorglos, wie sie nach der Wucht des räumlichen Anfangserfolgs erscheinen könnte. *Qui trop embrasse, mal étreint*“ — wer allzuviel umfaßt, hält schwerlich fest! —

Wir müssen diese Warnung belegen, sich nicht vom Schein eines übergewaltigen Auftakts verblüffen zu lassen!

Als George Bronson Rea (nachdem er im Oktoberheft der „Far Eastern Review“ Japans Recht zur Selbstverteidigung erörtert hatte) den Kampf gegen überseeische Einmischung in das dreieckige mandchurische Verhältnis im Novemberheft fortsetzte, stellte er zugleich zwei entscheidende geopolitische Grundvoraussetzungen der Selbstverteidigungsmöglichkeit zur Aussprache: die Schwächen der Stahlerzeugung und die ozeanische Empfindlichkeit der Verkehrseinrichtungen des ganzen Kranzgewindes der ostasiatischen Inselbögen. Das geschah in Harold Huggins Skizze der Stahlindustrie von Japan (S. 599 und 674) und in verschiedenen Studien über das Verhältnis von Eisenbahnentwicklung und Küstenschifffahrt in reich gegliederten, ozeandurchdrungenen Inselgebieten. (Vgl.: Y. Taji: Entwicklung des Fährdienstes durch die japanischen Staatsbahnen; Malayas Mittlandbahn; Tokios vermehrte Verkehrsdurchgängigkeit [S. 609 und 612, Oktoberheft]; Bahnbau auf den Philippinen [S. 698]; bei Flüssen mit 17 m Schwellhöhe [S. 703]; Philippinen-Küstenfahrt [S. 715].)

Wer die geopolitische Seite der räumlichen Verteilung der japanischen Waffenschmieden prüft, findet sie im Frieden durch glatten Zugang vom Schiffstransport zur Werkstatt begünstigt, bei unruhigen Verhältnissen aber entsprechend gefährdet: Die großen Yawatastahlwerke (Fukuoka-Ken); die Toyo Seitetsu K. K.; die Nihon Seiko Sho K. K. bei Muroran; die Kamaishi Kozan K. K. an der offenen Pazifikküste von Nordhondo; die Asano Zosen jo K. K. (eine ausgesprochene Kriegsgründung auf Verarbeitung chinesischer Rohstoffe). Die ersten drei sind offene oder verborgene Staatsunternehmungen, die andern überbaute Vertikalkonzerne, ähnlich wie die Mitsubishi-Werke in Korea. Die großen Anshan-Werke etwa 350 km landeinwärts in der Südmandschurei gehören der S. M. E.-Bahn, sind aber, wie die Honkeiko Baitetsu Koshi-Anlagen der Okura-Firma kontinentalem Zugriff und



chinesischem Streik, unklarer politischer Zugehörigkeit und doppelter Besteuerung ausgesetzt. Der ganze Aufbau der Kriegsmetallindustrie ist — trotz fieberhafter Anspannung — zweifellos zur Zeit einer Weltkriegsanforderung nicht gewachsen und wie das Transportwesen der Bahn und Küstenfahrt vom Meere her hochempfindlich. Darin liegt eine wehrgeographische Schwäche.

Daher die ungeheuren Anstrengungen (Far Eastern Review 1931, S. 657—667), um US.-Amerika nicht in die Völkerbundaktion gleiten zu lassen, vor allem den US.-Amerikanern ihre pazifischen Zukunftsgefahren auf dem von Borah verlangten chinafreundlichen Wege zu zeigen!

„China wird Weltmacht . . . und Amerika zahlt die Rechnung“ lauten die Schlagzeilen. „Mexiko treibt die Chinesen aus dem Lande. China ersucht zuerst die USA. um ihre guten Vermittlerdienste, und wir verweigern sie. Nun richtet China seinen Appell um Gerechtigkeit an den Völkerbund. Gleitet der Fall vor diesen, und er findet Mexiko im Unrecht und einen Rückgriff auf Sanktionen nötig, so muß er sich entweder über den Art. 21 des Covenants hinwegsetzen und die Monroe-Lehre ignorieren. Oder die USA. müssen Krieg gegen Mexiko wegen China führen, um ihren politischen Leitsatz zu verteidigen und Eingriffe von außen her in die westliche Halbkugel hintanzuhalten.“ So oder so wird George Washingtons Warnung vor fremder Verwicklung (entanglement) anwendbar.

„Wenr aber China einmal sicher ist, daß der Völkerbund Chinas Kämpfe ausficht und Schlachten für China schlägt, dann wird es kein Ende mehr mit seinen Forderungen nach Gerechtigkeit und Gleichheit geben. Wenn wir z. B., wie es neuerdings scheint, unsern Versprechungen nachkommen und den Philippinos in naher Zeit volle Freiheit ohne Bindungen geben, ist kein Ende der Reibungen mit China abzusehen.“

Im selben Aufsatz: („Eine klargeschnittene Entscheidung“) steht weiter oben: „Japan ist nicht in der Stimmung, weiterhin Einmischung in einen Raum zu dulden, darin es Spezialinteressen durch zwei unheilvolle Kriege errungen hat. Japan muß sein eigenes Dasein und sein Schicksal erfüllen; und es hat eine böse Vorbedeutung für die Zukunft von Weltfrieden und Weltkultur, wenn sich in seinem Volk einmal die Idee festwurzeln sollte, daß es allein zu unterschiedlicher Behandlung ausgeschieden bleiben und für Selbstverteidigung bestraft werden soll.“

Ähnliches könnten wir Mitteleuropäer auch sagen; jedenfalls aber zeigen solche Proben, wie stark der warnende Druck auf den pazifischen Gegenspieler fällt, nachdem zuerst China die Vorhand in der Stimmung der öffentlichen Weltmeinung errungen zu haben schien.

Es muß doch über alles Pressegeräusch des Tages hinaus zu denken geben, wenn die erste, englisch gedruckte, informationsreichste Ingenieurzeitschrift des Fernen Ostens programmartig mit fetten Lettern schreibt:

„Die Grundentscheidung vor dem Völkerbund!“

„Die Regierung von Japan steht für Stetigkeit, Sicherheit, Fortschritt, Ordnung, Internationale Verpflichtung: als Bollwerk der Zivilisation im Fernen Osten gegen die Ausbreitung von Mächten, die den Frieden der Welt bedrohen.“

„Die Regierung von China, wie sie sich heute hält, steht für Chaos, Anarchie, Unbeständigkeit, Unsicherheit, internationale Schikane und alles, was zutrifft auf menschliche Verelendung, Versklavung, Rebellion und Kommunismus: ein offener Verbündeter für jene Kräfte, die, wenn sie kein Rückschlag trifft, die Welt und ihre Zivilisation ruinieren werden.“

„Die Regierung von China repräsentiert nicht den Willen des Volkes, sondern die unreinlichen und selbstsüchtigen Interessen einer Militärtyrannie, aufgebaut von Exbanditen als Generälen, kleinen Gewalthabern und ihren Anhängern, die das Volk im Schach halten durch den Besitz von Heeren, die im Verhältnis von zwei zu eins die ganze bewaffnete Macht aller übrigen Völker der Erde aufwiegen“ (und deshalb erfolgreich am Abrüsten hindern! D. Herausg.).

„Die Regierung Sowjetrußlands — der dritte und stille Teilhaber am mandschurischen Streit —, auf den der Völkerbund keinen Einfluß hat, steht für soziale Wirren, Weltrevolution und Herausforderung der Zivilisation. Diese Regierung hat offen den weiten Bereich der Mongolei in das System der Sowjetrepubliken einbezogen und pflastert den Weg dahin für Sinkiang und die Bargagegend durch Unabhängigkeitserklärungen zur Annexion.“ (Dieser Weg ist ihr ja von Japans Beispiel in Korea her und auch sonst wohl durch Vorbilder bekannt!) — „Zentralchina ist ein Nest kommunistischer Gemeinschaften, die erfolgreich die Streitkräfte von Nanking abgeschlagen und ihre eignen Regierungen aufgerichtet haben.“ (Das ist den Lesern der Geopolitik nicht neu! D. Herausg.)

Am Schluß kommt eine ganz grobe Prognose, die wir unsern Lesern aber nicht vorenthalten dürfen, da wir nicht, wie gewisse Vorkämpfer der deutschen Öffentlichkeit, auch des Rundfunks, den Beruf fühlen, den Hörern und Lesern zu ihrer Beruhigung unangenehme Nachrichten fernzuhalten, sondern uns nur für ein richtiges, wenn auch zuweilen peinliches Weltbild verantwortlich halten:

„Wenn nicht der Völkerbund in einer Lage eingreift, die den Weltfrieden sehr berührt und eine helfende Hand zur Wiederherstellung wenigstens eines Scheines von ordentlicher und verantwortlicher Regierung bietet, sowie zur Aufpluderung Nankings in seinem Kampf gegen Kräfte, denen Herr zu werden es offenkundig machtlos ist, dann wird China in Scherben niedergehen und Japan und den Rest der Welt mit sich niederreißen.“

Wir haben bis jetzt rettende Anläufe oder auch nur Gedanken beim Völkerbund in dieser Frage so wenig entdecken können, wie in der schon mehr als einmal gründlich fehlgeschlagenen Politik der starken Hand des Vizekönigs Lord Willingdon in Indien und seines konservativen Indienministers und des Rundtischredners Macdonald.

Natürlich ist hier „federführend“ die Angst des reichen Shanghai, das die gelbe Erde unter sich zittern fühlt und einer Wertvernichtung mit Weltrückschlagsfolgen ohnegleichen in der Geschichte entgehen kann, wenn die chinesischen Entwicklungslinien mit der augenblicklichen Beschleunigung so weiterlaufen wie bisher. Die Plünderungen Delhis durch die Iranier, die Zerstörung Bagdads durch Dschingiskhan müssen als weltgeschichtliche Vorbilder herangezogen werden für das, was Shanghai zustoßen könnte; und der Fall Konstantinopels unter die Hand Mohammeds II. könnte dagegen als ein harmloser interner kapitalistischer Vorgang mit nur einigem Besitzwechsel angesehen werden. Nanking hat ja seine Erfahrung mit der Taipinggeschichte schon hinter sich und wird von dem, was kommen könnte, weniger überrascht sein. Aber bei einem Welthafen vom Range Shanghai's mit gewaltigen Umschlagziffern würde man die Erlebnisse Smyrnas doch wesentlich übersteigert finden.

Der fast widerstandslose Besitzwechsel eines gelähmten Raumes von beinahe einer Million Quadratkilometer in der Mandschurei mit seinen Begleiterscheinungen ist ein würdiges Vorspiel dazu.

Ein anderes Leitmotiv ergibt sich aus der Erinnerung an einen weisen, melancholischen, ahnungsvollen Ausspruch Lord Irwins — der doch auch ein im Tiefsten konservativer Mann war! — „daß es wenig Sinn haben würde, die Ordnung in Indien wiederherzustellen, wenn es darauf hinausliefe, Indien zu einer Wüste zu machen“. Der neue Vizekönig, Lord Willingdon, denkt offenbar anders. Eine Klage im Stil Jeremiae, mit starkem Prognoseeinschlag, stimmt der „Manchester Guardian“ an (5. 1. 32; S. 2 „The Situation in India“) am Beisetztag seines hervorragenden langjährigen Leiters Scott — einer der lichtvollsten, mutigsten, geistig unabhängigsten Journalistengestalten unserer Zeit. Dieser Aufsatz ist ein Beweis, daß der Geist von Scott seine Zeitung noch nicht verlassen hat, wenn sie sich auch damit wenig beliebt bei der Mehrheit machen wird. „Situation“ kann vielseitig übersetzt werden. In diesem Fall scheint „Die Bescherung in Indien“ die richtige Kopfzeile (Head-line) zu sein. „Die Regierung Indiens mag gut oder nicht gut beraten gewesen sein, Gandhi zu verhaften, durch Ordonnanzen den Kongreß zu zerdrücken und seine Tätigkeit zu lähmen, einschließlich des friedlichen Streikpostenstehens, das bisher nicht als ungesetzlich galt; aber es ist außer Frage, daß sie damit die Politik umgeworfen und verkehrt hat, die Lord Irwin als Vizekönig angenommen und Macdonald als Premier eines Laborkabinetts ermutigt hatte.“ Richtig! Delhipakt und Kongreßkooperation sind Dinge der Vergangenheit! „Es herrscht Krieg zwischen der Regierung und dem Kongreß statt Kooperation!“ — „Kein Zweifel: die Regierung kann diesen Krieg gewinnen“ (wir haben stärkere Zweifel daran!) „aber sie wird eine Menge unangenehmer Handlungen auf dem Wege zu diesem Ziel zu begehen haben.“ — Auch das ist sicher! Wo solches Holz im Tropenwald gefällt werden muß, gibt es



Späne, Schlangenbisse und Tigersprünge und viele Tote. Die Ausführenden haben nichts zu lachen; und die 60000 Mann des weißen indischen Heeres von heute werden es nicht schaffen können. „Verstärkungen“ sind unterwegs, wie in Ostasien. Und es kann sein, daß Lord Irwins trübe Vorahnung zur Wirklichkeit wird. Dann besitzt das Weltreich entweder eine „Wüste“, oder es muß eben doch gewähren, „was alle indischen Politiker glauben, Realisten, wie Sir Tej Bahadur Sapru, oder Gemäßigte, wie Sastri, oder Radikale Extremisten, wie Pandit Jawaharlal Nehru, daß Indien in den nächsten Jahren Selbstregierung erhält“.

Aber vorher muß England bei solcher Weiterentwicklung aufrüsten, statt abzurüsten — was man in Washington mit Entrüstung, in Paris mit überlegenem Lächeln quittieren mag. In Indien entsteht gegenüber den aus Europa anrückenden Verstärkungen ein „Freiwilligenheer“; der Arbeit, des Streiks, wie bald der Waffen, die in solche entwehrte Minima trotz allen Gegenvereinbarungen einzuströmen pflegen; und wenn wir aus der chinesischen Bewaffnetenzahl innerhalb ihrer Vermehrung während eines fruchtbringenden, nun zwanzigjährigen Bürgerkriegs Schlüsse ziehen dürfen, so könnte auch in Indien in absehbarer Zeit eine Zahl von etwa 2 Millionen durcheinanderlaufender und raufender Kriegsleute der Arbeit, des Streiks oder aktiven Kampfes erreicht werden; das wären allein in den Monsunländern seit dem Krieg zur Beendigung des Kriegs um 6 Millionen mehr!

Da wir schon aus mandschurischen Erfahrungen im Februarheft der „Deutschen Rundschau“ der Abrüstungstagung ein von Waffenlärm dröhnendes Introitus voraussagen mußten, findet sich an der Jahreswende in Indien zwanglos die Antiphonie, der Gegenklang dazu. Sicher wird der „Manchester Guardian“ des Friedensfreundes Scott nicht des Militarismus beschuldigt werden können. Warum also sollte der Referent es auf sich nehmen, daß man auf seinen früheren Beruf hinweise, wenn einer der tapfersten Vorkämpfer der Weltfriedensache unter den großen Weltblättern gradeso, wie er die harten Tatsachen feststellt, die deshalb mit seinen Worten gesagt werden können. An diesem Lagenbild im großen ist nichts ab- und nichts hinzuzutun!

Daß zwischen Sturmfeldern solchen Ranges auch die Natur und die Menschen der vermittelnden Strecken nervös werden, ist kein Wunder. In Indonesien spricht sich das zunächst in kritischen Wirtschaftsgefühlen aus, die von den Zerstörungen durch Sturm und Flut auf Bali und Lombok und dem vielleicht symbolischen Abreißen der Kabel von Banjowangi nach Singapore und Port Darwin noch weiter gereizt werden. Denn Singapore ist nun einmal die exterritoriale Hauptstadt der malaiischen Inselwelt, und über Port Darwin geht die Verbindung nach Australien, zu dem Teil der indopazifischen Welt, wo mit Staatsbankrottexperimenten die Unruhe angefangen hat und die Arbeiterregierung in stürmischen Wahlen ihrer eigenen Unsolidität zum Opfer fiel. In Japan entspannt sich die Nervosität neben der mandschurischen Journalistik zunächst im Laster der Spionen-

Riecherei, kennzeichnenderweise vorwiegend gegenüber USA. (Mandchurei) und Briten (Hokkaido).

„Spionenfurcht“ ist auch geopolitisch ein Symptom für dynamische Hochspannungen und Unsicherheitsgefühle; sie ist in Japan seit alters latent und ausbruchsbereit; aber Japan hat eben auch das Gefühl, augenblicklich mit großer Unbefangenheit von andern beobachtet zu werden. (Vgl. „Sapajou“ und „Wacht am Amur“.) Man soll nicht an einer der wichtigsten Durchbruchstellen des Reiches, in Hakodate, gegen klare Verbote verstoßen (s. brit. Seeleute). Man soll nicht längs der Hauptverteidigungslinie Filmstreifen aufnehmen (USA.-Flieger!), und man muß es haben, wenn man beim Hin- und Herwechseln zwischen japanischen und chinesischen Vorposten Unfreundlichkeit von der Soldateska erfährt, wie usamerikanische schlachtenbummelnde Funktionäre. Journalistik an solchen Grenzen zwischen Wehrwirren und Krieg endlich ist erst recht immer lebensgefährlich gewesen, was erst jüngst auch japanische Journalisten am eigenen Leib erfuhren. Sicherer ist es, aus dem Hinterland die Feldküchengerüchte Charbins und Shanghais für gutes Geld an schlecht unterrichtete europäische Zeitungen weitergeben, die z. B. Shanghai und Shanhaikwan nicht unterscheiden können, obwohl beide in der Luftlinie über 1070 km auseinanderliegen.

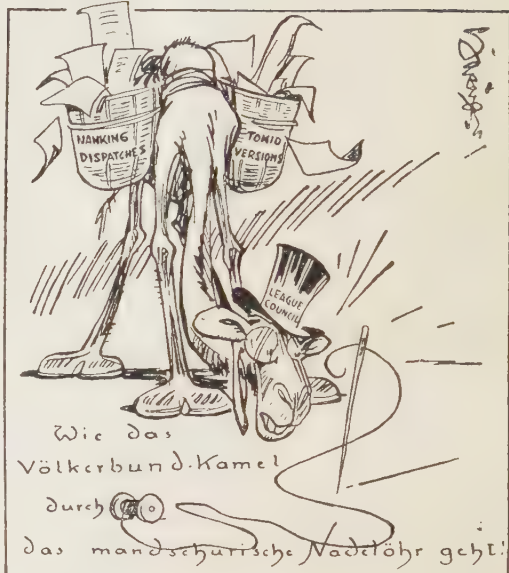
„Wirtschaftsbelletristik“, jüngst (D.A.Z. v. 7. 1. 32) von Carl Düssel gegen den „Tatkreis“ und seine Ost-Phantasie-Gemälde geprägt, ist ein hartes Wort; aber wir bezweifeln, ob sie so sicher, wie Düssel meint, „dem Militärdilettantismus den Rang abläuft“, wenn wir — mit der Erinnerung an Orts- und Menschenkenntnis des Fernen Ostens belastet — lesen müssen, was bisweilen über die Mandchurei und ihre weitere Umgegend verzapft wird. Die Daseinsnotwendigkeit der „Geopolitik“ in dem heute so kläglich verengerten weltpolitischen Gesichtskreis unseres Volkes ergibt sich daraus schon aus Fehlbeispielen zwingend. Wie nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges, hat sich in Mitteleuropa eine verhängnisvolle Neigung zu selbstbetrügerischer Pseudologie im Stile der „Insel Felsenburg“ entwickelt, die sich die Insassen eines Raumes von solcher Gefahrlage noch weniger leisten können als Inder und Chinesen, denen sie schlimm genug bekommt. Aber noch schlimmer ist der Fehlertrag für die kurzsichtigen Nutznießer der Zerrungsräume der Alten Welt, die zehn Jahre der Evolutionsmöglichkeit — auf den Frieden von Versailles hinstarrend — haben verstreichen lassen, denen nun die Weltleitung „Jenseits der Großmächte“ aus den Händen gleitet! —

## SPÄNE

### Minder offizielle Völkerbunds-Daten

Zahl der territorialen Staatenkonflikte seit der Begründung des Völkerbundes bis 1932: 26! (Erdumspannender Nachweis durch Grabowsky in „Jenseits der Großmächte“ S. 456.) — Davon unerledigt: 11! — Zu mehrseitiger Unzufriedenheit blamabel erledigt: 15! — Zahl der bis zu 7 Mill. G.M. schuldenden bösen Zahler des Völkerbundes: 13 bis 15, darunter mit namhaften Beträgen: Argentinien, Bolivia, China, Dominica, Guatemala, Honduras, Kuba, Nicaragua, Paraguay, Peru, Salvador, Uruguay; — alle ohne Werturteil, nach dem Alphabet! angeführt. Besonders peinlich ist das für folgende Richter des obersten ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag: Bustamante-Kuba, Guerrero-Salvador und Wang-Chun-hui-China. Vereinfacht würde die Schuld durch den zentralamerikanischen Zusammenschluß, der wenigstens aus Guatemala, Honduras, Nicaragua und Salvador eine vorübergehende Einheit mit zusammenlegbaren Schulden machen würde. Costa Rica ginge dann darein! Mexiko — bisher fehlend — kam, seit Sept. 1931 eingeladen, hinzu —, wohl als Protektor der andern, nichtzahlenden Mittelamerikaner. Dagegen glänzen noch durch Abwesenheit die großen Verbände der SSSR., der USA, Brasiliens, Ankara- [Angora] Türkei. Das Britische Reich behauptet, Indiens und Irlands in der hohen Versammlung nicht sicher zu sein, und wird deshalb Irak und Ägypten den Weg hinein nur mit Kautelen öffnen. Die bisherigen 15 Nichtmitglieder sind allerdings recht raumverschieden (vgl. oben S. 473). Von 13 Mitgliedern mit Minderheitsverträgen haben nur 2 getan, als ob sie sich daran halten wollten; und ein gewisser kapitalistischer Zug kann dem Gesamtunternehmen, trotz seiner gutmütigen Langmut gegen Beitragsrückstände nicht abgesprochen werden.

★



### Rüstungs-Responsorien

„Die einzelnen Rüstungsarten zu Lande, zur See und in der Luft sind wesenseins und müssen bei Abrüstungsvorschlägen als organische Einheit behandelt werden. — (Wie lang kann man über Wesenseinheit streiten?)

Rüstungsmaßstäbe dürfen nicht an einen Status quo gebunden werden. — („Alles fließt“ — aber niemand will es wahr haben!)

Rüstungsbeschränkungen sollten nicht von festgestellten Zahlen, sondern von einer Würdigung der Gesamtstärke der Lebensformen bestimmt werden. — (Wer mißt Gesamtstärke, wer Unwägbares aus?)

In der Anwendung dieser Grundsätze ist Italien bereit, einen sehr geringen Rüstungsgrad, ja vollständige Abrüstung anwenden zu lassen, vorausgesetzt, daß kein Land auf dem europäischen Festland einen höheren beansprucht. — (Sind aber die Sowjets, die allein unmittelbar an unberechenbare Massen außerhalb Europas grenzen, für Italien auf diesem



europäischen Festland oder nicht? Ostwind bläst ein Kartenhaus ein!)

Der Rückführungsmaßstab sollte so einfach wie möglich werden; die Notwendigkeit fremder Kontrolle soweit wie möglich vermieden sein!

— (Im Krieg ist alles einfach, aber das Einfache schwer — und auch *dira necessitas* bleibt im Frieden immer „*dira*“!)

★

### Im Jahre des Affen

Das Jahr 1932 steht in Japan im Zeichen des Affen, wie 1931 im Zeichen des Bocks stand. Die ostasiatische Presse tröstet darin entstehende Kinder als „sharp, tricky, fickle und active“ (schlau, gerissen, unbeständig und tatenlustig oder vielgeschäftig). Ob sich das auch auf die vielen Konferenzen dieses Jahres und ihre Produkte überträgt? Im Zeichen des nächsten Jahres steht der Hahn, der alles überkräht. Die Dreiheit ist für Fernen Osten und Nahen Westen nicht glückverheißend!

★

### Träume eines Geistersehers vor einer indischen Winterreise

Sir Samuel Hoare, der Indien-Minister, segnete am 14. 1. 32 drei Indien-Ausschüsse auf einmal hinaus „und vermochte Zeichen von Hoffnung und wiederkehrenden Vertrauens in den letzten Berichten der Regierung von Indien zu erkennen“. „Aber für den Augenblick ist der Kriegsruf an uns ergangen; und wir müssen den Kampf aufnehmen. Solange es nötig ist, werden wir fechten, und natürlich — wenn wir fechten, werden wir auch gewinnen.“

„Im Herbst werden wir froh eine repräsentative Tagung begrüßen.“ Manche schon glaubten an ein Ende ihrer Mühsal im Herbst, die dann noch mehrere Winter durchhalten mußten. Hinter angenehmen indischen cold-season-Reisen kommen heiße Tage und Monsungewitter! Und dann erst — wieder ein Herbst.

★

### Finnischer Alkohol

Dem norwegischen Beispiel ist nun auch Finnland gefolgt. Mit Dreiviertelmehrheit hat das finnische Volk die Herrschaft der Prohibition gebrochen. Ist davon mehr zu melden, als eine leicht gehobene Volksstimmung, die zu vorübergehend ist, um in einer ersten Zeitschrift Raum zu fordern? Zwei wichtige Rückwirkungen bleiben bestehen: die eine auf die Küstenbevölkerung, die andere auf den benachbarten estnischen Kleinstaat. Finnland ist an der Küste am dichtesten bevölkert. Ein großer Teil der Fischer hatte sich in den Jahren des Alkoholverbots dem Schmuggel zugewandt. Diese Leute sind nun der alten Arbeit entwöhnt; ihre Fanggebiete sind von anderen besetzt — es wird schwer sein, die finnische Küstenbevölkerung an das neue Regime zu gewöhnen. Und auch in Reval wird man das Abstimmungsergebnis mit Trauer vernommen haben. Das estnische Alkoholmonopol hat unter Kennern guten Ruf: mit Hilfe des heimlichen Alkoholverbrauchs in Finnland, der zum großen Teil aus Estland gedeckt wurde, hat sich der estnische Staat so gut wie entschuldet. Die erste Hälfte seines Daseins hat er von den enteigneten Gütern der baltischen Deutschen gelebt; die zweite Hälfte vom finnischen Alkoholverkehr. Wovon wird er nunmehr sein Leben bestreiten?

★

### Kleinräumigkeit im Spiegel des Kaffees

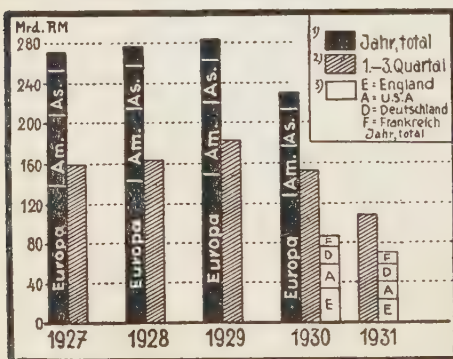
Brasilien ist noch immer der Haupterzeuger des Kaffees, wenigstens der Masse nach. Bessere Qualitäten werden in Mittelamerika erzeugt; sie haben den brasilianischen Kaffee weitgehend von den europäischen Märkten verdrängt. Daraus hat die brasilianische Regierung theoretisch gefolgert, daß der brasilianische Kaffee besser werden müsse; bis aber die entsprechenden Maßnahmen getroffen sind, fließt viel Wasser den Tieté hinab, und der Absatz geht weiter zurück. Man hat nun — dem chilenischen Salpeterbeispiel folgend — geglaubt, den Absatz durch einen großen Werbefeldzug in Europa heben zu können. Große Mittel wurden dafür zur Ver-

fügung gestellt; die wichtigsten europäischen Länder sollten von eigens ernannten Werbeleitern bearbeitet werden. Bei deren Bestallung ist nun der brasilianischen Regierung ein kleines Mißgeschick passiert, das unseren Lesern nicht vorenthalten bleiben darf.

Die Zentrale der europäischen Berichterstattung für Brasilien ist Paris. Als nun Elemér von Hantos mit der kleinen Donaukonföderation in der Tasche durch Europa fuhr, scheint man in der Berichterstattung nach Rio Wünsche mit Tatsachen verwechselt zu haben. Man sah den Donauraum bereits als wirtschaftliche Einheit, und beschloß, daß eine Zentrale der Kaffeewerbung für die ganzen Nachfolgestaaten genüge. Das mochte noch hingehen. Aber man legte diese Zentrale nach Wien — und nun wird die Sache geopolitisch; denn in Prag herrscht eine andere Vorstellung von der gegebenen Hauptstadt des Donaubegebietes als anderwärts. Zur maßlosen Verblüffung der beteiligten brasilianischen Stellen erschien der tschechische Gesandte in Rio und erhob Protest gegen die Erhebung Wiens zur Hauptstadt von Mitteleuropa — in Sachen der Kaffee-Propaganda.

★

Verfasser der folgenden Späne: Dr. Rüdberg  
**Der Welthandel in der Krise**



Die Zeichnung zeigt besser als jeder Kommentar den Niedergang der Weltwirtschaft. „Seit dem 3. Vierteljahr 1929, also etwa seit Beginn der Weltwirtschaftskrise, ergibt sich damit ein Wertrückgang um 43%, ein Mengen-

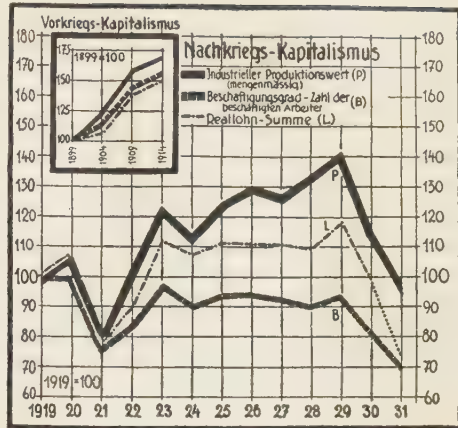
rückgang um etwa 21%. Ein Rückgang von solchem Ausmaß ist bisher, soweit sich zahlenmäßig die Entwicklung des Welthandels verfolgen läßt — von den Jahren des Weltkrieges abgesehen —, nicht in Erscheinung getreten. (Wirtschaft und Statistik, 1932, 1. Januarheft).“ Das Resultat des 4. Quartals 1931, dessen Zahlen noch nicht vorliegen, wird das Gesamtergebnis eher verschlechtern als verbessern. Man geht auch nicht fehl, für das laufende Jahr einen weiteren erheblichen Rückgang zu „prophezeien“. Um sich die Schwere der Krise voll zu veranschaulichen, darf man das Bild nicht arithmetisch, sondern muß es geometrisch werten, d. h. man muß den Umfang des Welthandels zu der in den letzten Jahren gewaltig gewachsenen Weltproduktionskraft in Beziehung setzen. Frühere Depressionen sind ebenfalls von scharfen Rückschlägen im internationalen Handel begleitet gewesen. Der besondere Charakter der jetzigen Krise wird aber durch das noch niemals so krasse Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion gekennzeichnet. Bei den Rohstoffe ausführenden Erdteilen Amerika, Asien, Australien zeigt sich der Niedergang stärker als bei den Fertig- und Halbfertigwaren exportierenden europäischen Ländern. Die Lage für die USA. hat sich durch Krieg und Bürgerkrieg so kritisch gestaltet, daß Deutschland seit dem 3. Quartal 1931 an die erste Stelle sämtlicher Exportstaaten getreten ist. Der englische Generalhandel hat in den letzten vier Monaten, seit Aufhebung des Goldstandards, eine mengenmäßige Zunahme, bisher hauptsächlich vom Import (!) her, aufzuweisen. Der deutsche Gesamthandel 1931 ging gegen das Vorjahr um zirka 27½% (Einfuhr um zirka 35%. Ausfuhr um zirka 20%), der USA.s um zirka 35% (E.: 32%, A.: 37%), der Englands (in £) um zirka 23% (E.: 17%, A.: 30%), der Frankreichs um zirka 25% (E.: 20%, A.: 29%) zurück. Das „günstige“ deutsche Exportergebnis war nur durch äußerste Auslandskalkulation und überhöhte Inlandspreise möglich, also auf Kosten zusätzlicher Verminderung der inländischen Kaufkraft.

### Der Fehler im System (4) (5)

Nicht nur die Ökonomen in USA., sondern auch die Mehrzahl in Europa träumten zur Zeit der prosperity von der konjunkturfreien Wirtschaft, dem krisenlosen Kapitalismus. Um so unerklärlicher erschien der katastrophale Umschlag am Ende des Jahres 1929, des Jahres, das mit der unerhörtesten Steigerung der Produktivkräfte begann und trotz Rekordhöhe des Welthandels mit Börsenkrachs und unverkauften Lägern endete. Wie geschah das?

In Heft 2 des 5. Jahrganges der Vierteljahrshefte, S. 34, antwortet das deutsche Institut für Konjunkturforschung: „Denn die Industrieentwicklung der letzten Jahre setzte gerade als Folge des technischen Fortschrittes mehr und mehr menschliche Arbeitskraft durch maschinelle Energie frei. Diese Tendenz vollzog sich so rasch, daß sie durch Ausdehnung der Industrie als ganzes nicht mehr kompensiert werden konnte.“ „Die Folge war, daß in den letzten Jahren eine chronische Arbeitslosigkeit entstand, die den Schwingungen der Konjunktur zwar entsprach, aber auch in den Perioden der Hochkonjunktur großen Umfang behielt.“ „Die gesamte Lohnsumme der Industrie ist unter der Wirkung arbeitssparender Methoden ... gesunken.“

Was sagt unser Bild dazu? Es sagt das gleiche wie das Institut für Konjunkturforschung. Der Mengenwert der industriellen Produktion in USA. (die Zeichnung betrifft nur USA., hat aber allgemein internationale Bedeutung, da dort der Nachkriegskapitalismus seine günstigsten Voraussetzungen fand, der in allen hochkapitalistischen Staaten die gleichen prinzipiellen Entwicklungstendenzen aufzeigt) zeigt mit der Ausnahme des Kriegskonjunkturzusammenbruches, des Tales von 1921, geradezu eine Raketenentwicklung der technischen Produktionskapazität. Die Lohnsumme, der wichtigste Kaufkraftfaktor, erreicht dagegen mit Ausnahme des Rekordjahres 1929 die Höhe von 1923 nicht wieder. Das gleiche gilt im verstärkten Maße für die Anzahl der beschäftigten Arbeiter. Steigen von P, Sinken von B, gleichzeitig, das bedeutet, epidemische Krisenbazillen zur Zeit der prosperity. Wäre

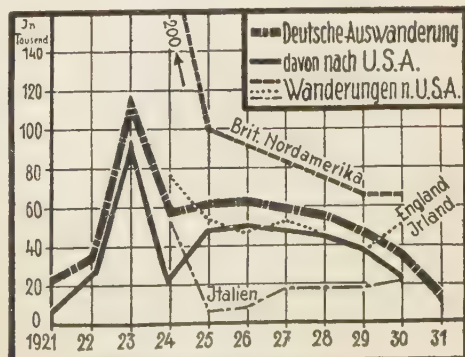


sie weniger augenscheinlich gewesen, wäre ein Teil des neuakkumulierten Kapitals anstatt zur Erweiterung und Rationalisierung des Produktionsapparates zur Erhöhung der Kaufkraft und Verringerung der Arbeitslosigkeit verwandt worden, die prosperity wäre weniger schnell zusammengebrochen. Der Fehler im System zeigt sich selbst zur Zeit der ausgesprochensten Hochkonjunktur des Nachkriegskapitalismus, während bis 1914 die Freisetzung von Arbeitern durch die organischere Entfaltung der Produktivkräfte überkompensiert wurde, P, L und B in konstantem Verhältnis gleichmäßige Entwicklung aufwiesen.

\*

### Krise und Wanderung (6) (7)

Die deutsche Auswanderung hat 1931 einen Rekordtiefstand zu verzeichnen. Während unter dem Druck der Inflationskrise 1922/23



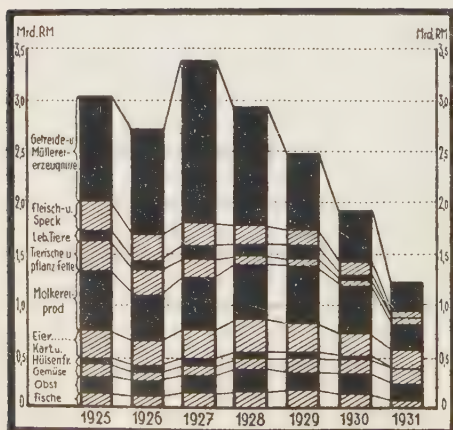


der deutsche Auswanderer voller Hoffnung dem „besseren Auslande“ zustrebte, haben die drei Faktoren: Geldmangel, Krise in den Überseestaaten, schärfste Kontrolle der Einwanderungsbehörden die deutsche Auswanderung 1931 auf zirka  $\frac{1}{3}$  gegenüber der Inflationskrise herabgedrückt. Die englisch-irländische Auswanderung nach USA. zeigt durch die Zuspitzung der britischen Verhältnisse 1930 steigende Tendenz; den Hauptteil der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten macht Britisch-Nordamerika aus; die italienische ist im Vergleich mit früher nur noch von geringer Bedeutung.

★

### Deutsche Nahrungsmiteleinfuhr

Eine nicht genügend beachtete Tatsache ist der Rückgang der deutschen Nahrungsmiteleinfuhr. Seit 1927 ist diese um zirka  $\frac{2}{3}$  ihres Wertes — gegenüber dem Durchschnitt der Vorkriegszeit ebenfalls um zirka  $\frac{2}{3}$  — gesunken. Dieser Vorgang steht indes nicht in direktem Zusammenhang mit der internationalen Wirtschaftsschrumpfung. Auch ohne sie würde die Entwicklung zur „Autarkie“ bei gleicher staatlicher Agrarzollpolitik eingetreten sein. Dr. Baade, Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, der uns die obige Zeichnung lebenswürdigerweise zur Verfügung stellte, macht in den „Berichten über Landwirtschaft“ (Paul Parey Verlag) darauf aufmerksam, daß die



wachsende Selbstversorgung Deutschlands, so erfreulich sie an und für sich ist, ein früher unbekanntes ernstes Problem für den deutschen Landwirt, das des Absatzes, der inländischen Konkurrenz, geschaffen hat. Solange Deutschland einen ausgesprochenen ausländischen Zuschußbedarf hatte, konnte eine behördliche Preisregulierung leicht vorgenommen werden. Heute wird der Markt bereits immer mehr durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt. Zu diesen Baade'schen Feststellungen muß aber doch gesagt werden, daß sich die notwendigen Folgen einer Agrarpolitik, die die einheimischen Preise künstlich sehr hoch über dem Weltmarktsniveau gehalten hat, jetzt immer ungünstiger auszuwirken beginnen. — Der Rückgang der deutschen Lebensmitteleinfuhr hat schon zu handelspolitischen Schwierigkeiten mit Holland, der Schweiz und vor allem mit den europäischen Südostländern geführt. Die Forderung nach verstärkter deutscher Autarkie bei gleichzeitig engerer Bindung an Südosteuropa wird sich nur nach Überwindung großer Hindernisse verwirklichen lassen.

Quellen und Erklärungen zu Seite 114 bis 116:

(1) 91 Länder gleich 99% des Welthandels nach Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich. (2) 48 Länder, davon 25 europäische, 23 außereuropäische, gleich  $\frac{7}{8}$  des Welthandels nach Wirtschaft und Statistik, div. Jahrgänge. (3) Vorläufige Zahlen für 1931: Die Säule für 1931 ist durch ein Versehen zu niedrig gezeichnet. Sie muß tatsächlich höher, und zwar bei 98,2 Milliarden RM. abschließen. Auch die einzelnen Unterteilungen dieser Säule sind nicht völlig korrekt. Die Ziffern lauten: E.: 31,1; A.: 29,0; D.: 22,4; F.: 15,7 Milliarden RM. (4) Deutsche Vierteljahrshefte zur Statistik des Dtsch. Reiches, Wirtschaft des Auslandes, herausgegeben vom D.St.R.A. — Commerce Yearbook, Washington. — Statistical Abstract, Washington. (5) Reallohnsumme 1931, geschätzt nach Nominallohnziffern. (6) Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich. (7) Für 1931 vorläufiges Ergebnis.

**H. HASSINGER:****Der Staat als Landschaftsgestalter \*)**

Gegen die Eingliederung der politischen Geographie in das System einer allgemeinen Geographie sind mehrfach gewichtige Bedenken geäußert worden. Da der Staat kein Landschaftselement ist und sein kann von der Art, wie Erdoberflächenformen, Atmosphäre, Pflanzendecke, menschliche Siedlungs- und Verkehrsanlagen solche Elemente sind, so ist jenen Bedenken gewiß nicht jede Berechtigung abzuspochen. Erinnern wir uns aber andererseits der engen Raumverbundenheit des Staates, erinnern wir uns seiner Grundeigenschaft, um mit F. Ratzel zu sprechen, die Organisation eines Teiles der menschlichen Gesellschaft mit einem Stück Erdoberfläche zu sein, denken wir ferner an die starke Verwurzelung des Staatscharakters in der Natur der Erdräume, die er deckt, ferner an seine Eigenart, die er aus geographischer Lage, Raumgröße, Bodengestalt, Gewässernetz, Klima, Bodenschätzen, Pflanzendecke, Art und Zahl seiner Bevölkerung empfängt, und erinnern wir uns endlich, wie alle diese erwähnten Erscheinungen weitgehend Charakter und Lebenskräfte des Staates bestimmen, so wird man wenigstens nicht mehr bezweifeln, daß die Staaten, obgleich an sich keine Teile der Erdlandschaften, doch aus deren Wesen nicht hinwegzudenken sind. Die geographische Hauptaufgabe, dieses Wesen der Erdräume zu erfassen, vermag also ohne politisch-geographische Betrachtungen nicht erledigt zu werden.

In der Behandlung des Wechselspieles von Erdraum und Staat hat man allerdings oft nicht beiden Seiten dieser Beziehungen die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt und sich zumeist viel mehr für die Beantwortung der Frage: Welchen Einfluß nehmen Lage und Natur der Erdräume auf die Staaten? als für die Gegenfrage: Welchen Einfluß nimmt der Staat auf den Charakter der Erdräume? interessiert. So war die politische Geographie gelegentlich mehr eine geographische Staatenkunde als ein Teil einer allgemeinen Erdkunde. Zweifellos besitzt auch jene Staatenkunde wissenschaftliche Existenzberechtigung, zweifellos hat der Geograph das gute Recht, an einer geographischen Staatenkunde zu arbeiten, aber als Teil einer allgemeinen Geographie kann jene doch nicht gelten, denn nicht das Staaten- und Völkerleben an sich können Objekte der Geographie sein, sondern nur Erdräume. Diese haben im Mittelpunkt der politischen Geographie zu stehen, und nach diesem Mittelpunkt zielt die Frage: Wie gestaltet der Staat die Erdräume? Indem wir diese Frage stellen, rücken wir die politische Geographie an den Schnittpunkt aller geographischen Disziplinen, nämlich an die Erforschung der Erdlandschaften heran. Diese

---

\*) Folgende Ausführungen bildeten den Kern der vom Verfasser am 28. April 1931 gehaltenen Antrittsvorlesung an der Universität Wien, sind aber hier in andere Form gekleidet.

Naturgebiete von verschiedener Individualität sind die Zellen, aus denen sich die größeren Erdräume, die Landschaftskomplexe, Erdteile, Kontinente zusammensetzen. Diese Erdlandschaften sind ebenso Gegenstände der analytischen Forschungsarbeit der allgemeinen Geographie wie der synthetischen Forschungs- und Darstellungsarbeit der Länderkunde. Von einer politischen Geographie, die einerseits die Landschaft als Mitgestalter des Staates, andererseits als ein vom Staate mitgestaltetes Gebilde in den Brennpunkt der Betrachtung rückt, wird man wohl nicht sagen dürfen, daß sie kein Recht habe, als Zweig eines Systems der allgemeinen Geographie zu gelten.

Selbstverständlich handelt es sich, wenn wir von der Landschaft in ihrer Beziehung zu den Staaten sprechen, nur um die vom Menschenleben erfüllten Erdräume, obgleich auch unbesiedelte Gebiete Teile der Staatsgebiete werden können. Doch niemals sind diese toten Räume lebenswichtige Staatsgebiete. Die menschenbelebte, politisch organisierte Landschaft hat längst aufgehört, ein reines Naturgebilde zu sein. Ihre Naturhaftigkeit ist durch mehr oder minder intensive Kulturarbeit verändert, abgewandelt. Geist, Wille und Hände der Menschen sind ständig am Werke, die Naturlandschaften in Kulturlandschaften zu verwandeln. Heute sind die erklärende Beschreibung und genetische Morphologie der Kulturlandschaften Zielpunkte der allgemeinen Geographie des Menschen und zu einer Grundlage der Länderkunde geworden. Um diese methodische Förderung der Kulturlandschaftsgeographie haben sich unter andern besonders O. Schlüter, N. Krebs, O. Maull und N. Creutzburg verdient gemacht.

Kulturlandschaften sind Kerngebiete der Staaten und zum nicht geringen Teil selbst ein Werk der staatlichen Kulturarbeit. Gerade diese politische Seite der Kulturlandschaftsgeographie bedarf noch besonderer Pflege. Hier gilt es, die staatliche Komponente des Werdens der Kulturlandschaft klarzustellen, die räumlichen Ausdrucksformen des Staates, die der Kulturlandschaft als Merkmale ihrer Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staat aufgeprägt sind, zu behandeln, den Staat als Zeichner des Kulturlandschaftsbildes zu kennzeichnen. Einer politischen Geographie, die sich dieser Aufgabe unterzieht, wird der Vorwurf erspart bleiben, ein unberechtigter Bestandteil der Erdkunde zu sein. Man wird eine politische Geographie, die Kulturlandschaftskunde betreibt, kaum mehr mit dem Ausschluß aus dem System der Geographie bedrohen dürfen.

\*

Wenn im nachfolgenden auf Grund einer Anzahl Beispiele die landschaftsgestaltende Tätigkeit des Staates gekennzeichnet wird, so ist damit nur beabsichtigt, einige Anregungen für den Betrieb einer politischen Kulturlandschaftsgeographie zu geben. Man könnte die Zahl der Beispiele leicht vermehren und auch noch andere Wege betreten, die zu diesem Thema und durch dieses führen. Die Anführung verschiedener Tatsachen erhebt auch nicht den Anspruch, durchaus neue Feststellungen zu



bringen. In der Literatur sind manche bereits in anderem Zusammenhang erwähnt worden.

Landschaften pflegen wir gegeneinander dort abzugrenzen, wo ihre wesentlichen Merkmale verschwinden und anderen Platz machen. Die politisch-organisierten Kulturlandschaften verändern in der Staatsgrenzzone ihr Aussehen, so daß verschiedenartige Flächenbilder hier aneinanderstoßen. Doch abgesehen von diesen mittelbaren Abbildungen der Grenze, die einem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen werden, fallen im Gelände auch unmittelbare Grenzabbildungen auf. Zu diesen gehören z. B. absichtlich unbesiedelt belassene Grenzzonen, Grenzwildnisse, Grenzwaldsäume, aber auch nicht besiedlungsfähige Landstriche, wie Sümpfe, Fels-, Schnee- und Eisgebiete der Hochgebirgskämme. Beide Gruppen von Grenzen lehnen sich an in der Natur sichtbare Zonen an, betonen dadurch besonders deren Grenzcharakter und besitzen auch mehr oder minder den Vorzug der natürlichen oder künstlich leicht zu verstärkenden Wehrhaftigkeit. Dem menschenleeren Grenzstrich eines geschlossenen Siedlungsraumes kommt das gesellschaftliche Merkmal zu, ein Stück Innengrenze des Menschheitskörpers zu sein, der Räume der Anökumene einschließt. So kommt es in solchen Landstrichen zu einem Zusammenfallen von physisch-, siedlungs- und politisch-geographischen Grenzerscheinungen und ihrem gemeinsamen Aufscheinen im Landschaftsbild. Durch Anlehnung der Staatsgrenzen an natürliche Trennungszonen, die in der anorganischen und organischen Natur bereits angedeutet sind, wird deren Grenzcharakter verstärkt.

Die landschaftsgestaltende Tätigkeit des Staates wird allenthalben durch künstliche, in die Landschaft gesetzte Grenzzeichen, wie Steine, Pyramiden, Pfähle, Zäune, Gräben, Waldschneisen, z. B. die Durchhaue am Vogesenkamm, welche bis 1914 die deutsch-französische Grenze andeuteten, ferner durch der Wehrhaftmachung der Grenze dienende Anlagen wie Verhaue, Landwehren, Gräben, Wälle, Wehrtürme, Burgen, Festungen, oder wie die römischen Limesanlagen, oder die chinesische Mauer usf. hervorgehoben. Nicht immer bezeichnen diese Wehranlagen den linearen Grenzverlauf. Sie können aus taktischen oder strategischen Gründen auch hinter die Linie der politischen Grenze zurückweichen. Es entwickelt sich dann ein mehr oder minder breiter Wehrgürtel hinter der Grenze. Vorgetriebene Spitzen des Befestigungssystems, z. B. Brückenköpfe, sind natürlich zugleich auch Ausstülpungen des Staatsgebietes selbst und seiner Grenze. Grenzfestungen ziehen sich häufig hinter die Grenze so weit zurück, als es die Verteidigungsfähigkeit des Geländes erfordert. Die Burgunderpforte z. B. wird nicht an ihrem östlichen Eingang verteidigt, sondern Belfort nützt die westwärts davon sich erhebenden Jurakalkhügel. Der neue französische Wehrgürtel des Elsaß liegt größtenteils hinter der Rheinlinie, die allerdings selbst Bestandteil des Wehrgürtels ist. Der Zug der inneren französischen Verteidigungslinien, der festungsbekrönten französischen Schichtstufen, zeichnet in indirekter Weise den annähernd parallelen Verlauf der französischen Ostgrenze ab.

Nicht gering ist die Zahl der Grenzmerkmale der Landschaft, die sich in der Berührungszone von Kulturstaaten automatisch entwickeln. Da der Verkehr beim Übertritt aus dem einen Staat in den anderen Stauungen erfährt durch den erzwungenen Aufenthalt zwecks Kontrolle der ein- und ausgehenden Reisenden und Güter, durch den Wechsel der Verkehrsorganisationen und manchmal auch der Verkehrsmittel, da ferner auch die Verkehrswege gelegentlich an oder in der Nähe der Grenze blind enden, so ruft dieser mannigfachen Ursachen entsprungene Verkehrsstau besondere Erscheinungen im Siedlungs- und Verkehrsbild der Grenzzone hervor. An der früheren russisch-österreichischen Grenze in Galizien endeten Straßenzüge und Stichbahnen mehrfach zu beiden Seiten der Grenze und verrieten dadurch einerseits ihre militärische Zweckbestimmung, andererseits annähernd auch den Grenzverlauf selbst. An den durchgehenden Verkehrswegen ist die Stelle des Grenzübertritts durch das wechselnde Aussehen der Verkehrswege (Bauart, Breite, Erhaltungszustand der Straßen, Spurweite der Eisenbahnen und Veränderungen in deren Signal- und Betriebswesen) und auch der Verkehrsmittel gekennzeichnet. Aus betriebstechnischen Gründen wird der staatliche Betrieb von Eisenbahnen nicht selten bis zu einem grenznahen Ort des Nachbarstaates, also noch ein Stück auf andersstaatlichem Boden, fortgesetzt (z. B. nach Eger, Marburg, Buchs). Grenzstationen werden zu Kopfstationen für das Bahnnetz eines Staates und dadurch auch zu Wohnstätten für ein zahlreiches Fahr-, Betriebs- und Werkstättenpersonal. Große Rangierbahnhöfe, Werkstätten und Schuppen und nicht selten sich daranschließende Industrieanlagen, ferner Wohnhauskolonien für die Angestellten kennzeichnen das Bild des Grenzortes an der Übertrittsstelle einer Haupteisenbahn. Dazu kommen Zollhäuser und Kasernen für Grenzwachen. Manchmal knüpft diese Entwicklung an das alte Siedlungsnetz an, manchmal entstehen besondere Eisenbahnersiedlungen an der Grenze, wie z. B. das badische Leopoldshöhe an der Schweizer Grenze, jetzt ein Teil der Stadt Weil am Rhein. Eine Verdichtung der Bevölkerung in grenznahen Orten erfolgt auch durch die Ansiedlung von Filialen großer Fabriksbetriebe jenseits der Zollgrenze des Nachbarstaates. Zahlreich sind die Beispiele von solchen ausgewanderten Schweizer Industriebetrieben in den badischen und vorarlbergischen Grenzorten, welche zwecks Umgehung der Zollgrenze geschaffen wurden. Gelegentlich nimmt auch die Bevölkerung der Nachbarorte von jenseits der Grenze an der Fabriksarbeit teil oder es kommt zu Ansiedlungen von Arbeitern aus dem Nachbarstaat am Ort des Filialbetriebes. Siedlungscharakter, Wachstumserscheinungen und Zusammensetzung der Bevölkerung werden also durch die Grenzlage von Siedlungen mitbestimmt, und die politische Grenze ruft an Übergangsstellen eine Verdichtung der Bevölkerung und der Siedlungen in der Landschaft hervor.

Nicht selten entstehen an der Grenze Doppelsiedlungen. Nicht nur an Flußgrenzen (Mannheim-Ludwigshafen, Rustschuk-Giurgiu), sondern auch im Binnenland, wie das Beispiel der alten chinesisch-russischen Teekarawanenstraße zeigt (Maimatschin-

Kiachta), ist das der Fall. Selbstverständlich kommen an Brückenstellen beidufrige Siedlungen auch dort zur Ausbildung, wo die Ufer in gleichem politischen Besitz sind. Doch entstehen in der Regel nur dann Doppelstädte mit eigener Verwaltung, wenn das Wasserband zwischen ihnen sehr breit oder verzweigt ist (St. Paul-Minneapolis). Ist das nicht der Fall, so bilden die an beiden Ufern gelegenen Siedlungen meist eine Gemeinde, sei es von Haus aus, sei es, daß ursprünglich selbständige Siedlungen später vereinigt wurden (Ofen-Pest). Zweifellos befördert aber die Flußgrenze die Bildung von Doppelsiedlungen an Übergangsstellen. Ein besonderer Fall ist die nachträgliche sinnwidrige politische Teilung einer Stadt längs einer Flußlinie, wie z. B. die von Teschen zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

Wird die Zahl der Grenzübertrittspunkte künstlich beschränkt, so empfangen jene Siedlungen, die an den verkehrslosen Grenzstrecken liegen, für ihre Entwicklung daraus fühlbare Nachteile. Das geschieht z. B. gegenwärtig an der österreichisch-italienischen Grenze. Da der Grenzkamm der Tiroler Zentralalpen selbst aber auf den Touristenverkehr eine besondere Anziehungskraft ausübt und der Touristenstrom von Norden kommt, wird jener Nachteil durch den Verkehrsstau an der Nordseite ziemlich ausgeglichen, während er auf der Südtiroler Seite stark fühlbar wird.

Doch nicht nur die Peripherie des Staatskörpers bildet sich in der Landschaft ab; er zeichnet in seiner Gesamtheit das Land, das er deckt. Allerdings fehlt uns infolge seiner Ausdehnung zumeist die Möglichkeit einer Überschau in der Natur und damit auch die Möglichkeit einer raschen Erkenntnis seiner landschaftsgestaltenden Wirkksamkeit. Doch die Betrachtung des verkleinerten Raumbildes der Karte führt zu dieser. Da treten als Strukturlinien des Staatskörpers die Adern des Verkehrsnetzes hervor, das sich über die Landschaft breitet. In der Hauptstadt, dem Herz des Staates, laufen diese Adern zusammen. Selbst wenn die Wahl der Hauptstadt nicht schon durch die natürliche wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorgezeichnet war, selbst wenn etwa eine Herrscherlaune den Standort der Residenz recht willkürlich bestimmt hatte, so mußte doch dieser einmal gewählte Verwaltungsmittelpunkt wie ein Magnet die Kraftlinien des Landes nach sich orientieren. Sie sind in Gestalt von Straßen und Eisenbahnen in das Antlitz der Kulturlandschaft eingegraben. An ihrem Treffpunkt sitzt die Hauptstadt wie eine Spinne im Netz.

Diese Hauptstadt wird aber selbst zum Spiegelbild ihres Staates. London mit seiner City, den Docks und Häfen ist der konzentrierte Ausdruck des weltumspannenden englischen Kolonialreiches. Allerdings bewahren die Stadtbilder auch die Ausdrucksformen kultureller und politischer Blütezeiten, die vergangen sind, wie ja überhaupt die Kulturlandschaft, dieses Werk vieler Generationen, lebendige Formen der Gegenwartskultur, noch lebende oder schon absterbende der Vergangenheit und Spuren von abgestorbenen bewahrt. Die Stadtbilder Wiens, Konstantinopels und Kopenhagens bewahren solche Erinnerungen an Zeiten größerer politischer Macht,



als sie die Gegenwart dieser Staaten aufzuweisen vermag. Diese Hauptstädte sind im Verhältnis zur Fläche und Einwohnerzahl der heutigen Staaten überdimensioniert.

Der stärkste Einfluß des Staates auf das Landschaftsbild geht von seiner Wirtschaft aus. Wo der Staat selbst Grundbesitzer ist, betätigt er sich unmittelbar als Landschaftsgestalter, aber die von ihm betreuten Forste, Domänen, Bergwerke, Fabriken unterscheiden sich kaum von den Betrieben der Privatwirtschaft. Wichtiger ist schon, daß der Staat entsprechend dem Stand der technischen Zivilisation seiner Bevölkerung und seiner Finanzkraft imstande ist, in verschiedenem Grade an der Ausgestaltung der Kulturlandschaft durch Werke zu arbeiten, die öffentlichen Interessen dienen, z. B. an der Meliorierung versumpfter, vermoorter Böden, an der Aufführung von Schutzbauten gegen Hochwässer, Sturmfluten, Lawinenstürze, Wildbachausbrüche, Bergrutsche. Besonders ist es die gleichzeitig auf Hochwasserschutz, Förderung der Schifffahrt und Nützung der Wasserkräfte eingestellte Wasserwirtschaft, auf welche der Staat entscheidenden Einfluß nimmt. Weitgehende Umgestaltungen der natürlichen hydrographischen Verhältnisse greifen Platz, indem Flüsse begradigt, Ufer verbaut, Altwässer abgeschnürt, neue Durchstiche angelegt, Kanäle, Schleußen und Hafenbecken gebaut, Staustufen und Kraftwerke errichtet, Staubecken aufgefüllt, Seespiegel abgesenkt werden, Küstenverbauungen gegen Sturmfluten und Dünenwanderungen entstehen, Eindeichungen und Polderanlagen geschaffen und Inseln landfest gemacht werden. Gewiß sind an solchen Arbeiten auch die private Wirtschaft und Technik beteiligt, aber der entscheidende Einfluß auf die Wasserwirtschaft geht wie übrigens auch auf den Bergbau vom Staate aus. Andererseits vermag der Staat auch Teile der Naturlandschaft gegen Umgestaltung zu schützen und der von der Privatwirtschaft betriebenen rücksichtslosen Ausbeutung des Landes, der schonungslosen Zerstörung von Naturschönheiten oder der Vernichtung alten Kunst- und Kulturgutes durch gesetzliche Vorschriften entgegenzutreten. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B. erhalten Forstreservate, allerdings aus wirtschaftlichen Erwägungen. Natur- und Heimatschutz streben mit staatlicher Unterstützung (durch Gesetze, Verordnungen und Beratung) nach Erhaltung von Naturschutzparken, nach Denkmalschutz und harmonischer Neugestaltung der Kulturlandschaft.

*Fortsetzung in Heft 3*

# OTTO MAULL:

## Literaturbericht aus der amerikanischen Welt

**Handbuch der Amerikakunde.** Mit Beiträgen von **W. Fischer, A. Haushofer, E. Hylla, H. Levy, L. Müller, H. Mutschmann, J. Richter** und **M. Schoch.** (Handbücher der Auslandskunde, herausgeg. von P. Hartig und W. Schellberg, Bd. 6. 15 und 334 S. Frankfurt a. M., Diesterweg, 1931. Geb. 12 M.

Es ist ein verdienstliches Unternehmen, der England- und Frankreichkunde in den „Handbüchern der Auslandskunde“ eine Amerikakunde folgen zu lassen. Es handelt sich dabei um die Kunde von den Vereinigten Staaten von Amerika. A. Haushofer zeichnet in großen, gut gesetzten Strichen das länderkundliche Bild des kontinentgroßen Staates. H. Levy analysiert die Wirtschaft nach ihren materiellen und gesellschaftlichen Grundlagen und nach ihrem Stande und ihrer Struktur. L. Müller bringt eine Darstellung des Staats- und Gesellschaftslebens. M. Schoch verschafft einen speziellen Überblick über das Recht in den Vereinigten Staaten. W. Fischer schreibt über Amerikanisches Englisch einen Abschnitt, der philologisch und dialektgeographisch ins einzelne geht. H. Mutschmann behandelt die Literatur und das Volkstum. Es ist ein erfreulicher ausführlicher Abriss einer amerikanischen Literaturgeschichte, der aus den Wesenheiten des Volkes herausgearbeitet ist. E. Hylla skizziert das Bildungswesen. J. Richter schließt mit der Behandlung von Religion, Kirche und Philosophie ab. Sicher ist mit diesem Buch die Kunde von den Vereinigten Staaten von Amerika in wünschenswerter Weise bereichert worden, wenn auch der Band mehr auf die geistige als auf die materielle Seite Wert legt. Daß dabei Geschichte und Politik der Vereinigten Staaten stärker in den Hintergrund tritt, als es die letzte Betonung vermuten läßt, hat wohl seinen Grund in dem geringeren, durch andere Darstellungen schon

weitgehend gedeckten Bedürfnis danach. Dagegen verdienen vor allem die Beiträge zum Geistesleben der Vereinigten Staaten volle Beachtung, weil sie tatsächliche Lücken ausfüllen.

**Käthe Spiegel: Kulturgeschichtliche Grundlagen der amerikanischen Revolution.** (Beihefte der Historischen Zeitschrift.) 10 und 214 S. München und Berlin, Oldenbourg, 1931. Geh. 10 M.

Ist zwar gelegentlich die Frage nach den kulturgeschichtlichen Grundlagen der amerikanischen Revolution aufgeworfen worden, so ist jedoch bisher noch keine geschlossene Antwort erfolgt. Das gibt der vorliegenden Arbeit eine sehr beachtliche Stellung. Mit Recht stellt die Verfasserin die Betrachtung des Gebiets und seiner Besiedlung, der Landvergebung und Siedlungsweise und schließlich der Bevölkerung selbst voran. Aus ihr ergibt sich durch das Verbot der Ausdehnung westwärts über den Mississippi ein Territorialkonflikt zwischen dem Mutterland und den alten Kolonien. Sie zeigt Verstimmungen über die neue Bodenpolitik auf. Und ebensowohl mußten die Einwanderungs- und Einbürgerungsbeschränkungen in den alten Kolonien deren verheißungsvolle Entwicklung hemmen. Man darf aber wohl sagen, daß noch viel wichtiger die Eigenart der alten Kolonien gegenüber dem Mutterland hätte herausgestellt werden können, wenn die Verfasserin jenseits der historisch greifbaren Äußerungen auf die latenten Kräfte des neuen Kontinents eingegangen wäre. Denn auf sie gründet sich ja letzten Endes das, was in dem Hauptteil als zur Revolution führend herausgearbeitet wird: die geistige Entfremdung, die sich sowohl in der Religion wie in der Schule und der ganzen neuweltlichen Geistesstruktur zeigt, die Abschichtung in Verfassung, Verwaltung und Recht und schließlich die Sonderheit der Wirtschaftsentwicklung, die den unmittelbaren

Anstoß zu der revolutionären Bewegung gegeben hat. Aus diesen Entwicklungslinien sucht die Verfasserin endlich den Charakter der Revolution zu erkennen. Im ganzen ist das dankenswerte Buch ein mit den Hilfsmitteln der Geschichte herausgearbeiteter Beleg für die Wirksamkeit des „Gesetzes von der Verselbständigung der Peripherie“ in allen größeren Staatenorganismen.

**Herbert Tingsten: Amerikanische Demokratie.** Grundzüge des Verfassungsrechts der Vereinigten Staaten. Aus dem Schwedischen übertragen von J.-D. Bloch. Mit 4 Karten. 112 S. Breslau, Ferd. Hirt, 1931. Geb. 2,85 M.

Eine amerikanische Staatsbürgerkunde, wie sie hier vorliegt, wird sicherlich eine willkommene Aufnahme finden. Sie legt einleitend die Entwicklungslinien und Grundsätze der Verfassung klar. Sie schildert im speziellen die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten, zeigt die Befugnisse und die politische Stellung des Präsidenten im Verhältnis zu seinem Kabinett und zu den Kammern. Sie unterrichtet über die Gliederung des Kongresses, dessen Befugnisse und dessen Geschäftsordnung. Ein besonderer Teil ist den richterlichen Gewalten gewidmet. Der vierte Hauptteil bringt die Entwicklung der Parteien und der politischen Organisationen außerhalb der Parteien. Republikanische und demokratische Partei, ebenso die Minderheitsparteien werden gesondert besprochen. Karten zur Parteigliederung und zur Prohibitionsfrage ergänzen. Das kleine Buch wird jedem für Amerika Interessierten eine sehr erwünschte Gabe sein.

**Bruno Dietrich: Volkstum und Rasse in den Vereinigten Staaten von Amerika.** Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Wien, Bd. 73, 1930. S. 253—269.

Auf Grund der Statistik von 1920 wird das Massenverhältnis von weiß und schwarz abgesteckt. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der jüngeren Entwicklung des Volkstums: Bevölkerungsbewegung, Beschränkungen und Umstellung der Einwanderung, Wirtschaftsgeist, Bildungsnormung, sozialer Beweglichkeit. Besonders interessant ist eine Karte der Westwärtsbewegung des Bevölkerungswachstums.

**Kurt Baurichter: Amerika trocken? Deutsche Urteile über das Alkoholverbot.** (Die Alkoholfrage in der Gesetzgebung, herausgeg. von M. Planck und K. Baurichter, H. 2.) 62 S. Berlin, Neuland-Verlag, 1931. Brosch. 1,50 M.

Der eine der Herausgeber hat in dieser Schrift die Urteile bekannter deutscher Persönlichkeiten und Amerikareisender gesammelt. Es sind kluge, aber im Durchschnitt bekannte Schilderungen und Urteile über die Alkoholfrage, die für das Verbot als heilsame Maßnahme eintreten, wenn sie auch gewisse Härten nicht übersehen. Die Schrift räumt zum mindesten mit dem Märchen auf: Amerika sei doch feucht. Höchstens etwa zu 20 Prozent des früheren Zustandes nach Upton Sinclairs Aussage.

**Walther Reinhardt: George Washington.** Die Geschichte einer Staatengründung. Mit 8 ganzseitigen Abbildungen. 367 S. Frankfurt a. M., Societätsverlag, 1931. Geb. 7,50 M.

Es gibt achthundert bis tausend amerikanische und englische Bücher über Washington. Etwa vierhundert davon können als Biographie bezeichnet werden. Es gibt auch eine Anzahl französischer Bücher über den großen Staatsmann. Hier liegt dagegen die erste deutsche Washington-Biographie vor. Der Verfasser gliedert das Buch in die drei Lebensphasen Washingtons: Werden des Führers, Führer im Kriege, Führer im Frieden. Das Buch steckt einleitend ebenso das politische Erdmilieu wie die Häuslichkeit ab, in denen sich Washingtons Jugend abspielt. Reisen, Mobilmachung Virginias gegen Indianer, die den siebenjährigen Krieg im Kolonialland beginnen läßt, die blutige Schlacht bei Fort Duquesne, persönliche Erfolge, auch Niederlagen, Ehe, Hausstand, Bewirtschaftung des Gutes, wachsende Konflikte mit England — das zieht bei der Schilderung des Werdenden vorüber. Die zweite Phase beginnt mit seiner Wahl zum Oberbefehlshaber im Unabhängigkeitskrieg. Wechselfälle des Kriegs, Periode der Widrigkeiten, Kritik an Washington, aber ungebrochene Widerstandskraft des Führers, Häufung der Schwierigkeiten für die Amerikaner, endlich Friedrich Wilhelm von Steuben



als der Organisator der jungen amerikanischen Armee, schließlich Sieg — das sind die wechselnden Bilder, die den ausharrenden Führer im Kriege ohne typische Feldherrneigenschaften zeigen. Erst die dritte Phase des Lebens läßt mit der Aufgabe als Präsident des jungen Bundes die übergroße Gestalt Washingtons voll zur Erscheinung kommen. Diese Gestalt zu zeichnen, dürfte dem Verfasser gelungen sein. Wieweit sie der historischen Kritik standhält, muß dem Urteil des Historikers überlassen werden.

**Richard Köttschke: Thomas Woodrow Wilson.** Sein Leben und sein Wirken. 11 und 274 S. Dresden, Wolfgang Jess, 1931. Brosch. 5 M., geb. 7,50 M.

Die erste größere deutsche Biographie über den Präsidenten, dessen Leben und Wirken sich so tragisch mit den gegenwärtigen Zuständen verknüpft hat! Der Verfasser gliedert seine Darstellung in die Schilderung der Jugend Wilsons und der Ausübung des Gelehrtenberufs, der Tätigkeit als Staatsmann, seines Anteils am Weltkriege, seiner Rolle als Schiedsrichter der Völker und in die seines tragischen Ausgangs. Es ist sicherlich verdienstlich, daß in eingehender, gewissenhafter Weise das Leben dieses amerikanischen Schicksalspräsidenten aufgezeichnet und den deutschen Lesern leicht zugänglich gemacht worden ist. Allein es ist ebenso selbstverständlich, daß die außerordentliche Aufgabe, die Wilson gestellt war, und die er am Ende des Krieges glaubte, sich selbst stellen zu müssen, einer besonders eindringenden Untersuchung der Möglichkeiten und der in dem Präsidenten wirkenden Beweggründe komplizierter Art und einer ebensolchen Gestaltungskraft bedurfte. Über beides hat der Verfasser nicht verfügt. Er ist bei der Erklärung des Äußerlichen stehengeblieben. Das Problem Wilson besteht noch.

**Robert Irving Warshow: Von Drew bis Pierpont Morgan.** Die Geschichte der Wallstreet-Milliardäre. Übersetzt von P. Fehr. 16 und 263 S. Berlin, Transmare-Verlag, 1931.

Der Tanz um das Goldene Kalb, der nirgends feuriger und leidenschaftlicher, aber auch

nirgends nüchterner und berechnender die Menschen bewegte als im Bereich jener „düsteren, engen und winkligen Gasse zwischen Fluß und Kirchhof“, findet hier seine Darstellung in Menschenschicksalen von seltener Größe, aber auch von Tragik. „Wie Wallstreet wurde“ und die ersten Unternehmungen großen Stils füllen die einleitenden Kapitel. Dann ziehen Jacob Little, der erste Spekulant, Vanderbilt und Drew, Jay Gould, Jay Cooke, Jim Keene, Cyrus Field, Russel Sage, Grant und Ward, Rockefeller, Hill und Harriman, Carnegie, Henry Philipps, C. Fricks und Charles M. Schwab, John W. Gates, J. Pierpont Morgan, Ford, William Durant, die Gebrüder Fisher und gar manche andere an dem Leser vorüber. Das Buch ist jedoch alles andere als eine Skizzensammlung von Persönlichkeiten der Geldaristokratie. Es ist eine in seinen Einzelheiten eng zu einer Geschichte der Wallstreet verflochtene Darstellung.

**Armin O. Huber: Auf wilden Pfaden im neuen Kanada.** Erlebnisse unter Farmern, Trappern, Vagabunden und Verbrechern des kanadischen Westens. Mit 8 Bildern und Zeichnungen des Verfassers. 8 und 239 S. Stuttgart, Strecker & Schröder, 1931. Geh. 4,80 M., geb. 6,40 M.

Es ist ein echtes, wirklich lebend durchströmtes Abenteuerbuch, das zugleich lockt und warnt. Es beginnt, nachdem der Strand des Wilden Westens bei Alberta erreicht ist, mit der Arbeitsuche um Tallmann, berichtet von dem Farmleben in Saskatchewan, um Blaine Lake, seinem Einerlei und seinen Lustbarkeiten, stellt das Trapperdasein in der kanadischen Wildnis in den Mittelgrund und endet schließlich nach einer episodischen Teilnahme an einem Wegbau mit einer Vagabundenstreife bis zum Stillen Ozean. Ein von Abenteuern durchwirktes Leben geht weiter, aber das Buch bricht ab. Es bringt die Darstellung des kanadischen Westens, wie man ihn findet, wenn man mit leichtem Gepäck auszieht, um ihn kennenzulernen.

**Oskar Schmieder: Länderkunde Südamerikas.** (Enzyklopädie der Erdkunde, herausgeg. von O. Kende). Mit 80 Abb. im

Text, davon 25 Abb. auf Kunstdruckpapier, und 4 Tafeln. 252 S. Leipzig und Wien, Franz Deuticke, 1932. Geh. 20 M., geb. 22,40 M.

Schmieder, der mit dem Ausbruch des Weltkriegs eine Forschungsreise in Südamerika frühzeitig abbrechen mußte, dann aber während seiner sechsjährigen Tätigkeit als Professor an der argentinischen Staatsuniversität Cordoba Gelegenheit fand, weite Reisen in Südamerika durchzuführen, daher als einer der besten Kenner dieses Erdteils gelten kann, legt dieses Buch vor. Ein verhältnismäßig kurzer Teil beschäftigt sich mit den allgemeinen Grundzügen des Kontinents: Entdeckung und Erschließung, Natur und Bevölkerung. Eine Gliederung in Landschaften, der man im allgemeinen durchaus zustimmen wird, leitet zur speziellen Betrachtung über. Ob dabei Amazonien nicht zugunsten von Guayana und Zentralbrasilien zu sehr eingeschnürt worden ist, bedürfte allerdings der Diskussion im einzelnen. Sicher besteht die Abtrennung der brasilianischen Ostküste in der Art, in der sie vorgenommen worden ist, nicht zu Recht. Niemand wird den auffälligen Dualismus in Mittel- und Nordostbrasilien zwischen der Küstenzone und dem Inneren verkennen. Er drängt sich aber dem Landschaftskundler in São Paulo und selbst im nördlichen Südbrasilien genau so auf wie weiter im Norden. Noch weniger zieht an der Innenseite von Minas, am Paranahyba, gegen Süd-Goyaz hin eine Landschaftsgrenze. Das sind jedoch Fehlgriffe, wie sie jeder andere, der eine Einteilung Südamerikas versuchte, an anderen Stellen beginge, die ihm weniger vertraut sind, und wie sie sich aus der Schwierigkeit solcher Aufgabe leicht erklären. Sie treten vollkommen in Hintergrund gegenüber dem Bestreben, Südamerika überhaupt landschaftskundlich zu gliedern und in der gewonnenen Aufteilung darzustellen. Gerade das letzte ist in den größeren Gesamtdarstellungen Südamerikas immer wieder zugunsten der Gliederung nach Staaten zurückgetreten. Es gibt darum der Schmiederschen Bearbeitung ihren besonderen Wert. Es werden so betrachtet: die

nördlichen Anden, die Llanos des Orinoko, die aride Westküste, die Zentralanden, die östlichen andinen Waldlandschaften (fehlen in der Gliederungsskizze!), Mittelchile, Südchile samt Chiloë, Westpatagonien, Nordwestargentinien, die Pampa, Ostpatagonien, der Gran Chaco, die Llanos des Mamoré, die Parana-Paraguaysenke, die brasilianische Ostküste, São Paulo, Südbrasilien, Minas Geraes, Zentralbrasilien, Nordostbrasilien, die Amazonasniederung und Guayana. Der Gang der Darstellung variiert wenig: Aufbau und Formenschatz, Klima, Vegetation, Bewohner samt Kultur, Kulturlandschaft. Die gewonnenen landschaftlichen Einheiten werden der Zweiteit des spanischen und portugiesischen Kulturgebiets untergeordnet. Das ist im Grunde natürlich weder für die Verhältnisse von ehemals noch für die heutigen möglich. Es ist aber darin ein zweites außerordentlich begrüßenswertes Streben zu erkennen: den Werdegang der südamerikanischen Kulturlandschaft ganz besonders zu betonen und zwar so, wie es bisher noch nicht geschehen ist. Die historischgeographischen und kulturlandschaftlichen Probleme liegen dem Verfasser sicher mehr am Herzen als die morphogenetischen oder andere physichgeographische. Auch das Wirtschaftliche ist zurückgedrängt. Eine ganze Reihe der vielen sehr instruktiven Kärtchen, auch die historischen Karten am Schlusse des Buches sind auf das erste Streben eingestellt. Es ist höchst erfreulich, daß Schmieder keinen Abklatsch von schon längst Gebotem gegeben hat, sondern daß er ein im besten Sinne eigenes Buch geschrieben hat, wenn auch mit besonderer Betonung einer schon in Spezialarbeiten gepflegten Eigenart. Um so mehr ist es aber nicht ganz zu begreifen, warum er den Leser in der Literaturzusammenstellung nicht zur Ergänzung auf andere jüngere Darstellungen des Ganzen (Klutes Handbuch der Geographischen Wissenschaft, Seydlitz und Karl Andreas Geographie des Welthandels) hingewiesen hat, die doch auch von Verfassern geschrieben sind, denen der Kontinent nicht ganz fremd ist.



### Südamerika, Westindien, Zentralamerika.

Landschaft, Volksleben, Baukunst (Orbis Terrarum). Einleitung und Erläuterungen von Karl von Schumacher. 48 S. Text und 256 Abbildungen auf Tafeln. Berlin und Zürich, Atlantis, 1931.

Einen Erdteil wie Südamerika samt Mittelamerika und Westindien in einem Bildertafelwerk darzustellen, ist entschieden kein leichter Versuch; denn er verlangt die Betonung der natur- und kulturlandschaftlichen Verschiedenheiten und Wesenheiten zugleich in Profilen, die von den feuchtschwülen inneren Tropen ebenso bis zu den kühlen Regen- und Sturmzonen der gemäßigten Breiten wie bis zu den Regionen des ewigen Schnees und denen absoluter Vollwüste reichen. Wer diesen erstmaligen Versuch erdteilhafter Zusammenschau als voll gelungen bezeichnen wollte, müßte sein Urteil vor der ausgezeichneten Wiedergabe der Bilder mehr beugen, als es die getroffene Auswahl im einzelnen zuläßt. Darüber besteht nicht der geringste Zweifel, daß das hier vorgelegte Material erstklassig ist. Die Bilder sind samt und sonders gut, viele vorzüglich gesehen. Die Reproduktion ist entsprechend. Die Auswahl ist sehr abwechslungsreich. Alle Staaten sind berücksichtigt worden. Nur die Guayanakolonien fehlen. Die Erläuterungen sind ausreichend. Der Band ist eine ausgezeichnete Materialsammlung, zu dem jeder gern greifen wird, der nach Anschauungsmaterial aus Süd-, Mittelamerika und Westindien sucht. Prächtige Naturlandschaftsbilder aus den Tropen und aus den Hochgebirgen verschiedener Klimazonen, von der Küste und aus dem Inneren wechseln mit Siedlungsbildern. Große Städte stehen den einsamen Hütten der Eingeborenen oder besonderen wirtschaftlichen Anlagen gegenüber. Die Baudenkmäler der Kolonialzeit sind reichlich vertreten. Ebenso ist Altamerika sowohl im Maya- wie im Inkabereich eine Reihe schöner Tafeln gewidmet. Manche Vegetationsbilder sind typische Belege für die strotzende Vegetationskraft der Tropen. Die Indianer- und Mischlingsbilder sind restlos gut. Fragt man sich aber, ob damit das Wesen des ganzen Erdraumes getroffen sei, so bedarf die

Antwort sichtlicher Einschränkung. Denn einige Gebiete, von z. T. riesenhafter Ausdehnung, sind vollkommen unberücksichtigt geblieben. So ist kein einziges Bild von der Savanne vorhanden. Der Trockenwald, Nordostbrasilien z. B., mit seinen phantastischen Pflanzen fehlt. Kein Bild verrät, daß es in Südamerika auch Wüste gibt. Das große Brasilien ist im ganzen schlechter weggekommen als andere Teile. Das Bild von Ouro Preto, das ein nebensächliches jüngerer Anhängsel der alten Kolonialstadt wiedergibt, ist, nebenher bemerkt, sehr untypisch. Überhaupt wird man sich von der Eigenart der Siedlungstypen in Südamerika schwerlich eine rechte Vorstellung auf Grund des vorgelegten Materials machen können, weil man bei der Auswahl mehr auf das Malerische, auf das Schöne als auf das Typische geschaut hat. Kurz — denn man könnte noch vieles erwähnen, was vom Wesen des Kontinents fehlt — bei der Auswahl hat der kritische Blick des Landschaftsfachmanns gefehlt.

**Kasimir Edschmid: Glanz und Elend Südamerikas.** Roman eines Erdteils. Mit 16 Bildtafeln. 480 S. Frankfurt a. M., Societätsverlag, 1931. Geb. 8,50 M.

Kasimir Edschmid hält in diesem Reiseroman Südamerika und den Südamerikanern den Spiegel vor und fragt schließlich mit herben Worten: wohin mit Südamerika? Ob er diese Frage richtig beantwortet hat, mag dahingestellt bleiben. Es spricht viel für eine ganz andere Lösung, für ein Südamerika, das sich trotz unvermeidlicher Einordnung in das Erdganze selbst bewahrt. Darauf kommt es aber bei der Beurteilung des Buches gar nicht an. Licht und Schatten, „Glanz und Elend“ — an beiden ist Südamerika so reich — sind richtig gesehen. Das ist das Wesentliche. Dieses Unverbundene und sich doch immer wieder Durchdringende überrascht in diesem Erdteil überall. In jedem Abschnitt spricht das aufs neue problemhaft aus dem Buch. Aber mehr noch! Fast jede Zeile dieses flott geschriebenen Buches übermittelt Erfahrungen und Beobachtungen, die an sich nur selten ganz neu sind. Aber sie wer-



den anderswo kaum so bequem dargeboten wie auf diesem laufenden Band behaglich plaudernder und doch grundgescheiter Erzählung. Damit wird aber der Roman des Erdteils nahezu zu einem Lehrbuch der Landeskunde und der praktischen politischen Geographie besonders für Kreise, die sonst Lehrbücher nicht gern lesen. So oder so! Man kommt eben doch nicht an den Erkenntnissen von den Erdteilen vorbei. Und hier hat einer wirklich in Erdteilen gedacht und einen Erdteil glänzend in seinem „Glanz und Elend“ aufgefaßt.

**Walter Emmerich: Grundlagen und Probleme der Eisenindustrie in Brasilien.**

(Hamburger Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Schriften, H. 18.) Mit 2 Kartenskizzen. 168 S. Rostock, Carl Hinsterhoff, 1931. Kart. 7 M.

Die großen Lager hochwertiger Eisenerze in Minas Geraes, die jedoch weit abseits von der Küste und fern von der brasilianischen Kohle liegen, machen den Gegenstand der Untersuchung zu einem echten Problem. Von den brasilianischen Eisenerzen und der brasilianischen Kohle (in Santa Katharina), dargestellt vornehmlich nach brasilianischen Quellen, geht die Arbeit aus. Daneben wird des Holzes als des bisher verwendeten Brennstoffs bei der Verhüttung ebenso gedacht wie der nicht unerheblichen Wasserkräfte. Neben der Arbeiterfrage wird dann die mögliche Standortorientierung brasilianischer Eisenhütten bei Durchführung der verschiedenen Verhüttungsverfahren kritisch besprochen. Daß die Wahl auf Mittelbrasilien, genauer orientiert noch durch die zur Küste führenden Bahnen, fällt, ist sehr einleuchtend. Der mittlere Teil beschäftigt sich mit der Geschichte der Eisenerzeugung in Brasilien. Der letzte Teil gibt sich Rechenschaft über die Absatzgrundlage und die Gestaltung des Industriekörpers der brasilianischen Eisenindustrie. Die Untersuchungen sind durchaus kritisch und vorsichtig gehalten und verdienen die volle Beachtung aller, die sich mit der Frage der Eisenerzversorgung überhaupt und der Eisen-

industrie in Brasilien beschäftigten. Die letzteren erinnert der Verfasser mit Recht an die Richtlinien, die einst v. Eschwege im „Pluto Brasiliensis“ gegeben hat.

**Hans Gehse: Die deutsche Presse in Brasilien von 1852 bis zur Gegenwart.**

Ein Beitrag zur Geschichte und zum Aufgabenkreis auslanddeutschen Zeitungswesens. (Deutschtum und Ausland. Studien zum Auslandsdeutschum und zur Auslandskultur, herausgeg. von Georg Schreiber, H. 43.) Mit 1 Kartenskizze. 11 und 174 S. Münster, Aschendorff, 1931. Geh. 6 M., geb. 7 M.

Es ist die erste abgerundete Darstellung auslanddeutscher Pressearbeit, die die Entwicklung der Presse einer der bedeutendsten Deutschumgruppen aus ihren wirtschaftlichen und psychologischen Bedingungen verstehen lehrt. Die Schwierigkeiten, die sich der Gewinnung des Stoffes entgegenstellten, sind verständlicherweise nicht gering gewesen. Die Untersuchung stellt einleitend die deutsche Presse in ihr Kulturmilieu, gibt eine übersichtliche Statistik der im Laufe der Entwicklung des brasilianischen Deutschums erscheinenden Zeitungen — heute erscheinen 14, davon je eine in Rio de Janeiro und São Paulo, die übrigen in Südbrasilien — und Zeitschriften und wendet sich dann einer kurzen Geschichte der einzelnen Zeitungen zu. Summarischer wird über die Schriftleiter und Verleger, die wirtschaftliche und technische Entwicklung referiert. Ein besonders ansprechendes Kapitel ist die Besprechung des Anteils der deutschen Presse am politischen Leben von 1852 bis jetzt: von der kritiklosen Billigung der brasilianischen Einwanderungspolitik (1852–1858) über den Beginn der Opposition (1858–1864) zum Kampf um die politische Gleichberechtigung (Ära Koseritz, 1864–1889), zur Zersplitterung in den Revolutionswirren (1890–1895) und zur Konzentration auf das einzelstaatliche Leben und zum Abwehrkampf gegen die einsetzende deutschfeindliche Pressearbeit (1895–1914). Die Schlußkapitel der verdienstvollen Arbeit behandeln die Stellung der deutschen Presse im und nach dem Weltkrieg.